

Hinterland

32/2016 4,50 euro



sicher ist sicher

PLATZ DA!

PRIVATES WOHNEN FÜR GEFLÜCHTETE

Massenunterkünfte sind unmenschlich und verhindern die Integration

Massenunterkünfte für hunderte oder gar tausende Asylbewerber dürfen kein Dauerzustand sein. In ihnen entsteht zwangsläufig sozialer Sprengstoff. Viele geflüchtete Menschen sind traumatisiert, sie brauchen Rückzugsmöglichkeiten und individuelle Hilfestellungen. Das bisherige Modell verhindert auch persönliche Kontakte zwischen Asylsuchenden und der deutschen Bevölkerung. So wachsen auf beiden Seiten Ängste und gefährliche Ressentiments.

Willkommenskultur als Praxis

Viele Menschen, die Flüchtlinge in Bayern willkommen heißen und unterstützen haben, fragen, wie es nun weitergehen soll. Nicht wenige wären bereit, einen oder mehrere Flüchtlinge privat aufzunehmen. Doch dafür gibt es in Bayern, anders als in einigen anderen Bundesländern, hohe Hürden. Vor allem jene Flüchtlinge, die sich noch im Asylverfahren befinden, haben kaum eine Chance. Warum eigentlich?

Wenn wir unsere Schüler oder Studenten ins Ausland schicken, bringen wir sie meist in Gastfamilien unter. Dort lernen sie am schnellsten die Sprache, dort kommen sie am besten mit der anderen Kultur in Kontakt. Oft entstehen so Freundschaften oder berufliche Verbindungen. Was für unsere Kinder richtig ist, kann für Flüchtlinge nicht falsch sein.

Deshalb, unterstützt die Kampagne unter

WWW.PLATZ-DA-BAYERN.DE

Initiatoren: Bayerischer Flüchtlingsrat, Bellevue di Monaco, Lichterkette e.V., Refugio e.V., Verein für Sozialarbeit e. V. **Unterstützer:** AGABY e.V., BISS e.V., FIAN Deutschland e.V. Gesellschaftspolitische Projekte e.V., haGalil.com, Humanistische Union e.V., Jane Addams Zentrum e.V., Kinderschutz e.V., Kreisjugendring München-Stadt, Mieterverein München e.V. | Münchner Flüchtlingsrat, Münchner Lustspielhaus, Nord Süd Forum München e.V., PARITÄTISCHER Wohlfahrtsverband, Landesverband Bayern e.V., Sozialforum München

V.i.S.d.P.: M. Weinzierl, c/o Bayerischer Flüchtlingsrat, Augsburgstraße 13, 80337 München



Das Magazin
für kein ruhiges.

Hinterland #32
Herbst 2016

IMPRESSUM

Titel: Andrea Huber 2016

Herausgeber:
Bayerischer Flüchtlingsrat
Augsburgerstraße 13
80337 München

in Kooperation mit:
Hessischer Flüchtlingsrat
Leipziger Str. 17
60487 Frankfurt

Verantwortlich für diese Ausgabe:
Tom Reiss und Elena Stingl

Redaktion: Agnes Andrae, Andrea Böttcher, Christian Andrae, Christiane Kern, Christine Wolfrum, Damian Groten, Elena Stingl, Felix Balandat, Florian Feichtmeier, Jessica Egger, Jessica Schallock, Katalin Kuse, Marianne Walther, Matthias Weinzierl, Nikolai Schreiter, Stephan Dünnwald, Tom Reiss *(Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wiedergeben.)*

Kontakt: redaktion@hinterland-magazin.de

Gestaltung: Matthias Weinzierl

Druck: Ulenspiegel Druck GmbH & Co. KG
Birkenstraße 3, 82346 Andechs

Auflage: 2.000 Stück

Website: Anton Kaun

Anzeigen: anzeigen@hinterland-magazin.de

Jahresabo: 21,00 Euro

Abo-Bestellung: abo@hinterland-magazin.de

www.hinterland-magazin.de

gefördert von der UNO-Flüchtlingshilfe

Eigentumsvorbehalt:

Diese Zeitschrift ist solange Eigentum des Absenders, bis sie dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. Zur-Habe-Nahme ist keine persönliche Aushändigung im Sinne des Vorbehalts. Wird die Zeitschrift dem Gefangenen nicht ausgehändigt, so ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung in Form eines rechtsmittelfähigen Bescheides zurückzusenden.

4

Zitiert & kommentiert

Von Hubert Heinhold

italien

5

Für eine Handvoll Tomaten

Geflüchtete kämpfen mit EU-Migranten und der italienischen Landarbeiterschaft für ihre Rechte

Interview mit Irene Peano von „Campagne in Lotta“ von Tom Reiss

sicher ist sicher

16

Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt

Wer Zeugen abschiebt, will keine Täter verurteilen

Von Hannes Püschel

22

Klippenbekenntnisse

Kleine Fallstudie zum subjektiven Sicherheitsempfinden

Von Phil Zéro

26

Schutzraum vor Gewalt

Von Traumata überwinden bis Sprache lernen: Unterkünfte für geflüchtete Mädchen

Interview mit Judith Eberhard vom „Internationalen Bund“ von Jessica Schallock

32

Wir haben die Verfassung, aber sie haben die Polizeigewalt

Sicherer Herkunftsstaat Tunesien? Sicher nicht für LGBTIQ

Interview mit Rzouga Selmi von Julia Scheurer

36

Wir sind unabhängig und parteilich

Gespräch mit Antje Arndt von der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt in Sachsen-Anhalt

Von Christiane Kern

45

Die besten Rezepte für den Notfall

Die ältesten Vorräte werden zuerst verbraucht

Von Katalin Kuse

49

Geflüchtete besser vor rassistischer Gewalt schützen

Sicherheit für alle! Außer...

Gastbeitrag von Alexander Bosch

52

Im Fadenkreuz der Sicherheit

„Das ist reine Formsache, das hat nichts mit Ihnen zu tun“

Kritik am deutschen Verwaltungsapparat

Von Diana Sherzada

56

Sichersatt statt Superfood

Wie Prepper sich auf Zukunftsszenarien vorbereiten

Von Katalin Kuse

62

Seid euch nicht sicher

Kampfansage gegen Wellness-Flüchtlingshilfe

Von Gerda Groß und Human

65

Einfach sicher

Ängste dieser Erde, entvölkert euch.

Von Pit Kühnöhl

lesen

71

wafa wartet

Poesie

Von SAID

österreich

74

„Wer reist in Österreich schon legal ein?“

Asylgesetze in Österreich: Es wird schlimmer und schlimmer und schlimmer

Interview mit Karin Klaric von Purple Sheep

Von Matthias Weinzierl

queer

81

Queeriano Ronaldo

Die homophoben Massen spielend zum Kochen bringen

Von Caspar Schmidt

calais

85

Fortsetzen. Fortsetzen. Weiterhin.

Journalisten an der Grenze. Ein halbes Jahr nach der Räumung des Dschungels von Calais.

Von Elena Stingl

nachgehakt

90

Radikalisierung ist keine Frage des Alters

Fraglos: Exklusiv-Interview mit Innenminister Joachim Herrmann

Von Marianne Walther & Antonio Vetinari

Editorial

Ihr Lieben!

„Death is certain, but life is not.“

(Wandmalerei in der Gefängniszelle von Walter Junior Blair, 1993 in Missouri hingerichtet) Nichts ist sicher. Nicht die Renten, nicht die Grenzen, nicht die sexuelle Identität des durchschnittlichen deutschen Fußballfans. Im Grunde ist nur sicher, dass es so viele Definitionen von „Sicherheit“ gibt wie Menschen. Für die eine Person bedeutet Sicherheit Altersvorsorge, für die nächste Liebe und Geborgenheit, für andere ist Sicherheit komplette Überwachung, und für deprimierend viele Menschen bedeutet Sicherheit in erster Linie, nicht erschossen, in die Luft gejagt oder im Schlaf angezündet zu werden. Von solchen, deren eigene Definition von Sicherheit bizarrerweise einschließt, andere in die Luft zu jagen, zu erschießen oder im Schlaf anzuzünden. Wiederum Andere halten Menschen an Grenzen mit Waffengewalt davon ab, vor Krieg und Verfolgung zu fliehen, sodass diese auf ihrem Weg jährlich zu Zehntausenden sterben. Und was sind überhaupt sichere Grenzen – solche, die unüberwindbar sind oder solche, die nicht existieren? Und weil es so viele Arten gibt, „Sicherheit“ zu definieren, ist diese Hinterland-Ausgabe ganz besonders vielseitig. Hannes Püschel beschäftigt sich mit den Opfern rechter Gewalt in Deutschland; Elena Stingl ist der Frage nachgegangen, wie sicher Geflüchtete in Calais sind; Katalin Kuse stellt Prepper und ihre Katastrophenvorbereitungen vor; SAID hat uns ein neues Gedicht geschenkt. Wir haben mit möglichst vielen Menschen aus aller Welt gesprochen, über sichere Herkunftsländer, den deutschen Verwaltungsapparat, Gastarbeiterinnen und -arbeiter in Italien, LGBTIQ, rassistische Gewalt und über noch viel mehr. Außerdem haben wir wieder einmal das Gespräch mit Joachim Herrmann gesucht – mit erwartbaren Resultaten. Aber eins versichern wir euch: Wir bleiben dran. An Herrmann, an globaler Migration, politischer Arbeit und prinzipiell allem, was die Welt verunsichert. Wer auch immer Ihr seid, wo auch immer Ihr seid, bei uns und der Hinterland seid Ihr gut und sicher aufgehoben.

Vertraut uns.

Eure SicherheitsexpertInnen von der Hinterland-Redaktion

P.S. Das semantische Feld der Flüchtlingspolitik ist oft unübersichtlich, unnötig kompliziert und missverständlich. Das muss nicht sein! Wir haben uns deshalb einige der wichtigsten Begriffe aus dem aktuellen Diskurs ausgesucht und uns bemüht, sie Euch, unseren innig geliebten Leserinnen und Lesern, in unserem neuen Glossar ein wenig näher zu bringen.

„Herrmann sieht Sicherheitsrisiko durch Flüchtlingszuzug“

(Münchner Abendzeitung, 27.07.2016)

„Gerade rechtsextremistische Kreise nutzen die Angst der Bürger für ihre hässlichen Propagandazwecke“

(Joachim Herrmann, dpa 27.07.2016)



Hubert Heinhold
ist Rechtsanwalt
und im Vorstand
bei Pro Asyl.

Natürlich hat man, wenn die Bomben nicht nur in Paris, Bagdad oder Kabul, sondern auch in Ansbach hochgehen und Menschen in den Tod reißen, Angst. Sie fußt in der diffusen Bedrohung, die unabhängig vom eigenen Tun ist, die sich jederzeit und überall auf der Straße realisieren und gegen die sich der Einzelne kaum wappnen kann. Dass viel mehr Menschen im Straßenverkehr, ja sogar bei häuslichen Unfällen ums Leben kommen, ändert daran nichts. Man fühlt sich, wie die Menschen in vorwissenschaftlichen Zeiten, dem Schicksal und den Naturgewalten ausgeliefert. Aus diesem Ohnmachtsgefühl sind wohl die ersten Religionen entstanden. Böse Geister, Trolle und Teufel waren für die Seuchen und Katastrophen verantwortlich und Schamanen und Scharlatane nutzten die Angst zur Etablierung eigener Macht. Dass dies auch im 21. Jahrhundert noch funktioniert, ist nur auf den ersten Blick verwunderlich.

Jeder von uns kennt den Mechanismus, eigene Versäumnisse anderen anzulasten: nicht der Schüler oder die Schülerin war faul, sondern der Lehrer oder die Lehrerin unfähig, nicht die eigene Arbeit halbherzig, sondern das

Material schlecht, nicht man selber unkonzentriert, sondern der Unfallgegner oder die Unfallgegnerin. Kollektive Ausgrenzungen von Minderheiten, Herabwürdigungen einzelner Gruppen, Stämme oder Völker sind nichts anderes, verleihen aber den Anführern den Nimbus der Tatkraft. Da ihr Erfolg ebenso wenig messbar ist wie der des Unwetterzaubers, werden sie nicht zur Rechenschaft gezogen, sondern aufgrund ihrer Heilsversprechen oft wiedergewählt.

Die Flüchtlinge als Sicherheitsrisiko zu diffamieren, ist besonders pervers, kommen sie doch gerade auf der Suche nach Sicherheit hierher. Den zwei toten und 24 verletzten Opfern unkontrollierter Gewaltanwendung in Deutschland im Jahr 2016 stehen in Somalia 159 Tote und 102 Verletzte, in der Türkei 265 Tote und 1.050 Verletzte und im Irak 654 Tote und 1.093 Verletzte gegenüber. In Afghanistan und Syrien sind sie ungezählt um ein Vielfaches höher. Vor dieser Gewalt suchen die Menschen hier Sicherheit. Sie als Sicherheitsrisiko zu bezeichnen, weil sich unter ihnen auch gefährliche Individuen befinden, ist, da hat Herr Herrmann Recht, „hässliche Propaganda“.<

Für eine Handvoll Tomaten



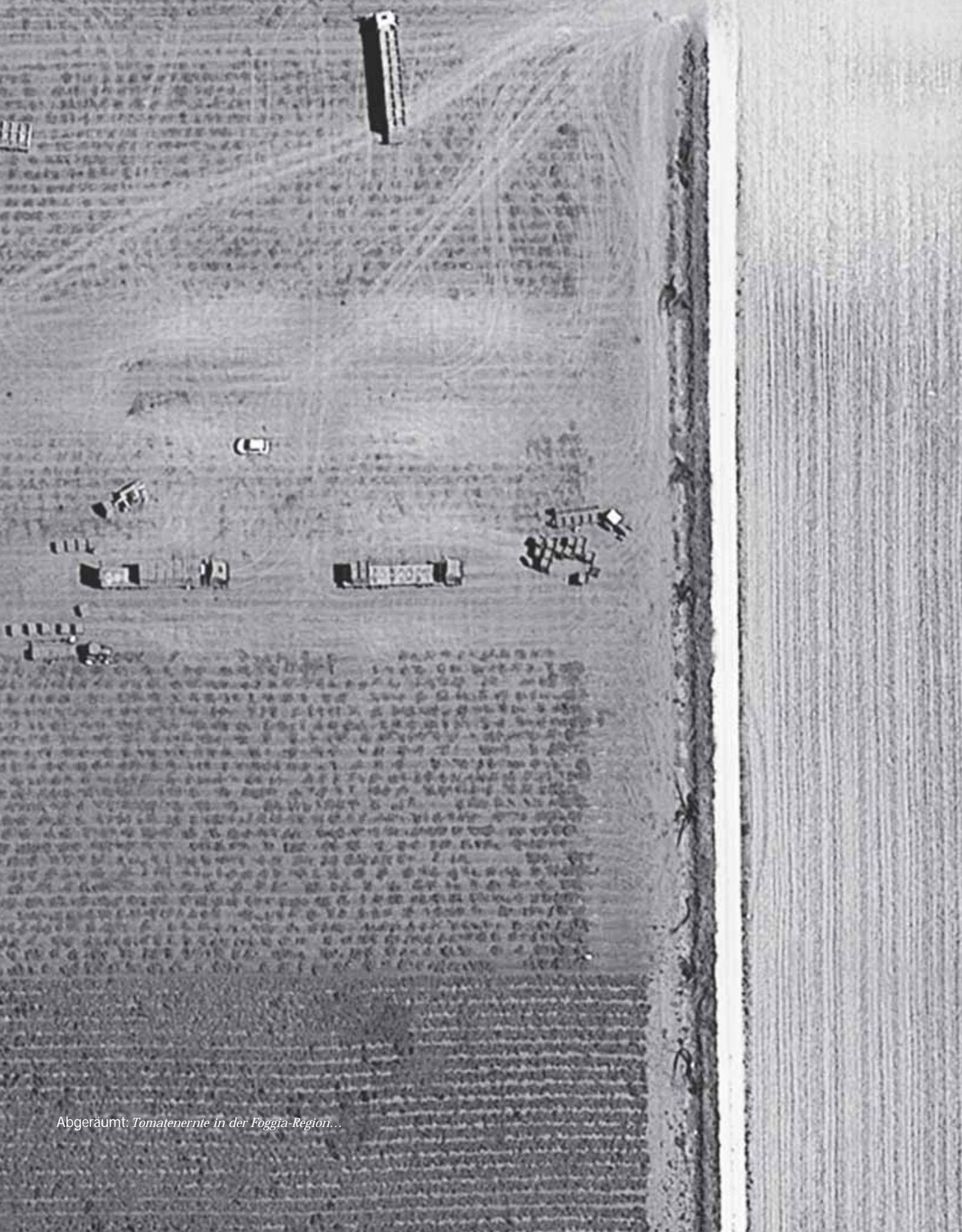
Campagne in Lotta ist ein im Jahr 2011 gegründetes Netzwerk, das die Koordination und (Selbst-)Organisation von migrantischen Arbeitskräften in der italienischen Landwirtschaft unterstützt; dies insbesondere in den Tomaten- und Zitrus-Hochburgen Foggia und Reggio Calabria. *Hinterland* hat sich mit Irene Peano, einer Aktivistin von *Campagne in Lotta*, unterhalten. Interview und Übersetzung von Tom Reiss



Auf freiem Feld: Wohnsiedlung bulgarischer Gastarbeiterinnen und Gastarbeiter; es gibt weder Wasserversorgung noch sanitäre Anlagen, und die Siedlung wird regelmäßig von Feuern heimgesucht. Nicht nur Arbeiterinnen und Arbeiter, auch viele ihrer Kinder leben hier.







Abgeräumt: Tomatenernte in der Foggia-Region...



Irene, wie ist die *Campagne in Lotta* entstanden?

Campagne in Lotta ist in erster Linie das Resultat zweier individueller Arbeitskämpfe, die miteinander resonierten. Der erste entwickelte sich im Januar 2010 in Rosarno – einem Dorf in der Gioia Tauro-Ebene, die für ihre Orangenproduktion bekannt ist. Dort waren sehr viele westafrikanische Arbeitskräfte beschäftigt. In dieser Situation brachen Aufstände in Reaktion auf eine Reihe gewalttätiger Angriffe auf afrikanische Lohnabhängige aus – die Proteste hatten also eine klare antirassistische Konnotation. Aber es handelte sich gleichzeitig um einen Streik. Die Orangensaison lief auf Hochtouren. In Folge der Proteste wurden einige verhaftet und deportiert, andere wurden aus Sorge um Gegenreaktionen aus Rosarno entfernt. In den Straßen herrschte Bürgerkriegs Atmosphäre. Diejenigen, die nach Rom deportiert wurden, fanden Unterschlupf in einem besetzten Gemeinschaftszentrum. Gemeinsam mit den Besetzenden begannen sie eine Protestaktion, die etwa ein Jahr lang andauerte und zu mehreren Bewegungen führte, welche letztendlich Aufenthaltsstatus für die Lohnabhängigen erreichte.

Außerdem begann im Sommer 2011 ein wilder Streik in der Provinz Lecce, wo sehr viele migrantische Arbeitskräfte in den Tomaten- und Wassermelonenernten beschäftigt werden. Dieser Streik wurde von Lohnabhängigen initiiert und von politisch Aktiven unterstützt – letztere bemühten sich um grundlegende Informationsarbeit für Saisonarbeitende, unabhängig von deren Aufenthaltsstatus. Während des Streiks bemerk-

ten viele Unterstützende, wie motiviert die Landarbeiterinnen und Landarbeiter waren, sich an Arbeitskämpfen zu beteiligen. Sie entschlossen sich, unterstützende Strukturen zu schaffen, die bis dato nicht vorhanden waren.

Wie kam es überhaupt zu dieser Situation?

Diese Arbeitskämpfe haben einen sehr komplexen Hintergrund. Man kann sagen, dass der Arbeitskampf migrantischer Landarbeiterinnen und Landarbeiter die antirassisti-

In den Straßen herrschte Bürgerkriegs Atmosphäre

sche Bewegung in Italien ausgelöst hat. Das nahm seinen Anfang 1989 in Folge des Mordes an einem südafrikanischen Asylsuchenden, Jerry Masslo, in Villa Literno bei Neapel. Daraufhin entwickelte sich eine massive antirassistische Bewegung, die bis in die 1990er sehr aktiv war. Aber dann wandten sich gemäßigte und sozialdemokratische Teile dieser Bewegung ab. Diese Gruppen waren auch die treibenden Kräfte hinter der Ratifizierung der ersten umfassenden Einwanderungsgesetzgebung im Jahr 1998, mit der verstärkt Zwangslager, Abschiebungen und dergleichen einhergingen.

Wie haben die Gewerkschaften reagiert?

Der italienische Gewerkschaftsbund CGIL vernachlässigte jahrelang Migrationsfragen. In Teilen der CGIL herrschte latenter Nationalismus. Auf migrantische

Arbeitskräfte kam es ihnen nicht an – sie differenzierten nicht zwischen unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Lohnabhängigen. Ganz allgemein war die politische Linke bemüht, Konflikte zu vermeiden. Das ist kein neues Phänomen in Hinsicht auf Landarbeit: Die Agrarreform in den 1950ern schlug in vielerlei Hinsicht fehl. So, wie das Land verteilt wurde, war es unmöglich, davon zu leben. Also verließen viele Menschen die Landgebiete und gingen in den Fabriken arbeiten. Die Kommunistische Partei konzentrierte sich auf Landbesitzer als politische Basis und ignorierte Probleme im Bereich der Lohnarbeit.

Jedenfalls hatte lange Zeit niemand diesen Bereich beachtet...

Und insbesondere im Bereich des politischen Aktivismus sind Arbeitsfragen seit den 1990ern vom Radar verschwunden. Große Teile der arbeitenden Bevölkerung wurden schlichtweg ignoriert. Dementsprechend lag hinter den jüngsten Bewegungen auch der Gedanke, endlich eine Verbindung zwischen bisher getrennten Kontexten zu schaffen. Besonders wichtig war das im Falle der westafrikanischen Lohnabhängigen, die oft zwischen verschiedenen Regionen Italiens von Ernte zu Ernte ziehen. Diese vermeintlich separaten Gruppen und Probleme miteinander zu verbinden, war uns wichtig.

Über welche verschiedenen Gruppen sprechen wir?

Das ist natürlich von Region zu Region unterschiedlich. Und die offiziellen Statistiken berücksichtigen nur diejenigen, die Verträge haben. Es gibt eine signifikante

Dunkelziffer, etwa 20 bis 25 Prozent der Lohnabhängigen arbeiten ohne Vertrag. Man geht davon aus, dass der Großteil aus Rumänien stammt. Noch einmal etwa halb so viele stammen aus westafrikanischen Ländern. Teilweise sind das Menschen, die seit ihrer Ankunft in Italien in der Landwirtschaft arbeiten – insbesondere diejenigen, die keine Aufenthaltserlaubnis haben – und teilweise Menschen, die ihre vorherige Arbeit in Folge der Wirtschaftskrise verloren haben.

Vor relativ kurzer Zeit begannen viele Menschen aus Libyen einzuwandern. Sie wurden ursprünglich in Aufnahmelagern untergebracht und fanden von dort aus Arbeit in der Landwirtschaft. Diese Aufnahmelager, vor allem die besonders großen, befinden sich in vielen Fällen sehr nahe an den landwirtschaftlichen Gegenden. Die westafrikanischen Lohnabhängigen stammen aus verschiedenen Ländern – Senegal, Mali, Burkina Faso, Ghana, einige wenige aus Nigeria und der Elfenbeinküste.

Kommen auch Menschen aus Bulgarien?

Es gibt eine kleine, aber signifikante Gruppe, die aus Bulgarien stammt. Sowohl im Falle der rumänischen als auch der bulgarischen Lohnabhängigen besteht ein erheblicher Teil aus Roma.

In der Pontinischen Ebene findet sehr viel Gewächshausproduktion statt. Dort arbeiten sehr viele Punjabi. Diese werden oft in Form einer Art Menschenhandel rekrutiert. Sobald sie in Italien ankommen, werden ihnen die Pässe abgenommen und sie müssen ihre Schulden den

Schleusern gegenüber abarbeiten – ohne Aufenthaltserlaubnis. In Latina, der dortigen Provinzhauptstadt, gab es kürzlich einen Streik; aber wir haben leider noch keine besonders gute Präsenz in dieser Region.

Es gibt auch einige Arbeitskräfte aus Nordafrika, die vor längerer Zeit eingereist sind. Diese wurden mittlerweile zu großen Teilen durch Menschen aus Osteuropa ersetzt, die für weniger Lohn arbeiten. Die Nordafrikanerinnen und Nordafrikaner sind sehr gut „integriert“ – ein fürchterlicher Begriff. Was ich damit sagen möchte: Sie sind mit dem System vertraut.

Wie ist es um Arbeits- und Aufenthaltserlaubnisse bestellt?

Menschen mit EU-Pass haben keine Probleme hinsichtlich ihrer Aufenthaltserlaubnisse. Aber sie finden nur sehr schwer Wohnraum – die meisten von ihnen sind Saisonkräfte. Im Zuge der EU-Osterweiterung wurde die Saisonarbeit stark begünstigt, wodurch eine riesige Reservearmee billiger, hochmobiler Arbeitskräfte entstanden ist. Diese Arbeitskräfte geben ihre Löhne in ihren Heimatländern aus, wo ihre Kaufkraft größer ist.

Leute werden für weniger als die Hälfte der Stunden bezahlt, die sie tatsächlich arbeiten

Sowohl die Menschen aus Osteuropa als auch aus Afrika haben große Probleme: schwieriger Zugang zu medizinischer Ver-

sorgung, Schulbildung für Kinder, Bankkonten und dergleichen. Für Menschen ohne EU-Pass hat sich die Situation stark verändert: Vor 2011 hatte ein Großteil schlicht keine Aufenthaltserlaubnis. Es handelte sich um Fabrikarbeiterinnen und Fabrikarbeiter, die im „Urlaub“ auf den Feldern arbeiteten, um etwas mehr Geld zu verdienen. Seit 2011 gab es einen massiven Anstieg der Asylsuchenden. 2011 hat die Regierung auch das letzte Mal eine Quote für „Wirtschaftsflüchtlinge“ eingeführt, und derzeit ist Asyl die einzige Möglichkeit, legal in Italien Aufenthaltserlaubnisse zu erlangen. Ein Großteil der migrantischen Bevölkerung hat nun irgendeine Form von Erlaubnis. Sie bewerben sich um Asyl, werden abgewiesen und gehen dann gegen die Ablehnung in Berufung. Die Zahl der erfolgreichen Asylbewerbungen geht zwar zurück, aber nach dem Berufungsprozess ist sie immer noch relativ hoch.

Müssen sich viele in sogenannter „Schwarzarbeit“ verdingen?

Ja – und die Regierung geht immer härter gegen Schwarzarbeitende vor. Aber das Problem bleibt bestehen, weil es sich bei einem großen Teil der Verträge um Null-Stunden-Verträge handelt. Auch wenn du einen Vertrag hast, gibt es keine Garantie, dass du für gearbeitete Stunden tatsächlich bezahlt wirst. Die Plantagenbetriebe können problemlos betrügen. Und das machen sie auch, überall in Italien. Leute werden für weniger als die Hälfte der Stunden bezahlt, die sie tatsächlich arbeiten.

Infolgedessen haben sie natürlich auch keinen Zugriff auf Arbeitslosenunterstützung. Insbesondere im Süden hat es sich eingebürgert,

Menschen mit italienischem Pass in Scheinanstellung zu beschäftigen, damit diese Sozialleistungen beziehen können, während migrantische Arbeitskräfte schwarz für die eigentliche Arbeit angestellt werden.

Wie stehen die Chancen für migrantische Arbeitskräfte, ihre Rechte vor Gericht einzufordern?

Im Grunde kann man Lohnbetrug immer zur Anzeige bringen, unabhängig vom eigenen Status. Aber das ist ein langwieriges Verfahren, und oft gibt es keine Entschädigung seitens der Gerichte aufgrund von Beweismangel.

Ein großes Problem ist sexueller Missbrauch, besonders im Osten Siziliens, wo sehr viele Frauen unter fürchterlichen Bedingungen in Gewächshäusern arbeiten. Das gilt allerdings im Grunde für ganz Italien und betrifft auch italienische Frauen. Ein Großteil der weiblichen Arbeiterklasse ist im Grunde unter denselben Bedingungen beschäftigt wie die Migrantinnen. Nur sehr wenige Missbrauchsfälle finden tatsächlich ihren Weg in die Gerichte. Es ist für Frauen sehr schwierig zu klagen, weil sie häufig isoliert und uninformiert sind. Und sie haben Angst, ihre Arbeit zu verlieren. Häufig werden sie erpresst. Wenn sie Kinder haben, ist deren Aufenthalt auf den Plantagen von der Kulanz der Plantagenbesitzenden abhängig.

Hat sich die Rechtslage womöglich so gar verschlechtert?

Nach dem Streik von 2011 ist die Regierung immer mehr gegen „illegale Arbeitsvermittlung“ vorgegangen. Davor war das eine Ordnungswidrigkeit, nun ist es eine Straftat. Das bedeutet, dass Vorarbeiter nun ins Gefängnis wandern können, was sie in etwa

auf eine Ebene mit Mafiosi stellt. Gegen Bauern und Landbesitzer wird allerdings nicht vorgegangen. Neue Gesetzreformen sollen etwas daran ändern, aber es sieht nicht danach aus, als würden sie zu echten Resultaten führen. Man tendiert dazu, die ganz kleinen Fische zu kriminalisieren – also die Vorarbeiter, die in einigen Fällen selbst migrantische Arbeitskräfte sind. Je weiter man die Produktions- und Distributionsketten hinaufsteigt – wo über Dinge wie Preise, Löhne und Arbeitsbedingungen entschieden wird – desto weniger rechtliche Handhabe besteht.

2012 hat die Regierung eine EU-Richtlinie umgesetzt, nach der migrantische Lohnabhängige ohne Aufenthaltserlaubnis, die ausgebeutet werden und sich bereit erklären, vor Gericht auszusagen, immerhin das Recht auf Aufenthaltserlaubnisse erhalten. Bisher gibt es zehn, vielleicht 15 Fälle, in denen das geschehen ist. Es ist sehr schwierig, diese Art von Ausbeutung zu beweisen, und die Beweislast liegt bei den Ausgebeuteten. Es gibt für sie keine realistische Möglichkeit, diese Beweise zu erbringen.

Gibt es denn Hinweise darauf, dass ein echter Zusammenhang zwischen diesen Ausbeutungsverhältnissen und organisiertem Verbrechen besteht?

Es gibt nur sehr wenige dokumentierte Fälle, in denen organisiertes Verbrechen in der Gastarbeit eine Rolle spielt – aber es gibt dort natürlich verschiedene systemische Ebenen. Zum Beispiel in der Distribution: Supermarktketten werden tatsächlich von einflussreichen Kartellen kontrolliert. Was die Logistik, Transport und Lagerung in diesem Bereich betrifft, hat organisiertes Ver-

brechen definitiv die Hände im Spiel. Man hat manchmal auch das Gefühl, dass einige Kartelle komplette Produktionsketten zu kontrollieren versuchen. Aber das ist schwer zu dokumentieren. Es ist mit ziemlicher Sicherheit der Fall in der Tomatenproduktion, und in letzter Zeit wurden in der Foggia-Provinz mehrere Menschen in Zusammenhang mit Erpressung festgenommen. Wir haben auch das Gefühl, dass einige Vorarbeiter mit Kartellen in Verbindung stehen, aber es ist schwer zu sagen, wie weit diese Verbindungen gehen.

Wie kommt es, dass die verschiedenen Gruppen der migrantischen Lohnabhängigen sich bis 2011 nicht selbst organisieren bzw. politisch aktiv werden konnten?

Das hat verschiedene Gründe. Zu allererst war es eine Frage grundsätzlicher Not: Das sind Menschen, die am Rand des Existenzminimums leben. Aufstand bedeutet oft Verlust des Einkommens. Das wurde schmerzhaft deutlich nach dem Streik von 2011, bei dem fast ausschließlich Menschen aus Westafrika streikten. In der nächsten Saison bekam niemand von ihnen mehr Arbeit, die Landbesitzenden bevorzugten Menschen aus Osteuropa.

Außerdem haben verschiedene Faktoren – die Wirtschaftskrise, die EU-Erweiterung, das Bombardement Libyens – zu einer großen Reservearmee arbeitsbereiter Menschen geführt.

In der Foggia-Provinz beispielsweise, wo ein Großteil der Tomatenproduktion geleistet wird, sind an Saisonhöhepunkten etwa 20000 bis 30000 Menschen beschäftigt. Es ist unglaublich schwierig, solche Mengen von Arbeitenden zu organisieren. Sie leben in Siedlungen, die über die

Landschaft verstreut sind. Hinzu kommt, dass die Menschen sich oft ihrer Möglichkeiten nicht bewusst sind – sie fühlen sich machtlos. Selbst wenn sie ihre Rechte kennen, gibt es noch einen starken Unterschied zwischen dem Recht auf dem Papier und der Realität. Das macht es sehr schwierig, veritable Strategien zu entwickeln.

Wie habt ihr dann die *Campagne in Lotta* denn begonnen?

Das Projekt begann mit Aktionen während der Erntezeit. Wir fingen damit an, Präsenzen in den improvisierten Siedlungen und verlassenen Bauernhöfen aufzubauen. Wir begannen, die Isolation zu durchbrechen und Informationsstrukturen zu schaffen, wo Menschen zu Hunderten, manchmal Tausenden leben. Wir haben versucht, nicht zu sehr aufzufallen, weil wir befürchteten, dass das gefährlich für die Arbeiterinnen und Arbeiter werden könnte. Wir haben Veranstaltungen wie beispielsweise Sprachkurse organisiert, in denen wir auch über Arbeiterrechte und Migrationsfragen gesprochen haben; auch eine Radiostation und Fahrradwerkstätten, damit die Leute etwas weniger von den Vorarbeitern abhängig sind. Nach und nach haben wir die Lohnabhängigen dann mehr im Netzwerk eingebunden.

Und heute könnt ihr bereits Erfolge verbuchen...

Seit letztem September haben wir eine recht stabile Präsenz in Foggia; dort haben wir auch eine Reihe von Demonstrationen und Protesten organisiert. Ausgehend von der Einschätzung ihrer eigenen Situation haben wir es auch geschafft, einige Erfolge in Hinsicht

auf den Aufenthaltsstatus der Leute zu erreichen. Die Regierungsvertretung in der Provinz und die Polizei waren sehr verständnisvoll hinsichtlich unserer Forderungen und haben nach und nach Arbeitserlaubnisse verteilt. Sie haben auch auf die Kommunalverwaltung Druck ausgeübt, damit Menschen ohne offizielle Adressen feste Wohnsitze haben. Es ist rechtlich möglich, obdachlosen Menschen Adressen zuzuteilen.

Es ist rechtlich möglich, obdachlosen Menschen Adressen zuzuteilen

Es geht auf und ab. Im Moment stagniert es ein wenig – die Behörden sind weniger kooperativ als sie es anfangs waren. Aber sie reagieren – auch die Staatsregierung. Kürzlich wurde eine tentative Regelung unterschrieben, die sich der Vorarbeiter-Problematik widmet.

Inwiefern spielt Selbstorganisation denn eine Rolle?

Über unsere Präsenz waren wir auch in der Lage, regionale Arbeitergruppen kennenzulernen, die weniger mobil sind. Diese Gruppen haben damit begonnen, sich wöchentlich zu treffen. Sie haben sich dazu entschlossen, ihre eigenen Vertretungen zu wählen. Über die Jahre hinweg und besonders im Laufe der letzten Monate wurden sie politisch immer aktiver. Diese Gruppe politisch aktiver migrantischer Lohnabhängiger beinhaltet mittlerweile auch Menschen aus Osteuropa, und besonders die bulgarischen

Arbeiterinnen und Arbeiter nehmen aktiv an Demonstrationen mit westafrikanischen Arbeitskräften teil, was eine Menge Solidarität zeigt.

Wir Aktivistinnen und Aktivisten organisieren in erster Linie Medienarbeit und Finanzierungsfragen – wir sind vollkommen selbstfinanziert. Wir bemühen uns auch, einzelne Aktionen miteinander zu synchronisieren; simultane Streiks und dergleichen. Letztendlich ist es natürlich unser Ziel, nicht mehr notwendig zu sein.

Wie würdest du den bisherigen Erfolg des Netzwerks und seine Aussichten für die Zukunft einschätzen?

Es hat gute drei Jahre gedauert, bis wir erste Erfolge gesehen haben. Zuvor hatten wir viele Enttäuschungen auszuhalten und kaum Veränderungen wahrnehmen können. Es hat lange gedauert, das Vertrauen aufzubauen. Aber seit letzten September geht es vorwärts: Die Behördenseite reagiert – wenngleich sie die Arbeitskämpfe nicht erwähnt, um sie nicht aufzuwerten. Aber ihr Handeln ist ein Ergebnis der Organisierung. Und weil Menschen in den Plantagen sterben. Vor Hitze, Übermüdung, Chemikalien und auch aufgrund von Gewalt: Letztens wurde in Rosarno eine Person nach einer Rangelei von einem Carabinieri erschossen. Einen anderen wegen vermeintlich gestohlener Wassermelonen. Diese Dinge entwickeln eine Eigendynamik, besonders, wenn auch Menschen mit italienischem Pass sterben – das ist dieses Jahr auf den Plantagen drei Mal geschehen.



Die multinationale Firma Princes vermarktet unter der Marke „Napolitana“ ihre Produkte für den internationalen Export - der Großteil davon wird in der Foggia-Region hergestellt.



Arbeiterinnen
in einer „Princes“-
Fabrik

Wie wirken sich europäische und globale Entwicklungen auf die italienische Landwirtschaft aus?

Man muss allgemeine landwirtschaftliche Gesetzgebungen im Auge behalten. Die EU setzt hier Standards, die die Vergrößerung von Plantagen begünstigt. Das führt zu massiven Landkäufen. Der Liberalisierungsprozess begünstigt die Konzentration. Historisch waren italienische Höfe und Plantagen klein beziehungsweise sehr klein, aber das ändert sich. Kleinbetriebe können ohne EU-Subventionen nicht überleben – aber um die zu kriegen, müssen sie sich größeren Konglomeraten anschließen. Diese schreiben ihnen wiederum die Preise vor.

Auf dem Orangen-Markt gibt es eine große Konkurrenz aus Marokko, seit die EU ein entsprechendes Handelsabkommen unterzeichnet hat. Ähnliches gilt in der Tomatenverarbeitung umgekehrt für Teile Westafrikas – beispielsweise Ghana. Italienisches Tomatenmark wird in Ghana verkauft und hat damit im Grunde die dortige Produktion frischer Tomaten beendet. Infolgedessen verlieren die dortigen Lohnabhängigen ihre Existenzgrundlage und emigrieren, woraufhin ihre Arbeitskraft in Europa ausgebeutet wird.

Wie hängen die Arbeitskämpfe mit der Situation Geflüchteter in Europa zusammen?

Wie bereits erwähnt, befinden sich viele der wichtigsten Plantagen und Produktionszentrum in der Nähe der Aufnahmelager für Geflüchtete, es gibt also eine sehr direkte Verbindung zwischen der Flüchtlingspolitik der EU und der Ausbeutung billiger Arbeitskraft auf

italienischen Plantagen. Das Aufnahmelager in Catania (Sizilien) zählt beispielsweise zu den größten Europas. Dort befinden sich etwa 4.000 Menschen. Diese Menschen werden rekrutiert, um für nicht mehr als zehn Euro am Tag Feldarbeit zu leisten. Und viele befinden sich jahrelang in solchen Lagern. Frauen, insbesondere aus Nigeria, prostituieren sich dort für fünf bis zehn Euro. Beispielsweise erwarten Polizisten und andere Lagermitarbeiter sexuelle Gefälligkeiten im Austausch gegen Zigaretten und Telefonkarten.

Ganz allgemein begünstigt die Art

Wir müssen Migration und Arbeit in mindestens europaweiten Verhältnissen denken

und Weise, wie die EU Migration handhabt, die Ausbeutung billiger Arbeitskraft, weil Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus nicht das Land verlassen oder Grenzen überqueren können.

Welche Art von internationaler Unterstützung würdet ihr euch wünschen – politisch und auch seitens NGOs und politischen Gruppen?

Alle, die bei unseren Camps zur Erntesaison mitmachen möchten, sind herzlich willkommen! Insbesondere Menschen mit Erfahrung in den Bereichen Migration und Arbeit. Mehrere Sprachen sind ideal und Italienisch ist von Vorteil. Aber da können wir auch improvisieren. Finanzielle Unterstützung ist natürlich auch immer hilfreich.

Wir müssen Migration und Arbeit in mindestens europaweiten Verhältnissen denken. Ich glaube, gerade findet ein Kurswechsel in der EU-Migrationspolitik statt. Wir befinden uns in einer Art Krise, die wir auf europäischer Ebene nutzen können, um radikale Änderungen und Reformen in Hinsicht darauf zu erreichen, wie wir mit Migration umgehen.

Was könnten wir anstellen, um diesen radikalen Reformen näherzukommen?

Andauernd kämpfen Geflüchtete und Asylsuchende in Europa um ihre Existenz und wir sollten Möglichkeiten finden, sie miteinander zu verbinden. Dazu gehört, eine Art Plattform zu schaffen, die diesen Kampf systematisiert – ausgehend von bestimmten Grundbedürfnissen und Forderungen. Eine dieser Forderungen könnte eine allgemeine europäische Arbeitserlaubnis sein, so dass Menschen sich zumindest mit denselben Rechten in der EU bewegen können.

Und was Arbeitsbedingungen betrifft, versuchen wir, die komplette Konsumkette nachzuverfolgen; bis zu 70 Prozent der industriellen Tomatenproduktion ist auf Export ausgerichtet. Uns auf Distributionsstrukturen, Supermarktketten und dergleichen zu konzentrieren, könnte uns dabei helfen, beispielsweise einzuschätzen, inwieweit Boykotts Arbeitskämpfe unterstützen. Aber um das machen zu können, braucht es mehr Forschung – wo die entsprechenden Produkte herkommen, wo sie hingehen, und alle Schritte dazwischen.



Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt

altes Thema, neue Brisanz



Die aktuelle Welle rassistischer Gewalt und die verstärkten Bemühungen, Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten abzuschieben, werfen erneut das Thema „Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt“ auf, das zuletzt Anfang der 2000er Jahre eine größere Rolle gespielt hat. Von Hannes Püschel.

Alleingelassen in Albanien

In einem Café der südalbanischen Stadt Fier sitzen ein gutes Dutzend Menschen zusammen. Zwei, drei junge Männer, der Rest ist zwischen 30 und 50, einige haben ihre Kinder dabei. Sie sind hier, um über ihre Erfahrungen als Asylbewerber in Deutschland zu sprechen. Diese sind vor allem deprimierend und verstörend. Alle Anwesenden sind Opfer eines rechten Anschlages auf eine Asylbewerberunterkunft im Brandenburgischen Massow. Anfang September 2015 griff dort ein schon vorher rassistisch auffällig gewordener Mann, der für eine Baufirma im Auftrag des Heimbetreibers tätig war, die Bewohner und Bewohnerinnen mit einem großen Kanister Pfefferspray an, den er auf den Fluren des Heimes versprühte. Etwa 80 Menschen wurden zum Teil schwer verletzt. Weder der Heimbetreiber noch der zuständige Landkreis Dahme-Spreewald unternahmen danach Bemühungen, die Betroffenen, die zum Teil mit Verletzungen der Atemwege und langandauernden psychischen Folgen zu kämpfen haben, beim Zugang zu psychologischer und medizinischer Betreuung zu unterstützen. Stattdessen wurden sie unter Druck gesetzt, das Land zu verlassen. Elvis K. (alle Namen geändert) beschreibt, wie er nach dem Angriff von den Behörden behandelt wurde: „Ich wusste, dass wir Deutschland verlassen müssen. Ich wollte nur, dass mein Sohn, der bei dem Angriff verletzt wurde, hier geheilt wird. Danach wären wir freiwillig nach Albanien zurückgekehrt. Doch der Mann auf der Ausländerbehörde schrie mich an, dass wir hier nichts zu suchen haben und schon längst nach Albanien hätten zurückgehen müssen. Wenn wir jetzt nicht sofort gehen, dann würden wir abgeschoben und dürften lange nicht mehr in die EU einreisen.“ Eine Erfahrung, die von den anderen bestätigt wird. Elvis K. weiter: „Mein Sohn wacht jede Nacht auf und schreit „Mama, Mama, sie werfen Gas, sie bringen uns um“. Der Arzt sagt, es ist ein Trauma. Wir haben hier keine Möglichkeit, das behandeln zu lassen“. Tatsächlich beschreiben auch mehrere der anwesenden Erwachsenen, dass sie immer noch unter Atemproblemen und Alpträumen litten. Doch nicht nur die medizinischen Folgen treiben sie um. Auch ohne vertiefte Kenntnis des deutschen Rechtswesen haben sie registriert, dass ihre Rechte als Opfer einer Straftat beschnitten

wurden. Ardit F.: „Die Polizei hat uns nie befragt. Dabei haben wir Albaner als einzige gesehen, wie der Angriff anfing. Sie haben uns gezwungen auszureisen, bevor es eine Gerichtsverhandlung gab. Manchmal denke ich, sie wollten verhindern, dass wir als Zeugen aussagen.“ Selbst wenn das zuständige Gericht wollte, könnten sie nicht als Zeugen geladen werden. Die meisten wohnen ohne offizielle Meldeadresse, schon den albanischen Behörden dürfte es schwerfallen, sie ausfindig zu machen.

Gedrängt zur „freiwilligen“ Ausreise

Der Fall der Albanerinnen und Albaner aus Massow ist einer der gravierendsten Fälle der letzten Zeit, in denen die Opfer rechter Gewalt gezwungen wurden, Deutschland zu verlassen. Er ist aber nicht der einzige. Neben weiteren Fällen in Brandenburg sind seit 2014 auch in Berlin, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen Fälle bekanntgeworden, in denen Betroffene rechter Gewalt abgeschoben bzw. zur Ausreise gedrängt wurden.

So wurden in Finsterwalde (Brandenburg) traumatisierte Kriegsflüchtlinge aus Tschetschenien, die in Deutschland Opfer eines rassistischen Angriffs wurden, nachdem das Sozialamt endlich die bis dahin verweigerte psychologische Mindestversorgung der Betroffenen prüfen wollte, kurzerhand nach Polen abgeschoben. In Greifswald wurde der aus Afghanistan stammende Hauptbetroffene eines rechten Angriffs und wichtigste Zeuge gegen die vier Angreifer noch vor der Gerichtsverhandlung genötigt, das Land zu verlassen, was er aus Angst vor einer Abschiebung auch tat. In Berlin wurde ein Kosovoalbaner, der eine Traumatherapie machte, zur Ausreise gedrängt. Das ist nur eine kleine Auswahl, die zeigt, wie prekär die Lage von Betroffenen rechter Gewalt mit unsicherem Aufenthaltsstatus ist.

Damit ist im Zuge der gestiegenen Flüchtlingszahlen, der aktuellen Welle rassistischer Gewalt und der verschärften Bemühungen, unerwünschte Ausländerinnen und Ausländer abzuschieben oder zur Ausreise zu drängen, das Thema Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt erneut akut geworden. Schon Anfang der 2000er Jahre hatte es im Nachklang des „Aufstands der

.....
Bleiberecht
*In der BRD wird das
Bleiberecht im
Aufenthaltsgesetz
festgelegt und ist in
Sachen Anerken-
nung eine Stufe
höher als Duldung.
Seit Juli 2015 gilt:
Wer länger als acht
Jahre in Deutsch-
land geduldet lebt
und bestimmte
Bedingungen erfüllt
(gesicherter
Lebensunterhalt,
ausreichende
Deutschkenntnisse,
keine Straffälligkeit,
sowie generell
freundliche
Unauffälligkeit),
erhält Bleiberecht
und erst so vollen
Zugang zu
Arbeitsmarkt und
Bildungsangeboten.*
.....

Anständigen“ eine Kampagne der Beratungsprojekte für Opfer rassistischer und rechter Gewalt gegeben. Sie setzten sich für ein uneingeschränktes Aufenthaltsrecht von Flüchtlingen, Migrantinnen und Migranten ein, die Opfer rassistisch motivierter Gewalt geworden waren. Damals gelang es in vielen Einzelfällen, ein Bleiberecht durchzusetzen, aber eine generelle Regelung für alle Betroffenen konnte nicht erkämpft werden. Dies macht sich jetzt bemerkbar. Faktisch beginnt der Kampf um ein Bleiberecht für die Betroffenen von vorne.

Betroffen sind nach den Erfahrungen der Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt zur Zeit vorrangig Menschen aus den zu sicheren Drittstaaten erklärten Balkanländern. Außerdem betrifft es Personen, die aufgrund der Dublin III-Regelungen kein Aufenthaltsrecht in Deutschland haben. Nur die wenigsten Betroffenen werden dabei abgeschoben. In der Regel werden die Menschen von den Ausländerbehörden gedrängt, „freiwillig“ auszureisen. Dabei fungiert gerade gegenüber den Staatsbürgern der Westbalkanstaaten die Drohung mit einem Einreiseverbot in die Schengenstaaten als effektives Druckmittel.

Aufgrund der wirtschaftlich desaströsen Zustände in den Heimatländern ist Arbeitsmigration für viele die einzige Überlebensoption. Die Drohung, diese Möglichkeit auf Jahre effektiv zu verbauen, nimmt der so herbeigeführten Entscheidung, selbst auszureisen, jeden Charakter von Freiwilligkeit. Das Ausmaß, in dem „freiwillige Ausreisen“ erzwungen werden, stellt ein potentielles Hindernis für Kämpfe um ein Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt dar. Die zuständigen Behörden und Ministerien werden im Ernstfall versuchen, Kritik durch den Hinweis auf die „eigene Entscheidung“ der Betroffenen und die „Freiwilligkeit“ der Ausreise abzuwehren.

Umfassender Entzug der Rechte als Opfer einer Straftat

Während in den letzten Jahren die Opfer von Straftaten eine sukzessive Aufwertung als Akteure im Strafverfahren erfuhren, profitieren Menschen mit unsicherem Aufenthaltsstatus von diesem Ausbau der Opferrechte kaum.

Mit einer Abschiebung oder erzwungenen Ausreise werden ihnen stattdessen sämtliche Rechte im Strafverfahren genommen. Den Betroffenen wird kein rechtliches Gehör gewährt, eine Aussage vor dem mit der Sache befassten Gericht ist nicht möglich. Dies hat nicht nur Auswirkungen auf die Betroffenen. Als im Mai 2015 die Abschiebung von Betroffenen eines rechten Angriffs in Anklam (Mecklenburg-Vorpommern) öffentlich kritisiert wurde, erklärten Staatsanwalt und Innenministerium unisono, die Abschiebung wichtiger Zeuginnen und Zeugen sei überhaupt kein Problem. Schließlich könne man wesentliche Zeuginnen und Zeugen schon vorab vernehmen, auch ließen sich problemlos Aussagen aus Vernehmungsprotokollen verwenden. Das hat mit der Realität von Ermittlungs- und Gerichtsverfahren wenig zu tun. Wer polizeiliche Protokolle zu rechten Angriffen kennt, weiß, dass diese häufig das Geschehen nur sehr ungenügend abbilden. Ermittlungsrichterinnen und

Ermittlungsrichter, die eine Vernehmung abzuschiebender wichtiger Zeuginnen und Zeugen noch vor der Gerichtsverhandlung übernehmen könnten, verfügen in der Regel nicht über ausreichende Aktenkenntnis zu den Fällen, um eine sachgerechte und umfassende

Befragung durchzuführen. Fragestellungen, die sich möglicherweise erst in der Hauptverhandlung ergeben, zum Beispiel zu Tatbeiträgen oder Tatmotivationen, lassen sich überhaupt nicht mehr klären.

Doch nicht nur die Möglichkeit, als Zeugin oder Zeuge am Verfahren teilzunehmen, wird den Betroffenen genommen. Ein wichtiges Mittel im Umgang mit Fällen rassistischer Gewalt ist die Teilnahme der Betroffenen am Prozess als Nebenklägerinnen und Nebenkläger. Die Möglichkeit, durch Fragen und Anträge über die eigene Aussage hinaus zur gerichtlichen Wahrheitsfindung beizutragen, ist eine Form der Ermächtigung, die es den Betroffenen erlaubt, den Status als „Beweismittel“ und Objekt des Verfahrens zu verlassen und wieder Kontrolle über ihr Leben zu gewinnen. Diese Option besteht für abgeschobene und zur Ausreise gedrängte Menschen tatsächlich nicht mehr.

Darüber hinaus wird den Betroffenen so faktisch die Möglichkeit genommen, Kompensationen für das Erlittene (Schadensersatz und Schmerzensgeld) einzufordern. Die theoretisch bestehende Möglichkeit, damit vom Ausland aus Anwältinnen und Anwälte zu

Manchmal denke ich, sie wollten verhindern, dass wir als Zeugen aussagen

.....
Drittstaatenregelung
Als „sicherer Drittstaat“ gilt seit dem sogenannten Asylkompromiss, der 1992 unter Helmut Kohl von Union und SPD vereinbart wurde, jeder Mitgliedsstaat der EU sowie Norwegen und die Schweiz. Die Drittstaatenregelung besagt, dass Asylsuchende, die über einendieser Staaten in einem EU-Mitgliedsland eingereist sind, in den übrigen kein Anspruch auf Asyl haben. In der Praxis gibt es damit in Deutschland kein Recht auf Asyl – von Ausnahmesituationen wie der Einreise per Katapult oder Tunnel abgesehen.
.....



Gängige Praxis in Deutschland, 1946 - 2016: Geflüchtete, die Ziel rassistischer Anschläge werden, schiebt der Staat vor der Verhandlung gegen die Täter ab.

beauftragen, die derartige Ansprüche in Deutschland in Abwesenheit der Betroffenen durchzusetzen, ist in der Realität aufgrund der Lebenssituation der Betroffenen keine Option.

Auf diese Weise erleiden die Betroffenen durch eine Abschiebung/erzwungene Ausreise den vollständigen Verlust ihrer Position als Rechtssubjekt in dem Gerichtsverfahren, das den Angriff auf sie selbst zum Gegenstand hatte. Dies erhöht die Gefahr einer sekundären Viktimisierung der Betroffenen.

Doch nicht nur den Betroffenen schadet die Abschiebung/erzwungene Ausreise. Auch die Strafverfolgung wird so in Fällen rassistischer Gewalt deutlich erschwert. Viele Strafverfahren werden eingestellt oder enden mit einem Freispruch für die Täterinnen und Täter, wenn die Zeuginnen und Zeugen im Gerichtsverfahren fehlen. Im Endeffekt schützt dann das Vorgehen der Ausländerbehörden rassistische Gewalttäter.

In antirassistischen Kreisen, die sich derzeit mit dem Thema Bleiberecht für Opfer rechter Gewalt befassen, stehen diese juristischen und rechtsstaatlichen Argumente häufig im Zentrum der Debatte. Das ist ein Unterschied zur Situation Anfang der 2000er Jahre. Damals wurde das Bleiberecht primär eingefordert, um ein Signal an die Täterinnen und Täter zu senden, dass Versuche, Migrantinnen und Migranten mit Gewalt zu vertreiben, nicht nur fruchtlos sind, sondern das Gegenteil bewirken. Gleichzeitig war die Forderung nach einem Bleiberecht an Staat und Gesellschaft ein Appell, Verantwortung für den Fakt zu übernehmen, dass das gewalttätige rechte Klima eine Folge des Versagens von Staat und Zivilgesellschaft gegenüber Rassismus sind.

So wichtig juristische Argumente für ein Bleiberecht auch sind, eine alleinige Fokussierung hierauf ist nicht ungefährlich. Fälle wie der eines jungen Afghanen in Greifswald, der in der Nacht nach seiner Aussage von der Polizei abgeholt wurde, lassen erahnen, wie Ausländerbehörden mit einem Bleiberecht umgehen würden, das vorrangig die Durchführung des gerichtlichen Strafverfahrens sichert. Letztlich würden die Betroffenen so tatsächlich wieder auf die Rolle eines Beweismittels reduziert werden. Die Möglichkeit, sich durch Mitwirken am Gerichtsverfahren vom Opferstatus zu emanzipieren, würde so konterkariert.

Unterschiedlicher Umgang in den Bundesländern

Die Chancen für Opfer rechter Gewalt, in Deutschland bleiben zu können, hängen im Moment sehr vom Bundesland ab. Dort, wo es funktionierende Beratungsstellen für Betroffene rechter Gewalt gibt, die effektiv in der Lage sind, Monitoring und aufsuchende Beratung zu betreiben (d.h. vorwiegend in den ostdeutschen Bundesländern) besteht zumindest die Möglichkeit, dass die Betroffenen politisch und juristisch unterstützt werden können, Fälle der Abschiebung oder Nötigung zur Ausreise öffentlich gemacht und die zuständigen Stellen kritisiert werden. Auf derartiges politisches Engagement lassen sich auch die wenigen derzeit bestehenden Regelungen zurück-

führen, die im Umgang mit Opfern rassistischer Gewalt mit prekärem Aufenthaltsstatus herrschen. In Thüringen besteht seit Antritt der rot-rot-grünen Landesregierung die Aufforderung des Justizministers an die Staatsan-

waltschaften, in Fällen, in denen Betroffene rechter Gewalt einen unsicheren Aufenthaltsstatus haben, die zuständigen Ausländerbehörden zu informieren und darauf zu drängen, dass die Betroffenen als Zeuginnen und Zeugen nicht abgeschoben werden. Problematisch an dieser Regelung ist, dass sie erst greift, wenn das Verfahren bei der Staatsanwaltschaft landet. Während der Phase der polizeilichen Ermittlungen, die sich oft lange hinziehen, sind die Betroffenen schutzlos.

In Brandenburg thematisierte die Opferperspektive e.V. die Abschiebung der Betroffenen aus Massow und Finsterwalde während einer Pressekonferenz des Innenministeriums. Daraufhin stellten die Grünen im Landtag im April diesen Jahres den Antrag, die Landesregierung solle „bei den Ausländerbehörden des Landes Brandenburg darauf hinwirken, dass diese gegenüber Opfern rechter Straftaten vollumfänglich von den Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen Gebrauch machen“. Darüber hinaus sollten der „Erlass eines Abschiebestopps für Opfer rechter Straftaten gemäß §60a Absatz 1 AufenthG aus humanitären Gründen und eine Bundesratsinitiative für eine rechtssichere Regelung im AufenthG zur Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an Opfer rechter Straftaten“ geprüft werden.

Das Vorgehen der Ausländerbehörden schützt rassistische Gewalttäter

Die rot-rote Regierungskoalition lehnte diesen Antrag zwar ab, nahm jedoch einen Entschließungsantrag an, der die Landesregierung auffordert, „die gesetzlichen Möglichkeiten des Aufenthaltsrechts zu nutzen, um Opfern rechter Straftaten vorübergehend ein Bleiberecht einzuräumen“ und „gegenüber den Kommunen darauf hinzuwirken, dass diese bei Opfern rechter Gewaltstraftaten von den Möglichkeiten der Erteilung von Aufenthaltserlaubnissen und Duldungen auf der Grundlage des Aufenthaltsgesetzes Gebrauch machen“. Bis zum Ende des Jahres soll die Landesregierung im Landtagsausschuss für Inneres und Kommunales einen Bericht vorlegen, der darlegt, wie und in welchem Umfang diese Maßnahmen umgesetzt wurden.

Auf den ersten Blick erscheint, obwohl der Antrag der Grünen abgelehnt wurde, diese Beschlussfassung als ein erster Schritt hin zu einer Bleiberechtsregelung. Skepsis ist jedoch angebracht. Gerade Brandenburgs Innenminister Karl-Heinz Schröter (SPD) hat sich während seiner gesamten politischen Laufbahn als Hardliner in Fragen des Ausländerrechts erwiesen. So war es, als Landrat im Landkreis Oberhavel, wo er bis zuletzt daran festhielt, Gutscheine statt Bargeld an Flüchtlinge auszugeben und als Innenminister, der versuchte, sich über die Härtefallkommission hinwegzusetzen. Es wäre eine Überraschung, wenn nun im Falle der Opfer rassistischer Gewalt die Frage des Bleiberechtes vorrangig unter humanitären Gesichtspunkten bewertet würde.

Daneben gibt es auch praktische Probleme: Es müssten Routinen im Verwaltungsablauf entwickelt werden, die dafür sorgen, dass die Ausländerbehörden zügig darüber informieren, wenn Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten Opfer rechter Gewalt werden. Vor allem aber müssten die Ausländerbehörden in diesen Fällen von erzwungenen „freiwilligen Ausreisen“ absehen. Hier dürfte eines der größten praktischen Hindernisse für die Umsetzung eines Bleiberechtes für Opfer rechter Gewalt liegen.

Derartige Bemühungen wie in Brandenburg und Thüringen, oder Einzelfallregelungen und Härtekommissionsentscheidungen, können aber auf Dauer eine generelle Regelung auf Bundesebene nicht ersetzen. Es ist an der Zeit für eine neue bundesweite Kampagne für ein Bleiberecht für die Opfer rassistischer Gewalt. Im Endeffekt schützt das Vorgehen der Ausländerbehörden rassistischer Gewalttäter.<

Hannes Püschel
arbeitet bei der
Opferperspektive e. V.,
einer Beratungsstelle
für Betroffene
rechter Gewalt und
rassistischer
Diskriminierung in
Potsdam.

.....
Schengen
Von der Gemeinde
Schengen in
Luxemburg aus
führt die sog.
„Luxemburgische
Weinstraße“ in
nordöstlicher
Richtung die
pittoreske Mosel
entlang. Hier, auf
einem Kreuzfahrt-
schiff (bei Konsum
einer undokumen-
tierten Menge
Luxemburgischen
Straßenweins)
wurde 1985 das
„Schengener
Abkommen“
unterzeichnet. Dem
Abkommen zufolge
verzichten ursprüng-
lich fünf europäi-
sche Staaten (u.a.
Deutschland) auf
Personenkontrollen
entlang ihrer
gemeinsamen
Grenzen. Das
Abkommen wurde
im Laufe der
folgenden Jahr-
zehnte auf eine
Reihe weiterer
europäischer Staaten
ausgeweitet. 2015
wurde die Regelung
von mehreren dieser
Staaten außer Kraft
gesetzt.

.....

Klippenbekenntnisse

Eine kleine Fallstudie zum subjektiven Sicherheitsempfinden von und mit Phil Zéro



162 Meter geht es senkrecht nach unten. Beachy Head ist die höchste der in der Sonne gleißenden

Klippen Südinglands, ein weißer Kalkriese, den man auch ohne royalistische Anwandlungen mit Sicherheit als majestätisch über dem Ärmelkanal thronend bezeichnen darf. Niemand, der nicht selbst völlig verkalkt ist, so möchte man meinen, träte zu nahe an die fulminante Fallhöhe, um die Einzigartigkeit des dortigen Naturerlebnisses (glaubensabhängig) mit einem verfrühten Stelldichein bei seinem oder ihrem Schöpfer zu krönen bzw. im Falle weltlicherer Attitüde urplötzlich den ganz persönlichen Brexitus zu er- und sich selbst dabei zu entleben. Hier können Achtlose noch so real vom Rand fallen, dass die Priester der Scheibenwelt ihre helle Freude daran hätten¹. Dabei handelt es sich nach dem Ermessen der Vernunft dennoch nicht um einen unsicheren Ort.

Aber mit der Sicherheit im Wandel der (Ge-)Zeiten ist das nun mal so eine Sache. Unser heutiges Wort Sicherheit stammt aus dem Lateinischen und setzt sich aus „sed“ und „cura“ zusammen, also wörtlich ein Zustand „in dem sich nicht gekümmert wird“. Die Uminterpretation von „unbekümmertes Sorglosigkeit“ zu „selbstverantwortlicher Gefahrenminderung“ ist jedoch unbedingt ratsam, wenn der Pfad der persönlichen Erleuchtung nicht in einen jähen Abgrund führen soll. Der Dramatiker und Lyriker Christian Friedrich Hebbel notierte im Jahre 1838 in sein Münchner Tagebuch „Sitzen bleiben allerdings schützt gegen die Gefahr, zu fallen“, doch man sollte ihm diesbezüglich keinesfalls Glauben schenken.

Wenn der Sensenmann das Sandwich schmiert

So ist etwa eine Wanderung auf den Klippen von Englands jüngstem Naturschutzgebiet, den South Downs², ein nicht nur geologisch erhebendes Plaisir, das keinesfalls durch ein Picknick an der falschen Stelle zum ultimativ einmaligen Erlebnis geraten sollte. Mit unschöner Regelmäßigkeit lassen sich neben vom Winde zu knorrigen grünen Kobolden verformten Bäumen und schier endlosen elysischen Wiesen, beweidet von scharfsinnigen Schafen – die den nahen Abgrund wiederkäuend meiden –, auch immer wieder Wandergruppen beobachten, denen ihre Wiederkehr zur Pension augenscheinlich weit weniger am Herzen liegt als den Schafen die ihres Mageninhaltes. Befreit

von jeder Selbstverantwortung scheint die Brotzeit manchen am besten zu munden, wenn der Sensenmann das Sandwich schmiert. Wie sonst wäre es zu erklären, dass man sich liebend gern mit der Wegzehrung 30 Zentimeter von der Kante auf den letzten Büscheln der Grasnarbe einer stark erosionsgefährdeten Klippe zur Stärkung niederlässt, um ein Maximum aus dem Naturschauspiel herauszuholen³.

Die Engelstrompeten und Teufelsposaunen der Brandung aus der Tiefe des Raumes im Gehör und mit der steifen Brise im Genick, spielt man blindlings mit seinem Geschick, während man bisweilen auf einem Überhang sitzt, der nur einen fragilen Balkon aus

einigen Metern Kalk darstellt, dessen vorwitzige Existenz von den sinisteren Mächten der Witterung bereits ein eindeutig sichtbares Ablaufdatum verpasst bekommen hat. Der Gevatter hat hier so viele Chancen, dass ihm einige vielleicht auch deshalb durch die Lappen

gehen, weil er sich nicht entscheiden kann, ob er lieber einen Windstoß oder einen Felssturz oder beides wählen soll, bis sie ihr belegtes Brot eingezehrt und das unvermeidliche Selbstportrait aufs Smartphone gebannt haben.

Dennoch wäre für Sicherheit gesorgt

Aber Beachy Head und seine anschließenden acht beeindruckenden Seven Sisters⁴ sind dennoch keine unsicheren Orte. An den erosionsgefährdetsten Stellen mahnen kniehohe Drahtabsperungen und Schilder, keinesfalls zu nahe an den Abyss zu treten. Es patrouilliert geschultes Sicherheitspersonal, welches allzu unbekümmerte Flaneure warnt, wenn sie sich idiotischerweise an einer besonders ungünstigen Stelle aufhalten, und versucht, lebensmüde vom Sprung in den keinesfalls sicheren Tod, aber mindestens die Schwerbehinderung abzuhalten, auch gibt es eine Notfalltelefonzelle. Und dann ist da ja auch immer noch der Menschenverstand. Es wirkt schon nahezu grotesk, wenn man mehr als 150 Meter über dem tosenden Meer steht und einen Schilder auf die offensichtliche „Cliff Edge“ hinweisen müssen. Der Belle Tout Leuchtturm oben an der Kante musste wegen Klippenabbrüchen 1999 bereits 17 Meter landeinwärts verschoben werden und steht heute wieder sehr nahe am Abgrund. Es handelt sich um eines der bekanntesten bewohnten Seezeichen

„Sitzen bleiben allerdings schützt gegen die Gefahr, zu fallen“

Frontex

Aus dem Französischen „Frontières extérieures“, vollständiger Name: „Europäische Agentur für die operative Zusammenarbeit an den Außengrenzen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union“. Die Europäische Grenzschutzagentur mit Sitz in Warschau koordiniert im Rahmen von langjährigen Missionen die Arbeit der nationalen Grenzschutzbehörden der Mitgliedsstaaten nach deren Maßgabe. Sie übernimmt die Kontrolle und Überwachung der EU-Außengrenzen sowie die Ergreifung und Abschiebung von Drittstaatsangehörigen, wenn diese sich nach EU-Recht nicht in Europa aufhalten dürfen. Sie hindert Migranten an der Einreise in die EU, verfolgt Fluchthelferinnen und Fluchthelfer und wehrt in zahlreichen Fällen flüchtenden Menschen die Möglichkeit, in Mitgliedsstaaten Asylträge zu stellen. Aber wen kümmert das schon angesichts tausender jährlicher Todesopfer auf den Fluchtrouten im Mittelmeerraum?

Großbritanniens und eigentlich möchte man meinen, die Klippenbesucher, die trotzdem noch nie davon gehört haben, würden zumindest sehen, dass der randseitige Gartenzaun so abrupt abgerissen wirkt, als habe eine sehr große Möwe ihn für den Moment eines Vorbeiflugbissens mit einem leckeren Cracker verwechselt.

Wie sähe die Ultima Ratio der Sicherheit in einer Interpretation betreuten Lebens, um Ableben möglichst unmöglich zu machen, aus? Allein mehr als sieben Meilen zieht sich der Hauptkamm dieser Klippenlandschaft zwischen Eastbourne und Cuckmere Haven, weitere Steilküstenformationen befinden sich zudem in der nächsten Umgebung. Um möglichst absolute Sicherheit auch für DAW⁵ - und SE⁶-Individuen gewährleisten zu können, müsste man vermutlich die komplette Küstenlinie ein paar Meter hoch einzäunen. Inklusive Stacheldraht auf der Wallkrone, damit weder Lebensmüde darüber klettern können, noch Freizeitfotofreunde des Grauens. Das wäre dann wohl relativ sicher. Was die Sicherheit mit Sicherheit noch erhöhen würde, wäre die Golanhöhen-artige Grenzstreifenoptik, welche das Wanderlustigenaufkommen dezimieren dürfte – und damit den Prozentsatz unverantwortlicher Ungerndenker und die mit ihnen einhergehenden Unfälle. Eine Landschaft sed cura wäre das dann, weil sie niemanden mehr um ihrer selbst Willen kümmert. Als betonierte man die schönsten Strände der Karibik aus, damit niemand mehr etwas im Sand verliert.

Norwegen: „A selfie is never worth dying for“

In Norwegen, wo man es auch gewohnt ist, in einer Umgebung zu leben, deren Gefälligkeit viel von den starken Gefällen herrührt, gibt es nun eine Kampagne namens #BeSafie. Nicht, weil Landschaft generell ein auf Blutzoll lauernder Hort der Unsicherheit wäre. VisitNorway erklärt auf der betreffenden Homepage den Hintergrund der Initiative: „2015 was the year of dangerous selfies, with severe injuries as people took extreme risks in search of the perfect picture. A selfie is never worth dying for.“ Nun verfügt Norwegen über 25.000 Kilometer Küstenlinie⁷, ein großer Teil davon Fjorde⁸ und diese sind größtenteils weit höher als Beachy Head mit seinen im Direktvergleich über-schaubaren Dimensionen. Gemessen an der Anzahl an

Menschen, die darauf umher stromern, der Tatsache, dass es die überwiegende Mehrheit gefahrlos überlebt und der schieren Dimensionen der Abgründe, wäre es unvorstellbar absurd, einen Großteil der Küstenlinie mit Auffangnetzen, Sicherheitszäunen und Warnschildern zu verminen. Es muss eben als Maximum an Sicherheit manchmal auch einfach die Eigenverantwortung und ein gut gemeinter Rat im Tourist Office reichen. Erstaunlicherweise wird Norwegen übrigens trotz seiner ausgeprägt vertikalen Landschaft seit Jahren beim Human Development Index (HDI) der UN auf Platz 1 gelistet. In diese Berechnung zählt u.a. auch die Lebenserwartung, die aktuell dort bei circa 82 Jahren liegt und international einen der Spitzenwerte darstellt. Trotz Fjorden.

Nicht, weil Landschaft generell ein auf Blutzoll lauernder Hort der Unsicherheit wäre

Demgegenüber ist es schwer zu verstehen, dass ein Möbelhaus schuld sein soll an den zugegebenermaßen tragischen Toden von Kindern, die in den USA von umstürzenden Kommoden zermalmt wurden⁹, welche die eigenen Eltern grob fahrlässig und entgegen der

Aufbauanleitung nicht an der Wand verankert hatten. Sicherheit ist ein trügerisches Gefühl, auf welchem man sich entgegen Herrn Hebbels Randnotiz keinesfalls ausruhen sollte. Nehmen wir einmal die 30 Prozent Briten, die unlängst metaphorisch über Beachy Head sprangen, sprich nicht zur Abstimmung über den Brexit gingen. Viele davon waren nicht für den weltpolitisch suizidal anmutenden Absprung von der EU. Sie waren sich einfach sicher, dass diese unausgegrenzte Scharlatanerie nicht gewinnen würde. Sicher, die Klippe bräche nicht genau in dem Moment an just der Stelle, wo man gerade in ein Sandwich beißt. Sicher der Wind käme nicht genau dann auf, als man gerade so glücklich vor dem Fjord balancierend in die Linse linste.

Totale Sicherheit ist eine Illusion

Abertausende Sicherheitskameras verhindern nicht signifikant Verbrechen, ein überdimensionierter Polizeiapparat verstärkt nur ein Klima der Angst und das Verbrechen weicht in seine Nischen aus. Und wer von einer Klippe springen möchte, der wird das hinbekommen, trotz Zaun, trotz Schildern, trotz Seelsorgern. Raten würde ich dennoch niemandem dazu. Denn man kann wohl eines schon mit Sicherheit sagen: Es ist nicht gesagt, dass man sicher tot ist, wenn

man aus großer Höhe springt. Aber es ist sehr wahrscheinlich, dass man es ein Überleben lang bereuen wird. So verriet der Seelsorger Marc Pybus vom Beachy Head Chaplaincy Team dem britischen Daily Telegraph: „People say this is a certain way to die, but that is not true. Some hit ledges on the way down and have to be rescued by the Coastguards, who risk their own lives to do so. Some survive the fall but are very severely and permanently disabled. I believe it is something like 85 per cent of people who survive say they wish they had not jumped.“¹⁰ Der Abgrund bleibt eben autonom und es ist letztlich seine freie Entscheidung, was er mit denen anstellt, die ihm zu nahe kommen. Die persönliche Freiheit besteht allerdings darin, wie man sich ihm nähern möchte. Friedrich Engels, ein durchaus umsichtiger Mann, ließ vor Beachy Head anno 1895 seine Asche ins Meer streuen. Auch David Bowie wählte sicher mit Bedacht, als er 1980 das Video zu seinem Song Ashes To Ashes dort drehte.<

Phil Zéro
ist freier und un-
freier Autor, Radio-
moderator, Literatur-
und Kunstwissen-
schaftler sowie
Manager einer
Rocknrollband

¹ Bereits lange vor der Renaissance glaubte keine gebildete Person des Abendlandes mehr, die Erde sei eine Scheibe. Entgegen landläufiger Meinung stritten auch Kopernikus und Galilei nicht dafür, dass die Erde eine Kugel sei – dies war bereits lange akzeptiert. Vielmehr ging es um das ebenfalls wichtige Detail, ob sich die Olive um die Melone drehe und nicht andersrum. Doch dann erfand Terry Pratchett im 20. Jahrhundert die wundervolle Discworld neu. Der letzte Band seines Scheibenweltzyklus, das 2015 posthum

erschienene „The Shepherd's Crown“, spielt passenderweise über weite Strecken in einem der englischen Südostküste nicht unähnlichen Kreideland.

² Der South Downs National Park existiert seit 2011 und verläuft von St. Catherine's Hill nahe Winchester westwärts bis zu Beachy Head. Die Landschaft besteht überwiegend aus Kalkhügeln, wobei das zunächst verwirrende Wort Downs für diese erhebungsreiche Landschaft aus dem Proto-Germanischen von „dunaz“ herrührt, was mutmaßlich einen

keltischen Wortstamm hat und „Hügel“ bedeutete. Unser Terminus „Düne“ wie auch das niederländische „duin“ haben wohl dieselbe Wurzel.

³ Meist ist es eine ganz schlechte Idee, aus irgendetwas das Maximum herausholen zu wollen. Ultimative Erlebnisse haben nicht selten finalen Charakter.

⁴ Warum dieses Achtgestirn von Klippen Sieben Schwestern heißt, birgt Raum für Spekulationen. Eine Möglichkeit wäre, dass Seven Sisters die tatsächlich sieben Senken zwischen den acht Anstiegen

bezeichnet, eine zweite, dass der Landschaftsname um 1600 geprägt wurde, als dort möglicherweise nur sieben Kreideköpfe aufragten, der achte sei erst durch spätere Erosion entstanden.

⁵ Dümmste anzunehmende Wandersleute

⁶ Suizidale Einweg-Stuntpeople

⁷ Inseln nicht mit eingerechnet, sonst beliefe es sich auf ca. 80.000.

⁸ Laut Douglas Adams „A Hitchhiker's Guide to the Galaxy“ wurden die norwegischen Fjorde von Slatribartfast kreiert,

einem Planetenarchitekten mit einem besonderen Faible für Küstengestaltung. Er soll für dieses Kunstwerk sogar einen Preis gewonnen haben.

⁹ Grotteskerweise heißt betreffendes Möbelmodell „Malm“.

¹⁰ Daily Telegraph, 06.07.2014, aus „Beachy Head: Soon we won't be here to save lives“ von Cole Moreton.



Foto: Judith Eberhard

Schutzraum vor Gewalt



*Eine junge, geflüchtete Frau beteiligt sich an der
Aussaai in der Inobhutnahmestelle Rosamunde*

Für minderjährige Flüchtlingsmädchen bedeutet eine sichere Unterkunft am Anfang oft eine Umgebung ohne Männer. Judith Eberhard ist in München mitverantwortlich für ihre Unterbringung und beschreibt den Umgang mit Traumata, Gewalt und Zukunftsangst, aber auch die schönen Momente im Hier und Jetzt. Ein Interview von Jessica Schallock.

<p>Judith Eberhard ist Teil des Leitungsteams des Internationalen Bunds und für die Professionalisierung von Abläufen verantwortlich. Zudem koordiniert sie die Arbeit mit den Ehrenamtlichen und deren Einführung. Sie ist Fachkoordinatorin und in ihrer Tätigkeit für alle Einrichtungen tätig, jedoch mit Schwerpunkt auf die Unterbringung der Flüchtlingsmädchen. Zudem hat sie mit Kolleginnen ein sexualpädagogisches Konzept erarbeitet, bei dem es um den Umgang mit Genitalverstümmelung bei Mädchen geht.</p>	<p>Seit wann nehmen Sie Flüchtlingsmädchen auf?</p>	<p>Die stationäre Jugendhilfe gibt es schon seit 22 Jahren und es waren von Anfang an Flüchtlingsmädchen mit dabei. Wir hatten ein integratives Konzept, bei dem deutsche Mädchen zusammen mit ausländischen Mädchen und Flüchtlingsmädchen untergebracht waren. Als dann die Flüchtlingswelle kam, gab es von der Stadt München den Wunsch, dass es eine spezielle Einrichtung nur für die geflüchteten Mädchen gibt. Deswegen haben wir 2014 eine Wohngruppe allein für Flüchtlingsmädchen eröffnet und 2015 eine Inobhutnahmestelle. Wir hatten aber auch in unserer Schutzstelle noch Flüchtlingsmädchen. Zudem gibt es eine Verselbstständigungsgruppe. Es eine richtige Angebotskette geworden.</p>	<p>Welche sind ihre speziellen Einrichtungen?</p>	<p>Die Inobhutnahmestelle Rosamunde in Waldtrudering, in Englschalking die Wohngruppe M(hoch)3 für Mädchen, die schon länger hier leben und eine längere Wohndauer haben. Für die Verselbstständigungsgruppe eröffnen wir jetzt Mädchenapartments, in denen die Mädchen selbständiger leben und nicht mehr diese Rundumbetreuung haben. In den Einrichtungen ist aber 24 Stunden immer eine pädagogische Ansprechperson da. Das Positive daran ist, dass die Mädchen in einer Einrichtung bleiben können und nicht so viele Wechsel haben.</p>	<p>Sind das alles Frauen?</p>	<p>Wir achten darauf, dass wir am Anfang nur weibliches Betreuungs- und Bezugspersonal für die Mädchen haben, weil sie doch oft mit sexualisierter Gewalt konfrontiert waren auf ihrer Flucht. Es gibt kaum ein Mädchen, das das nicht erlebt hat. Und oft sind die Fluchtgründe Zwangsverheiratung oder in Afrika oft die Genitalverstümmelung. Es sind so viele sexualisierte Schwierigkeiten und Problemlagen, dass es den Mädchen gut tut, wenn sie in einer Frauenumgebung sind.</p>
	<p>Wie bekommt man denn überhaupt so einen Platz bei Ihnen?</p>	<p>Also wir nehmen die Mädchen auf und haben keine riesenlange Warteliste. Das geht auch dadurch, dass wir diese Verselbstständigungsgruppe haben, dann können wir die Mädchen, denen wir es zutrauen, auch ein bisschen früher selbständiger wohnen lassen. Letztes Jahr gab es eine Phase, da hatten wir Notbetten überall und es war eigentlich eine Katastrophe. Da war es wirklich heftig.</p>	<p>Wie versuchen Sie, den Wechsel von Unterkünften und Ansprechpersonen gering zu halten?</p>	<p>Wir versuchen, ehrenamtliche Paten zu finden, die neben dem Vormund ansprechbar sind. Das sind oft junge Frauen, die Unterstützung leisten und dem Mädchen als Patin bleiben, auch wenn es in eine andere Einrichtung umzieht. Diese festen Bezugspersonen sind enorm wichtig. So gibt es auch eine feste Bezugspädagogin. Das gibt den Mädchen Sicherheit. Am Anfang beherrschen die Mädchen die Sprache nicht, sie haben ihre Eltern nicht in der Nähe, sie müssen ja erstmal Vertrauen aufbauen. Wir haben auch Psychologinnen, die mit den Mädchen arbeiten, aber am Anfang sind Dolmetscherinnen dabei.</p>	<p>Ist das auch der Grund, warum es dieses gesonderte Angebot für Mädchen gibt?</p>	<p>Ja. Die Mädchen sind natürlich in der Minderheit unter den Flüchtlingen. Meist werden ja die Jungs weggeschickt, weil die auch Geld verdienen sollen. Diesen Druck haben die Mädchen oft auch. Aber viele von ihnen fliehen vor einer Bedrohung durch Männer oder schwierigen Situationen, die sie erlebt haben. Manchmal werden sie dabei von der Mutter unterstützt. Aber das Schlimme ist, dass ihnen auf der Flucht ja etwas zustoßen kann. Die meisten mussten sich aus Geldnot prostituieren. Es ist schlimm, wenn sie es selbst erleben oder wenn sie miterleben, wie eine Frau neben ihnen vergewaltigt wird. Dabei sind die Mädchen oft noch sehr jung, viele von ihnen erst 14 Jahre alt. Sie haben ein Jahr Flucht hinter sich oder länger. Manchmal können sie auch einfach nicht über</p>



das Geschehene sprechen. Sie sind noch sehr kindlich, wirken aber älter, weil sie so schnell erwachsen werden mussten. Man muss sehr sensibel mit ihnen umgehen, weil sie traumatisiert sind und sie manchmal Flashbacks bekommen. Bei uns soll ein Schutzraum sein, in dem sie vor Gewalt geschützt sind.

Für diese Betreuung bedarf es ja enorm aufmerksames, gut geschultes Personal. Haben Sie das Gefühl, Sie können die Mädchen ausreichend auffangen?

Das ist nicht immer möglich. Da muss man ehrlich sein. Und wir haben ja auch sehr viele junge, noch nicht so erfahrene Kolleginnen. Dann ist es wichtig, dass man ruhig bleibt und sich professionelle Hilfe holt. Wenn ein Mädchen zusammenbricht und anfängt zu weinen, dann hilft auch manchmal, es einfach in den Arm zu nehmen,

Reden hilft da gar nicht so. Man kann diese Dinge nicht schnell lösen. Es braucht Geduld und Verständnis.

Manchmal erzählen sie ja auch erst nach einem Jahr von sich. Die setzen sich ja nicht am Anfang hin und erzählen ihre ganze Fluchtgeschichte. Sie schämen sich oft für das, was geschehen ist. Deswegen braucht es einen langen Zeitraum, um die Flucht zu verarbeiten.

Was gibt ihnen denn noch Sicherheit?

Eine Perspektive zu haben, einen sicheren Aufenthaltsstatus. Sie leiden schon sehr darunter, dass es oft so lange dauert. Das ist ein langer Weg: die Altersfestsetzung, die Wege beim Jugendamt. Sie haben so viele amtliche Termine. Sie werden dabei von uns begleitet, aber es ist schwer zu akzeptieren, wie es hier aufgebaut

ist. Diese ganzen Formulare. Das ist ja auch für Deutsche manchmal schwierig. Das verstehen sie dann nicht, weil es ihrer Erfahrung nicht entspricht.

Diejenigen, die sich um ein Asylverfahren oder Aufenthaltsgenehmigung bemühen: Begleiten Sie sie bei den Behördengängen und den Anträgen auf Familienzusammenführung?

Natürlich. Da ist immer eine Bezugsbetreuerin dabei als Begleitung. Es ist wichtig, dass die Mädchen nicht allein sind, solange sie die Sprache noch nicht können. Wenn viel los ist, geht auch mal die Patin mit. Wir haben einen guten Kreis von Dolmetscherinnen, weil es den Mädchen mehr Sicherheit gibt. Wir haben da einiges an Erfahrung gewinnen können, auch die Frauenärztinnen. Die Mädchen, besonders wenn sie genitalverstümmelt sind, haben oft un-

Geduld, Verständnis und eine Schulter zum Anlehnen soll die Unterbringung Frauen und Mädchen in dem geschützten Raum bieten.

endliche Schmerzen. Dann die Frage, was man machen kann, wenn sie sich öffnen lassen wollen. Die Frauenärztinnen waren da am Anfang auch überfordert, da sie es gar nicht kannten, aber inzwischen gibt es welche, die sehr sensibel damit umgehen.

Es ist wichtig, welche Worte man wählt. Handelt es sich um Genitalverstümmelung, sprechen wir den Mädchen gegenüber von Beschneidung, damit sie sich nicht so schlimm fühlen. Die Mädchen denken oft, dass jede Frau das hat und dass es so gehört. Sie sind dann ganz überrascht, oft ist es so ein Schock, dass sie dann ganz verzweifelt sind.

Genießen diese Mädchen hier einen besonderen Schutz?

Ganz und gar nicht! Was ich ja ungeheuerlich finde! Wenn man bereits beschnitten oder verstümmelt ist, dann kann es sein, dass der Antrag abgelehnt wird. Wenn sie es noch nicht sind und sie zum Beispiel aus Somalia stammen, weil da eben 95 % der Frauen beschnitten werden, dann können sie nicht abgeschoben werden. Weil dann die Gefahr zu groß ist, dass es noch passiert. Ist es nicht unglaublich? Aber wenn es einem schon passiert ist, dann kann man zurückgeschickt werden.

Was vermissen die Mädchen am meisten in ihrer neuen Umgebung?

Sie vermissen manchmal ihr Land sehr, eher ihre Landschaft. Die Sprache fehlt ihnen sehr, das Essen. Am Anfang schmeckt es ihnen überhaupt nicht, nach einer Weile können sie sich auf manche Sachen einlassen, aber sie kochen immer sehr gerne ihre eigenen Gerichte. Und natürlich fehlen ihnen ihre Eltern.

Sie weinen sich auch gerne mal bei unseren Fachkolleginnen aus. Da ist jemand, da kann man sich an die Schulter lehnen. Man wird getröstet und dann lachen sie auch gerne wieder, das ist ja auch ganz wichtig für sie.

Warum ist das Lachen so wichtig?

Sie brauchen eben auch schöne Momente. Ich bin immer froh, wenn wir einen Ausflug machen. Sie freuen sich, einfach was erleben zu dürfen, und nicht immer nur gefragt zu werden, was hast du für ein Problem und du musst doch lernen. Sie probieren auch gerne was aus. Zum Beispiel Fahrradfahren. Die sind davon begeistert, ganz stolz und es macht ja auch so selbständig. Oder beim Tanzen sind sie begeistert und zeigen irgendwann auch mal ihre eigenen Bewegungen, ihre eigene Musik. Auf einmal lachen sie. Das sind schöne Momente. Dann fühlen sie sich einfach glücklich und man merkt, jetzt sind sie endlich mal einfach nur ein junges Mädchen und denken über nichts mehr nach und das gibt ihnen immer wieder Kraft für die schwierigen Momente.

Spüren Sie nach den Gewalttaten der minderjährigen Flüchtlinge in den letzten Wochen oder auch nach dem Anschlag im OEZ eine Veränderung in der Stimmung gegenüber Ihren Schützlingen?

Wenn wir neue Häuser suchen, dann bemerken wir es. Weil wir ja immer mit den Nachbarn reden. Die haben Vorurteile oder auch Ängste und wollen nicht, dass in ihrem Stadtviertel so eine Wohngruppe ist. Da begegnet uns Rassismus oder einfach Sorge und Angst. Und man merkt es, wenn die Mädchen böse angemacht werden, das tritt inzwischen

häufiger auf. Wenn sie in der U-Bahn fahren und Bemerkungen kommen. Selbst wenn sie es nicht verstehen, merken sie, es ist unangenehm, wie mit ihnen umgegangen wird. Und an dem Freitag, an dem die Schießerei im OEZ war, hatten die Mädchen panische Angst. Manche waren unterwegs, plötzlich fuhren die U-Bahnen nicht mehr, da war Angst, da war Polizei, das verstehen sie nicht. Denn sie dachten, in Deutschland ist alles so sicher und sie fragen sich, wieso passiert hier jetzt auch was? Diese große Angst, dass ihnen jetzt hier auch etwas passieren kann. Und wir sehen, dass vieles in einen Sack geworfen und alles auf die Ausländer geschoben wird. Und da viele unserer Mädchen verschleiert sind, Kopftuch tragen oder dunkelhäutig sind, wird anders mit ihnen umgegangen.

Es wird nun auch viel über die Gefahr diskutiert, die von jugendlichen Flüchtlingen ausgehen kann. Macht Ihnen das Sorge?

Ja, das macht mir Sorge. Ich sprach letztes mit einer Kollegin, die Obdachlose unterstützt. Da sind auch viele Flüchtlinge dabei. Und sie hat eine Familie, bei der sie den Eindruck hat, der ältere Sohn radikalisiert sich. Wie geht man damit um, wenn man beobachtet, dass jemand fanatisch wird? Das kann ja auch ein Mädchen sein. Wir versuchen, den Mädchen eine gewisse Offenheit zu vermitteln und dass Gewalt keine Option ist, dass keine Religion Gewalt befürwortet, sondern es falsch ausgelegt wird. Wir hoffen, dass wir sie dadurch erreichen. Ich habe eine solche Radikalisierung bei keinem der Mädchen erlebt. Man möchte dann vielleicht nicht gleich zur Polizei gehen. Ich fände eine Beratungsstelle gut oder Hand-

reichungen, wie man die Jugendlichen unterstützen kann, dass sie nicht in die radikale Richtung gehen. Wir brauchen da was und ich finde, es gibt noch zu wenig.

Was würden Sie sich sonst noch für Ihre Arbeit mit den Flüchtlingsmädchen wünschen?

Dass es genügend Anschlussmaßnahmen gibt: Teilbetreutes Wohnen, da sie oft noch Betreuung und Begleitung brauchen, auch noch in der Ausbildung und danach. Man kann nicht sagen, ab 18 ist dann Schluss. Auch bei denjenigen, wo man das Gefühl hat, es hat alles wunderbar geklappt, kann noch mal ein Einbruch kommen. Die Berufsmöglichkeiten müssen verbessert werden, denn die Projekte der Arbeitsagentur sind oft zu kurz angelegt. Mit diesen Mädchen muss man länger arbeiten als in Dreimonatsprojekten, nach denen sie wissen sollen, was sie für einen Beruf lernen. Sie müssen so schnell funktionieren! Es sollten mehr Anschlussmaßnahmen ins Leben gerufen werden. Sie haben die Fähigkeiten. Wir waren mit ihnen im Haus der Eigenarbeit und sie haben selbst gesägt und geleimt und geschweißt und es hat ihnen solchen Spaß gemacht! Wir machen einen guten Anfang mit unseren Projekten, aber diese Integration oder die Inklusion ist ein langer Weg, für beide Seiten. Da fehlen noch Projekte. Und natürlich wieder Gelder, um sie durchführen zu können.

Bleiben Sie auch nach dem Auszug in Kontakt?

Ja, es gibt manche, die schreiben hinterher und sind ganz stolz, dass sie es geschafft haben. Es gibt auch Mädchen, die einfach abhauen und man weiß nicht wohin. Die

irgendwo untertauchen, einfach verschwinden und bei manchen Mädchen ist man auch in Sorge, dass sie in die Prostitution gehen. Manchmal ist auch noch ein Kontakt zu irgendwelchen Schleppern da, die sie bedrohen, was sie uns gar nicht erzählen. Oder sie werden einfach verschleppt.

Was können Sie dann machen?

Wir melden das Verschwinden der Polizei, die dann eine Vermisstenmeldung macht. Manche werden gefunden, aber nicht alle. Sie haben ja unsere Telefonnummer, wenn sie sich noch mal bei uns melden wollen, aber wir wissen nicht, ob sie womöglich bedroht werden.<



Wir haben die Verfassung, aber sie haben die Polizeigewalt

Die Deutsche Regierung hat ein großes Interesse daran, die Liste der sogenannten sicheren Herkunftsstaaten zu erweitern. Bei einem sicheren Herkunftsstaat wird davon ausgegangen, dass Menschen aus diesen Ländern kein Asyl benötigen, weil es da, wo sie herkommen sicher sei und sie wieder dorthin abgeschoben werden können. Auch Tunesien soll zukünftig ein „sicherer Herkunftsstaat“ werden. Menschenrechtsorganisationen widersprechen dem und prangern an, dass Tunesien für Oppositionelle, Frauen, Homosexuelle und andere, alles andere als ein sicheres Land sei. Damj – das heißt auf arabisch Inklusion – ist eine tunesische Nichtregierungsorganisation (NGO), die sich für die Rechte Homosexueller einsetzt. Am Beispiel der Situation der LGBTIQ Community wird im Gespräch von Julia Scheurer mit Rzouga Selmi deutlich, dass das Leben in Tunesien auch Unsicherheit bedeutet.

Kindergeschrei, Türengklapper. Rzouga Selmi, der in der Küche sitzt und konzentriert auf das Skype-Video schaut, versucht den Geräuschpegel im Hintergrund auszublenden. Es ist Ramadan, und wie jeden Abend ist Rzouga zum Fastenbrechen bei seiner Familie, bevor er sich später am Abend mit seinen Freunden verabreden wird. In diesem besonderen Gemisch aus Alltag und Ausnahmezustand sprechen wir über Tunesien, Rzougas Aktivismus für die Rechte Homosexueller, und den Versuch der deutschen Bundesregierung, Tunesien als sicheren Herkunftsstaat einzustufen.

Wir müssen uns einander nicht vorstellen. Ich habe Rzouga 2015 auf dem Weltsozialforum in Tunis getroffen. Da war er 20 Jahre alt und schon seit zwei Jahren Mitglied bei Damj, inzwischen ist er im Vorstand der Nichtregierungsorganisation.

Wo kommst du gerade her, wo wirst du nachher hingehen? Was unterscheidet das alltägliche Leben in Tunis von dem in Bochum oder Berlin?

Gerade ist Ramadan, da ist alles etwas anders, da wird deutlich, dass Tunesien ein arabisches Land ist. Das Leben spielt sich dann an den Abenden nach dem Fastenbrechen ab. Sonst ist das Leben für uns, die jungen Menschen, eigentlich gar nicht so verschieden vom Leben bei euch drüben. Zumindest gilt das für die Clubs. In den Clubs, oder sagen wir in 70 Prozent der Diskotheken, haben wir die Freiheit, so zu sein wie wir sind. Für draußen, für das Leben auf der Straße gilt das zwar nicht, aber drinnen, an Orten wie den genannten, da gibt es Freiraum.

Was bedeutet das im Umkehrschluss für das Leben am Tag, auf den Straßen, für Menschen, die homosexuell sind – oder in ihrer Orientierung von der Norm abweichen – und als solche identifiziert werden?

Alleine beim Verdacht, dass du homosexuell bist, kann es sein, dass du im Café nicht bedient wirst, oder dass du rausgeworfen wirst, dass sie dich auf dem Markt nicht einkaufen lassen. All diese Sachen. Und ich muss ja nicht erwähnen, dass Homosexualität laut Gesetz unter Strafe steht. Das bedeutet bis zu drei Jahren Gefängnis, wenn sie dich erwischen. Ein Beispiel: In letzter Zeit wird vermehrt bei Menschen aus der LGBTIQ-Community eingebrochen. Wenn die geschädigte Person dann die Polizei ruft, und der Täter sogar gefasst wird, dann passiert Folgendes: Die Person, die eingebrochen hat, versichert, es sei ein politischer Akt gewesen, um dem Homosexuellen eine Lehre zu erteilen.

.....
Sicherer
Herkunftsstaat
Nicht zu verwechseln mit „Sicheren Drittstaaten“. 1993 in Kraft getreten, definiert der Gesetzgeber als sichere Herkunftsstaaten solche Nationen, in denen er davon ausgeht, dass keine politische Verfolgung stattfindet, und lehnt dementsprechend Asylanträge von Geflüchteten aus den entsprechenden Staaten ab. Derzeit handelt es sich hierbei um die Staaten der EU, Bosnien-Herzegowina, Mazedonien, Serbien, Montenegro, Albanien, Kosovo, Ghana und Senegal. Insbesondere in den letzten acht Staaten hat der Gesetzgeber vermutlich noch nicht gelebt.
.....

Darauffin wurde dann mehrfach die Person, bei der eingebrochen wurde, anstatt des Kriminellen verhaftet! Homosexualität steht ja schließlich unter Strafe. Ob jemand auch wirklich homosexuell ist, wird dann durch den Analtest festgestellt, der eigentlich durch die Verfassung und das Recht auf körperliche Integrität nicht mehr erlaubt ist. Aber die traurige Wahrheit ist: Wir haben die Verfassung und sie haben die Polizeigewalt. Da ist also einerseits die Diskriminierung qua Gesetz, durch den Artikel 230 des Strafgesetzbuches, der unverändert seit seiner Einführung 1913 besteht und andererseits die Diskriminierung durch die Gesellschaft, die uns im Alltag ausschließt und beschimpft.

Mit der NGO Damj kämpft ihr gegen diese Stigmatisierung und für eine gerechte Gesellschaft gleichberechtigter Bürger und Bürgerinnen. Seid ihr in diesem Unterfangen allein?

Wir sind nicht die einzige NGO, die sich in Tunesien für sexuelle Minderheiten einsetzt. Vor einigen Jahren war es noch schwieriger. Noch 2008 bekamen wir für Damj keine Genehmigung uns als NGO für die Rechte der sexuellen Minderheiten zu registrieren. 2011 haben wir es dann noch mal versucht und waren erfolgreich. Wir konnten uns dann offiziell allerdings nur als Organisation für die Rechte von Minderheiten (und nicht von sexuellen Minderheiten) in Tunesien registrieren – so sind wir offiziell noch heute registriert. 2015 hat es *Shams*, eine uns sehr ähnliche Organisation, direkt geschafft, sich als Organisation für die Rechte sexueller Minderheiten registrieren zu lassen. Mittlerweile gibt es sechs oder sieben Gruppen,

die zu diesem Thema arbeiten, davon sind drei oder vier registriert. Im vergangenen Dezember haben wir uns zusammengetan und ein Kollektiv gegründet, das im Namen aller Mitglieds-NGOs für eine freie und gerechte tunesische Gesellschaft eintritt. Von den 32

Diskriminierung durch die Gesellschaft, die uns im Alltag ausschließt und beschimpft

Mitgliedsorganisationen arbeiten sieben zum Thema der Rechte der LGBTIQ-Community.

Du wechselst hier zwischen den Begriffen LGBTIQ-Community und „sexuellen Minderheiten“ – werden die Begriffe synonym verwendet?

Der Regierung gegenüber, oder im Radio, benutzen wir bewusst den Begriff „sexuelle Minderheiten“ anstatt des umfassenderen LGBTIQ Begriffs, der in der Community gebraucht wird. Wir wollen unsere Sprache der Regierung gegenüber möglichst einfach halten. Die Forderungen sollen im Vordergrund stehen, nicht die Begrifflichkeiten. Wir sind ja gerade dabei, das Thema der Homosexualität zu thematisieren! Es ist noch ein langer Weg hin zu all den anderen Aspekten, wie der Situation für Transsexuelle, Intersexuelle, Queers und vielen mehr, auf die auch aufmerksam gemacht werden muss.

Würdest du sagen, dass sich in den sechs Jahren, von der verweigerten Registrierung von Damj, bis zur Gründung des NGO-Kollektivs hinsichtlich der Situation der

LGBTIQ-Community in Tunesien vieles verbessert hat?

Sieh, es gibt in Europa dieses große Missverständnis darüber, was seit der Revolution hier passiert sei. Ja, einerseits gab es Veränderungen. Meinungsfreiheit ist möglich geworden, es ist viel einfacher geworden, bestimmte Dinge in der Öffentlichkeit zu sagen und damit ist auch Aktivismus einfacher geworden. Wir können heute auf den Straßen und im Radio über die Anliegen der sexuellen Minderheiten sprechen. Das Tabu ist gebrochen.

Die Allgegenwärtigkeit der Angst hat abgenommen. Aber damit hat sich das Leben für die LGBTIQ-Community nicht verbessert, hier herrscht das gleiche Ausmaß an Diskriminierung. Sowohl von Seiten der Regierung, als auch durch die Gesellschaft. Nur weil es möglich geworden ist, über bestimmte Missstände zu sprechen heißt das nicht, dass diese Missstände beseitigt worden wären. Das ist das große Missverständnis.

Worin liegt also der Fokus eurer politischen Arbeit?

Zunächst einmal versuchen wir, Kriminalisierungen und Übergriffe zu dokumentieren und darüber zu berichten. Das gelingt uns vor allem in Tunis, der Hauptstadt und in den Küstenstädten. In den kleineren, weiter von der Hauptstadt entfernteren Städten ist das schwieriger. Darüber hinaus arbeiten wir in Kooperation mit internationalen Organisationen an Petitionen und berichten der U.N. von den Geschehnissen in Tunesien. Wir haben kürzlich erst eine Petition mit *All Out!* gemacht, einer Organisation, die sich international für die Rechte der LGBTIQ-Community einsetzt. Und

.....
 LGBTIQ (auch
 LGBTQI)
 L-Lesbian: *Sich als weiblich identifizierende Person, die Frauen begehrt.*
 G-Gay: *Sich als männlich identifizierende Person, die Männer begehrt.*
 B-Bisexual: *Person, die sich sowohl zu Männern als auch zu Frauen hingezogen fühlt.*
 T-Trans*: *„Transvestiten“, „Transsexuelle“, „Transgender“ und „*“; Person, die das zugewiesene Geschlecht überschreitet. Ihre sexuelle Orientierung kann variieren.*
 I-Intersexuell: *Person mit Geschlechtsmerkmalen beider Geschlechter. Keine eindeutige Zuordnung zum binären Geschlechtersystem (männlich-weiblich) möglich.*
 Q-Queer: *Person ohne eindeutiger geschlechtlicher und sexueller Identität.*

natürlich wenden wir uns auch an die Regierung und arbeiten darauf hin, dass die Gesetze, die die sexuellen Minderheiten diskriminieren, abgeschafft werden.

Du weißt sicher von der Gesetzesinitiative der deutschen Bundesregierung, die zum Ziel hat, Tunesien, Algerien und Marokko als sichere Herkunftsländer einzustufen. Habt ihr speziell zu diesem Thema gearbeitet?

Ja, natürlich wissen wir darüber Bescheid. Die eben erwähnte Petition mit *All Out!* handelt von genau diesem Thema. Die Petition heißt *„Morocco, Tunisia and Algeria are #NOTSAFE. Germany: Don't send them back!“* Mittlerweile haben fast 5000 Menschen diese Petition unterschrieben. Angesichts der Situation für sexuelle Minderheiten in der Region ist es absoluter Unsinn, diese Länder als sichere Herkunftstaaten zu bezeichnen.

Im deutschen Bundestag ist das Gesetz schon befürwortet worden, allerdings muss das Gesetz nun noch im Bundesrat verabschiedet werden. Die Abstimmung wurde mehrfach vertagt, da es momentan so aussieht, als gäbe es dafür überraschenderweise noch keine Mehrheit. Jetzt wird erst im Herbst entschieden. Nehmen wir an, das Gesetz wird dann doch noch verabschiedet, denkst du, das wird Auswirkungen auf die LGBTIQ-Community in Tunesien haben?

Ja, das wird sicher spürbare Konsequenzen für die LGBTIQ-Community haben. Für viele von uns ist die Flucht nach Europa, um dort Schutz zu suchen der Plan B, falls es hier zu brenzlich wird. Es wird vor allem fatale Folgen haben für die Tunesierinnen und Tunesier, die schon in Deutschland sind, die dort aufgrund ihrer sexuellen

Orientierung Asyl beantragt haben. Mit dem neuen Gesetz werden sie kaum Chancen haben, in Deutschland zu bleiben. Wenn die nun abgelehnt und nach Tunesien abgeschoben werden, wird das übel ausgehen. Die Polizei wird sie hier direkt in Empfang nehmen und mit ihren Verhörmethoden ausfragen, warum sie Asyl beantragt haben. Sie werden den Analtest machen und danach kommen sie direkt ins Gefängnis. Drei Jahre Knast. Die Menschen werden trotzdem ihren Plan B brauchen. Die Zielländer werden sich wohl einfach verschieben und anstatt in Deutschland werden sie dann beispielsweise in den Niederlanden Asyl beantragen. Der Grund für das Asyl verschwindet ja nicht mit der deutschen Entscheidung, dass Tunesien jetzt ein sicherer Herkunftsstaat sei.

Was würdest du den Leserinnen und Lesern, und was würdest du der deutschen Regierung gerne noch mit auf den Weg geben?

Wenn ihr euch fragt, ob Tunesien ein sicherer Herkunftsstaat ist, dann schaut einfach ins tunesische Gesetz, das reicht schon. Nehmt Kontakt mit der tunesischen LGBTIQ-Community auf und fragt einfach nach. Die deutsche Regierung hatte komischerweise verschiedene Vertreterinnen und Vertreter genau dieser Community vor einigen Monaten ins Auswärtige Amt nach Berlin eingeladen, damit wir über die Situation vor Ort berichten. Auch gerade angesichts dieses Treffens ist die Entscheidung des Bundestags wirklich nicht nachvollziehbar. Sie wussten alles.<



Rzouga Selmi
ist 21 Jahre alt und studiert in Tunis
Literatur. Noch hat er sich nicht entschieden, ob er seinen Fokus auf arabische, französische oder englische Literatur legen wird.
Als Vorstandsmitglied von Damj hat er noch ein großes Stück Arbeit vor sich, bevor Plan B, die Asylantragsstellung in Deutschland oder anderen Ländern, für Tunesierinnen und Tunesier nicht mehr benötigt wird.

Julia Scheurer
hat in Berlin Politikwissenschaft studiert und freundet sich gerade mit einer anderen deutschen B-Stadt - mit Bochum an.
Dort versucht sie als Referentin für Öffentlichkeitsarbeit beim Flüchtlingsrat NRW, Euphemismen wie „sichere Herkunftsländer“ oder „Integrationsgesetz“ offenzulegen.

Oschersleben (Börde)

Eine Gruppe alternativer Jugendlicher und Erwachsener wird von etwa acht Rechten auf der Straße angegriffen. Mehrere Angreifer fügen einem der Jugendlichen (18) mit einem Knüppel mehrere Kopfplatzwunden zu. Ein 38-Jähriger, der zur Hilfe kommt, trägt ebenfalls eine Platzwunde am Kopf davon.



„Wir sind unabhängig und parteilich“

Rechtsradikale und rassistische Anschläge, Über- und Angriffe, Morde, Attacken, Überfälle, Menschenjagden und Attentate finden in Deutschland (all)täglich in allen Räumen des Lebens statt. In Treppenhäusern, Bushaltestellen, Kneipen, Einkaufszentren, S-Bahnstationen, Gärten, Clubs, Straßenbahnen, Tankstellen, Parks, auf Bürgersteigen, Parkplätzen und Feldwegen. Die Mobile Opferberatung Sachsen-Anhalt unterstützt Betroffene dieser Anschläge und hat von Stephanie Heide die Tatorte einiger Fälle dokumentieren lassen. Seit 15 Jahren unterstützt die Mobile Opferberatung in Sachsen-Anhalt Betroffene rechtsmotivierter, rassistischer, antisemitischer, oder homophober Angriffe durch Begleitung, Beratung und öffentliche Solidarisierung. Christiane Kern hat mit einer der beiden Projektleiterinnen, Antje Arndt, über Grundsätzliches, aber auch Hintergründiges ihrer Arbeit gesprochen.



Dessau-Roßlau Zwei einschlägig vorbestrafte Neonazis entdecken den schlafenden Hans-Joachim Sbrzesny auf einer Parkbank im Stadtzentrum von Dessau und erschlagen ihn mit größter Brutalität. In U-Haft sagte einer beiden Täter, der „Untermittelte“ habe es „nicht anders verdient.“ Der Mord an dem geistig behinderten Mann wird von den Behörden nicht als politisch rechts motiviertes Tötungsdelikt anerkannt.



Zerbst (Anhalt - Bitterfeld) *Ein polizeibekannter Rechter (28) schlägt einem 16-Jährigen Punk, der ein T-Shirt mit dem Aufdruck "Gegen Nazis" trägt, auf einem Heimatfest ein Bierglas ins Gesicht. Der Jugendliche verliert die Sehkraft auf einem Auge und erleidet schwere Schnittverletzungen im Gesicht.*

Fotos: Stephanie Heide



Halle (Saale) In einer Regionalbahn greifen zwei Naziskins einen Flüchtling aus Äthiopien an. Sie hetzen ihren Staffords-hire-Mischlingshund auf ihn, schlagen und treten auf ihn ein. Keiner der Fahrgäste greift ein.



Sangerhausen (Mansfelder Land) *Eine Gruppe von vier Neonazis wirft gegen 5 Uhr morgens drei brennende Molotow-Cocktails auf eine Flüchtlingsunterkunft, in eine Wohnung im ersten Stock. Ein Mann aus Burkina Faso rettet sich durch einen Sprung aus dem Fenster und alarmiert weitere Flüchtlinge.*



Halberstadt (Harz)
Weil er die Polizei rief, um das lautstarke Abspielen des „Horst-Wessel-Liedes“ eines Naziskin-Nachbarn anzuzeigen, wird der 60-Jährige Helmut Sackers kurz nach dem Polizeieinsatz im Treppenhaus von dem Naziskin mit vier Messerstichen getötet. Wegen „Notwehr excess“ spricht der Richter den Naziskin frei.

In eurem Gründungsjahr 2001 entstanden in allen neuen Bundesländern und Berlin Opferberatungsprojekte. Warum gerade zu diesem Zeitpunkt?

Die Jahre Ende der 90er waren allgemein in Deutschland eine Zeit der Pogrome gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte bis hin zu Mord. In Dessau, Sachsen-Anhalt, wurde im Jahr 2000 Alberto Adriano¹ von drei Naziskinheads tödlich misshandelt. Dieser rassistische Mord war als Alarmzeichen für die zivile Öffentlichkeit maßgeblich. Er hatte einen Spendenaufruf für die Hinterbliebenen zur Folge – und eine weitreichende mediale Debatte über die tödliche Dimension rechter Gewalt in Deutschland. In der Konsequenz wurde auch die Politik aktiv. Gerhard Schröder rief nach dem Brandanschlag auf die Synagoge in

Düsseldorf im Oktober 2000 den „Aufstand der Anständigen“ aus. 2001 initiierte dann der Bund für die neuen Bundesländer und Berlin das Programm CIVITAS, ein Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt. Als Teil dieses Programms wurden die Opferberatungsstellen ins Leben gerufen – darunter auch unsere.

Warum wurden nicht auch in den alten Bundesländern Beratungsangebote für Opfer rechter und rassistischer Gewalt eingerichtet?

In der medialen Öffentlichkeit lag damals der Fokus der Diskussion über rechte Gewalt fast ausschließlich auf dem Osten Deutschlands. Deshalb sah die Politik nur dort Handlungsbedarf. Natürlich gab es schon seit langem auch rechte,

rassistische Gewalt und organisierte Neonazis im Westen. Aber in der Zeit der Nachwende hatten die Neonazis, die sich übrigens gerade weil sie im Westen schon gut organisiert waren, so schnell und massiv im Osten ausbreiten konnten, leichtes Spiel. In der gesellschaftlichen Umbruchssituation jener Jahre tat sich in den neuen Bundesländern ein Machtvakuum auf, in dem sich besonders jüngere Menschen mühelos von rechten Ideologien überzeugen ließen. Vor allem im Bereich der sozialen Jugendarbeit, zum Beispiel bei Club- und Bandgründungen, wurde die rechte Szene aktiv, teilweise aus Unkenntnis und Mangel an sonstigen Angeboten für Jugendliche, sogar staatlich gefördert.

An welchen Standorten wart ihr damals? Mit wie vielen Helfern? Wo und wie viele seid ihr jetzt?

In Sachsen-Anhalt hat die Mobile Opferberatung flächendeckend von Nord bis Süd aktuell drei Standorte: Salzwedel, Magdeburg und Halle. In Dessau gibt es noch eine weitere fachspezifische Opferberatungsstelle unter anderer Trägerschaft. Begonnen haben wir 2001 mit vier Anlaufstellen und vier Hauptamtlichen. Heute sind wir insgesamt sieben, allerdings jeweils in Teilzeit, das heißt eigentlich verfügen wir über nur 4,75 Stellen.

Wie finanziert ihr euch?

Zur Gründungszeit wurden wir zu 100% vom Bund gefördert, da ja auch die Gründungsinitiative allein vom Bund ausging. Die Bundesregierung hatte damals das Problem rechter Gewalt erkannt. Allerdings nahmen die Verantwortlichen fälschlicherweise an, dass diese allein ein spezifisch ostdeutsches Phänomen darstelle. In den jeweiligen Länderregierungen herrschte dafür indes unterschiedliches, mitunter gar kein Problembewusstsein. Mittlerweile hat sich das geändert: In Sachsen-Anhalt liegt die Finanzierung zu 60% beim Land und nur noch zu 40% beim Bund. Seit 2007 gibt es zudem ein neues Bundesprogramm, von dem nun auch westdeutsche Länder Förderung für Opferberatungsprojekte erhalten, die zeitverzögert nach und nach realisiert werden.

Wie arbeitet ihr?

Wir arbeiten vor allem aufsuchend. Das heißt, wir kommen dorthin, wo die Betroffenen leben, egal ob

auf dem Land oder in der Stadt. Insbesondere für Betroffene im ländlichen Raum ist diese Herangehensweise wichtig, denn den Betroffenen fehlen oft die Ressourcen, etwa ein Auto oder das Geld für ein Zugticket, um in unsere Anlaufstellen zu kommen. Ferner ist bei Opfern rechter Gewalt die Hemmschwelle enorm groß, sich an eine professionelle Beratungseinrichtung zu wenden. Deshalb ergreifen wir die Initiative und gehen auf die Betroffenen zu – um so vielen wie möglich eine Unterstützung anbieten zu können.

Den nächsten wichtigen Ansatz unserer Arbeit nennen wir „proaktiv“. Das heißt, wir recherchieren aktiv nach Angriffen mit einem mutmaßlich rassistischen oder rechten Motiv in Zeitungen und Pressemitteilungen der Polizei. Wenn wir dort auf Meldungen

In der Zeit der Nachwende hatten die Neonazis leichtes Spiel

stoßen, wo ein entsprechender Hintergrund wahrscheinlich ist, versuchen wir über die Polizei und Kooperationspartner_innen, den Betroffenen ein Unterstützungsangebot zu unterbreiten. Manchmal fahren wir auch direkt hin und fragen persönlich, ob sie oder er Unterstützung wünscht. Im Laufe meiner achtjährigen Tätigkeit hier bei der Mobilen Opferberatung ist es mir erst zwei Mal passiert, dass man mein Angebot abgelehnt hat. Die Meisten freuen sich und nehmen unsere Unterstützung dankend an. Erstaunt darüber, dass es uns überhaupt gibt.

Die konkrete Beratungs- und Unterstützungsarbeit ist dann abhängig von den Wünschen der Betroffenen. In der Regel stellen sich Fragen zum Ablauf von Strafverfahren, Rechte und Pflichten von Opferzeug_innen oder Entschädigungsmöglichkeiten. Häufig begleiten wir Betroffene zu Aussagen bei Polizei oder vor Gericht, vermitteln zu spezialisierten Fachanwält_innen oder organisieren psychologische Unterstützung. Auf Wunsch der Betroffenen leisten wir auch fallbezogene Öffentlichkeitsarbeit, zum Beispiel, wenn sich Opfer ungerecht von Polizei und Justiz behandelt fühlen oder auf Probleme vor Ort aufmerksam machen wollen. Als unabhängige Monitoringstelle dokumentieren wir zudem politisch rechtsmotivierte Angriffe in Sachsen-Anhalt, geben Statistiken heraus und informieren auf unserer Webseite und in unserem Newsletter über das Ausmaß rechter und rassistischer Gewalt.

Ihr beschreibt euch selbst als unabhängig und – dezidiert – parteilich, also immer auf der Seite der Betroffenen gegen die Täter intervenierend. Eure eindeutige Positionierung an der Seite der Benachteiligten der Gesellschaft scheint euch enorm wichtig zu sein. Traut ihr Polizei und Justiz, die im Sinne des Rechtsstaats für den Minderheitenschutz Sorge zu tragen haben, nicht zu, effektiv gegen rassistische Agitation und Angriffe vorzugehen?

Es ist schwierig, darauf allgemein zu antworten. Der große Unterschied zwischen Polizei, Justiz und uns ist ja der, dass Polizei und Justiz im Gegensatz zu uns, dem Neutralitätsgebot unterliegen. Zwar ist die Polizei auch dem Opferschutz verpflichtet und seit 2014 gibt es zudem speziell für Sachsen-

Anhalt einen Erlass, der die Beamt_innen dazu verpflichtet, bei Anzeichen einer rechtsmotivierten Tat Betroffene auf unser Angebot explizit hinzuweisen. Doch weder Polizei noch Justiz sind maßgeblich dazu da, die Interessen des Opfers zu vertreten. Wichtig ist vor allem, sich vor Augen zu führen, dass es sich bei den Betroffenen rechter Gewalt in der Regel um Menschen handelt, die auch im Alltag marginalisiert und benachteiligt werden.

Natürlich gibt es auch schlechte Erfahrungen mit der Polizei, von denen uns Betroffene berichten. Vor allem antifaschistisch Engagierte oder Punks haben ein schwieriges Verhältnis zur Polizei, weil sie von ihr weniger als Opfer, sondern eher als Täter wahrgenommen werden. Aber auch die von Rassismus Betroffenen misstrauen aus schlechter Erfahrung mit der Polizei, sowohl in ihrem Herkunftsland als auch hier, den Beamten – und sehen deshalb ebenso oft von einer Anzeige ab. Die Dunkelziffer der Straftaten speziell gegen diese beiden Opfergruppen rechter Gewalt ist daher zweifellos hoch.

In Sachsen-Anhalt erreichte die Zahl rechter Gewalttaten im vergangenen Jahr ein Rekordniveau. 2015 habt ihr insgesamt 234 Angriffe mit politisch rechter Motivation registriert – mehr als doppelt so viele wie 2014. Lebt diese Gewalt auch von der offenen oder verdeckten ideologischen Zustimmung anderer, weniger gewalttätiger Bevölkerungsgruppen?

Definitiv ja! Die Gewalttäter sehen sich als sogenannte Vollstrecker des Volkswillens – das ist eines der Spezifika rechts motivierter Gewalt.

Aus dem „Man muss das ja noch mal sagen dürfen“ der rechtsideologischen Bevölkerung machen die Täter ein „Dann muss man eben auch handeln dürfen.“ Es gibt einen ganz klaren Zusammenhang zwischen minderheitenfeindlichen öffentlichen Diskursen, vor allem

Weder Polizei noch Justiz sind maßgeblich dazu da, die Interessen des Opfers zu vertreten

in den sozialen Medien, und Angriffszahlen. Nimmt die Hetze zu, steigt proportional die Anzahl der rechts motivierten Angriffe. Allgemein lässt sich sagen: Seit der Sarrazin-Debatte sind die Zahlen steigend, insbesondere die rassistisch motivierter Gewalt. Bildeten zu Anfang unserer Tätigkeit Angriffe auf alternative Jugendliche und junge Erwachsene die Hauptgruppe hier in Sachsen-Anhalt, sind es jetzt mit mehr als 60% die rassistisch motivierten Angriffe. Und das in einem Bundesland, das weiterhin einen sehr geringen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund hat. Der öffentliche rassistische Diskurs stachelt eindeutig zu rechts motivierten Gewalttaten an – und liefert den Tätern eine vermeintliche Rechtfertigung.

Rechts motivierte Gewalt legitimiert sich immer über die abwertende Einstellung gegenüber marginalisierten Gruppen. In der Täter-Opfer-Dichotomie sind die Rollen „Starker“ und „Schwacher“ klar verteilt. Wie schafft ihr es, für Geflüchtete, die die Zuschreibung der Opferrolle schon in ihrer Heimat so lange ertragen mussten, eine Perspektive auf Mündigkeit

und Schutz zu ermöglichen? Zumal, wenn ihr Asylantrag auf unbestimmte Zeit ungeklärt bleibt?

Wir kämpfen seit langem für ein generelles Bleiberecht für Geflüchtete, die Opfer rassistischer Gewalt wurden. Das wäre zu verstehen als eindeutiges Signal des Staates gegenüber den Tätern und gleichzeitig als Schulterchluss mit den Betroffenen, von denen viele aus Angst vor noch mehr Problemen und negativen Auswirkungen auf den Asylantrag, oft von einer Anzeige absehen. Gegenwärtig trauen sich Asylsuchende häufig nicht, ihre legitimen Rechte hier in Deutschland einzufordern, weil sie in der Konsequenz die Abschiebung befürchten. Individuell versuche ich, den Menschen Mut zu machen und sie dabei zu unterstützen, trotz der schwierigen Bedingungen ihre Rechte wahrzunehmen. Sei es bei dem Wunsch nach einer anderen sicheren Unterbringung, bei der Durchsetzung notwendiger medizinischer oder psychologischer Hilfe oder bei den Bemühungen um eine strafrechtliche Verfolgung der Täter.

Vielen Dank für das Gespräch.<

¹ Der 39-jährige Vater dreier Kinder wurde in Mosambik geboren und arbeitete zum Zeitpunkt seiner Ermordung seit 20 Jahren in Dessau.



Superfood hat unser Leben verändert.

Dank Açaí-Beere und Maca-Wurzel ist das zweite Frühstückchen in Deutschland abgeschafft. Glänzende Smoothiemixer zieren unsere Küchen und wir starten hoch konzentriert und mit verfeinertem Hautbild in den Tag. Ein wachsender Teil der Bevölkerung ist begeistert von den exotischen Alleskönner. Doch die Mahlzeiten der Zukunft werden nicht nur gesundheitssteigernd, sie werden sicher sein.

Passend zu dem neuen Ernährungstrend orientieren sich die hier vorgestellten Rezepte an den drei Leitlinien des sicheren Sichern Essens: lange Lagerungsfähigkeit, kühle Eleganz und schlichter Geschmack. Da besorgte Bürgerinnen und Bürger mit kleinem Geldbeutel bisher noch Konserven mit handelsüblicher Haltbarkeit einlagern müssen, wird es häufig die Gelegenheit dazu geben, sich mit der Zubereitung der Gerichte bereits vor dem Ernstfall vertraut zu machen. Bitte achten Sie darauf, dass nach dem Rotationssystem immer die ältesten Vorräte zuerst verbraucht werden. Rezeptideen und Fotos von Katalin Kuse.



Thuna-Go-Go

Bei dem Rückzug in die sicheren Räume Ihres Hauses erweist sich dieses Gericht als aminosäurenreicher All-Time-Classic. Thuna-Go-Go verliert auch unter extremen Bedingungen weder an Aussehen noch an Geschmack. Falls Ihre Brennstoffvorräte aufgebraucht sind, können Sie diese Mahlzeit auch kalt servieren. Seinen besonderen Namen trägt das Rezept, weil es sich im Falle eines INCH mit aufregenden Wildkräutertoppings kombinieren lässt.

Zutaten:
Thunfisch
Tomatenmark
Topping nach Wunsch

Zubereitung: Öffnen Sie die Thunfischdose und erwärmen Sie sie über Ihrem Heizmittel. Sobald das Salzwasser Blasen schlägt, vom Feuer nehmen und warm stellen. Mit der gewünschten Anzahl an Portionen ebenso verfahren. Die leicht abgekühlten Dosen auf einen Teller umstürzen und spiralförmig das Tomatenmark aufsetzen. Nach Wunsch mit Topping garnieren. Sollten Sie sich in freier Wildnis befinden, empfehlen wir Sauerklee, Vogelmiere oder junge Brennseteltriebe zu diesem Gericht.



Smashed Potatoes

Kartoffelpüree in Pulverform ist der ideale Stärkelieferant in den nervenaufreibenden Nächten nach dem nächsten Millenniumswechsel. Ausreichend Frischwasser sollten Sie in Ihrem Schutzraum immer griffbereit halten. Um die deftige Feiertagsmahlzeit abzurunden, empfehlen wir (vegetarische) braune Soße und einen Hauch Muskat.

Zutaten

Kartoffelpüreepulver
Margarine oder Öl
Fertige braune Soße

Zubereitung: Bereiten Sie zunächst die braune Soße vor. Den Packungsinhalt in einem Topf mit einer ausreichenden Menge kaltem Wasser verquirlen. Topf beiseite stellen. In einem zweiten großen Topf Wasser zum Sieden bringen. Von der Hitzequelle nehmen und nach Belieben etwas Öl oder Margarine hinzufügen. Unter ständigem Rühren langsam das Kartoffelpulver einrieseln lassen. Nach einer Minute nochmals durchrühren und eventuell etwas kaltes Wasser hinzufügen. Kartoffelpüree warm stellen und die braune Soße unter gelegentlichem Rühren erwärmen. Richten Sie das Kartoffelpüree in einer Schüssel an und übergießen Sie es mit der Soße. Mit Muskat würzen.



Marsanas

Hochwertige Kraftriegel können im Ernstfall rar werden. Schokoriegel sind ebenso nahrhaft und überall erhältlich. Zaubern Sie eine delikate Nachspeise für die ganze Familie oder einen aufmunternden Snack für zwischendurch. Vergessen Sie nicht, das Ananaswasser als Getränk anzubieten. Alternativ zu Mars können sie auch Snickers verwenden.

Zubereitung: Dose vorsichtig öffnen, Früchte herausnehmen und auf einem Papiertuch abtropfen lassen. Inzwischen die Schokoriegel aus der Verpackung nehmen und in pralinengroße Stücke zerteilen. Zusammen mit den Früchten je nach Stimmung auf einem Teller garnieren.

Zutaten
Marsriegel
Ananas aus der Dose

Geflüchtete besser vor rassistischer Gewalt schützen

Straftaten gegen Geflohene und Flüchtlingsunterkünfte in der Bundesrepublik nehmen stark zu. Amnesty International hat im Sommer diesen Jahres einen Bericht darüber veröffentlicht. Die Ergebnisse verdeutlichen vor allem: Sicherheitsbehörden versagen beim Schutz Geflohener vor rassistischer Gewalt.

Ein Gastbeitrag von Alexander Bosch.

2015 kamen etwa eine Million Menschen nach Deutschland, um hier Schutz zu suchen. Viele freiwillige Helferinnen und Helfer empfangen die Ankommenden mit offenen Armen und taten und tun gemeinsam mit den Kommunen ihr Möglichstes, um sie unterzubringen und zu versorgen. Symbolisch für diese ‚Willkommenskultur‘ stehen auch die Bilder vom Münchner Hauptbahnhof, wo unzählige Menschen die Geflüchteten willkommen hießen und sich ehrenamtlich engagierten.

Parallel setzte jedoch eine gegenläufige negative Entwicklung ein, die bis heute anhält: Im gesamten Bundesgebiet haben Angriffe gegen Geflüchtete und ihre Unterkünfte seit dem vergangenen Jahr dramatisch zugenommen. Im letzten Jahr verzeichneten die Behörden 1.031 rassistisch motivierte Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte, fünfmal mehr als 2014 (199 Delikte) und 16-mal mehr als 2013 (63 Delikte). Allein im ersten Halbjahr 2016 meldeten die Behörden bereits 563 rassistisch motivierte Straftaten gegen Flüchtlingsunterkünfte.

Die Aufklärungsquote bei rassistisch motivierten Straftaten in Bayern liegt bei 16 Prozent

Die Unterkünfte werden angezündet oder mit rechten Parolen beschmiert, Flüchtlinge auf offener Straße rassistisch beschimpft und tödlich angegriffen. Anwohner protestieren so vehement gegen Flüchtlingsunterkünfte in ihrer Nachbarschaft, dass ihren Forderungen schließlich nachgegeben wird, weil die Sicherheit der Geflüchteten dort teilweise nicht mehr gewährleistet werden kann. In Deutschland ist ein gesellschaftliches Klima entstanden, das es so seit den schrecklichen Ausschreitungen in Hoyerswerda und Rostock-Lichtenhagen vor fast genau 25 Jahren nicht mehr gegeben hat.

Auch Bayern stellt hierbei keine Ausnahme dar: Im Jahr 2015 wurden hier 77 Übergriffe auf Flüchtlingsunterkünfte registriert, das sind dreimal so viele wie im Vorjahr. Auch rassistisch motivierte Straftaten sowie Einschüchterungsversuche und Bedrohungen von Rechts haben in Bayern enorm zugenommen. Gleichzeitig liegt die Aufklärungsquote bei diesen Straftaten bei 16 Prozent.

Die deutschen Behörden, insbesondere auf Bundes-

.....
 Sichere Unterkunft
Bezeichnet einen Ort, an dem Menschen vor Angriffen jeglicher Art durch Dritte sowie Umwelt- einflüsse geschützt sind. Dieser wird oft für Personen eingerichtet, die, etwa aufgrund ihrer Hautfarbe, ihres Geschlechtes, ihrer sexuellen Orientierung oder aus anderen Gründen, Opfer physischer und psychischer Übergriffe werden. Die genaue Ausgestaltung eines solchen Raumes ist nicht näher bestimmt, sodass der Begriff Sichere Unterkunft keine eindeutige rechtliche Kategorie darstellt. Er wird dennoch von vielen Akteuren wie staatlichen Institutionen, Behörden, Verwaltungen, Sozialen Trägern und Internationalen Organisationen verwendet. Ein trauriger und bizarrer Umstand ist, dass das deutsche Verständnis von sicherer Unterkunft offenbar durch den Beschuss mit Granaten und Brandsätzen nicht kategorisch ausschließt.

ebene, haben das Problem durchaus erkannt. Seit Anfang 2014 werden alle mutmaßlichen rassistischen Angriffe gegen Flüchtlingsunterkünfte regelmäßig von den Bundesbehörden untersucht. Am 17. März 2016 äußerten die Justizministerinnen und Justizminister der 16 Bundesländer und der Bundesjustizminister gemeinsam ihre ernsthafte Besorgnis angesichts der Zunahme rassistischer Straftaten und forderten eine bessere Zusammenarbeit zwischen den Behörden.

Viele Asylsuchende und Flüchtlinge, die von rassistischer Gewalt betroffen waren, berichteten Amnesty, dass sie in Angst leben und sich in den Städten oder Vierteln, in denen sie wohnen, nicht sicher fühlen.

Amnesty International hat am 9. Juni 2016 den Bericht „Leben in Unsicherheit – Wie Deutschland die Opfer rassistischer Gewalt im Stich lässt“ veröffentlicht. Er dokumentiert auf mehr als 80 Seiten, wie die deutschen Sicherheitsbehörden, insbesondere die deutsche Polizei, dabei versagen, ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung gerecht zu werden und Asylsuchende oder andere Geflüchtete, aber auch Schwarze Menschen, People of Color, sowie Angehörige anderer Gruppen vor rassistischer Gewalt zu schützen.

Das Grundgesetz sowie zahlreiche Menschenrechtsnormen, wie beispielsweise die Europäische Menschenrechtskonvention, verpflichten die Bundesrepublik Deutschland dazu, sicherzustellen, dass Menschen vor Diskriminierung geschützt werden. Diese Schutzverpflichtung gilt insbesondere bei rassistischer Diskriminierung, die eine besondere Form der Diskriminierung darstellt, wie der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) festgestellt hat. [Auch die Vereinten Nationen konstatieren in Deutschland einen Mangel an Bereitschaft, ihre mehr als vierzig Jahre alte Anti-Rassismus-Konvention in der Praxis umzusetzen. Der zuständige Ausschuss ermahnte die Bundesrepublik noch im letzten Jahr, ernsthafte Maßnahmen zur Unterbindung und Ahndung rassistischer Äußerungen und Taten - auch innerhalb der Sicherheitsbehörden - zu ergreifen. Anm. d. Redaktion.]

In den Bundesländern Bayern, Berlin, Sachsen und Sachsen-Anhalt, die von Amnesty im Rahmen der Berichtsrecherchen besucht und analysiert wurden, hieß es in Gesprächen mit der Polizei, dass spezielle Sicherheitspläne für Flüchtlingsunterkünfte im Allgemeinen nur im Einzelfall und bei Bedarf besprochen würden. Vertreterinnen und Vertreter der jeweiligen Landesregierungen erklärten gegenüber Amnesty, dass es in ihren Ländern weder einen allgemeinen Plan zur Bewertung der Gefahrenlage noch eine Strategie zur Verhinderung von Angriffen gegen Flüchtlingsunterkünfte gebe. Von Seiten der Bundesregierung wurde eingeräumt, dass es auch auf Bundesebene keinen allgemeinen Rahmen für die Unterstützung und Koordination von Sicherheitsplänen auf Länderebene gebe.

Dabei wäre dies in der aktuellen Situation mehr als notwendig. Amnesty fordert bundesweit einheitliche Standards beim Schutz von Flüchtlingsunterkünften. Dazu gehört unter anderem, dass die lokalen Polizeibehörden immer vorab darüber informiert werden, wo eine neue Flüchtlingsunterkunft entsteht, mit wie vielen Bewohnerinnen und Bewohnern gerechnet wird und wann diese dort einziehen. Diese

Insbesondere die deutsche Polizei versagt dabei, ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung gerecht zu werden

Verpflichtung muss immer gelten, egal, ob die Unterkunft in Trägerschaft des Bundeslandes oder einer Kommune liegt. Auch müssen die Mitarbeitenden der privaten Sicherheitsdienste verpflichtend polizeilich überprüft und diese Kontrollen regelmäßig wiederholt werden. Auf lokaler Ebene sollte es regelmäßige Sicherheitsbesprechungen zwischen allen für die Sicherheit der Flüchtlingsunterkünfte relevanten Akteuren geben. An ihnen sollten neben Polizei, Kommunen und privaten Sicherheitsdiensten auch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter sowie Vertreterinnen und Vertreter lokaler Unterstützerinitiativen und die Geflüchteten selbst teilnehmen. Nur so kann gewährleistet werden, dass alle für die Sicherheit wichtigen Informationen an die dafür zuständigen Akteure gelangen.

Dass sich die Bundesländer auf bundesweit einheitliche Standards in Sicherheitsfragen verständigen, ist nichts Neues. So stellte beispielsweise die Innenministerkonferenz 1991 fest, dass ein gemeinsames Handeln aller Beteiligten erforderlich ist, um die

Sicherheit bei Sportveranstaltungen, insbesondere bei Fußballspielen, zu verbessern und verabschiedete deshalb das „Nationale Konzept Sport und Sicherheit“ (NKSS), in welchem bundesweit einheitliche Standards definiert wurden, mit denen man der Gewalt und dem Rassismus in deutschen Fußballstadien begegnen wollte. Wenn der politische Wille vorhanden ist, kann sich die Politik also durchaus auf gemeinsame bundesweite Standards und Konzepte verständigen. Angesichts der aktuellen Situation sollte sie dies daher unverzüglich auch beim Thema Sicherheit von Flüchtlingen und Schutz von deren Unterkünften tun.

Dass auch in Bayern dringender Handlungsbedarf besteht, zeigt nicht zuletzt die im April 2016 bekannt gewordene Erpressung von Geflüchteten durch Sicherheitspersonal in der Ankunftsstelle im Münchner Euroindustriepark. Dort sollen mindestens sechs Mitarbeiter des privaten Sicherheitsdienstes von den ankommenden Geflüchteten Geld gefordert und auch erhalten haben. Auch die teilweise rassistische und pauschalisierende Rhetorik von Politikerinnen und Politikern begünstigt Vorurteile gegenüber Geflüchteten. Hier muss Deutschland und auch Bayern mehr tun, damit die Bundesrepublik ihrer menschenrechtlichen Verpflichtung, Menschen vor rassistischer Gewalt zu schützen, auch nachkommt.<

Alexander Bosch
ist Experte für die
Themen Polizei und
Rassismus im
Sekretariat der
deutschen Sektion
von Amnesty
International. Er ist
seit 2004 ehrenamt-
liches Amnesty-Mit-
glied und war
mehrere Jahre
Sprecher der
Themengruppe
Polizei & Menschen-
rechte.

Amnesty International *sammelt aktuell Stimmen für den besseren staatlichen Schutz vor rassistischen Übergriffen: Brandanschläge, Angriffe, Einschüchterungen: Deutschland erlebt aktuell einen drastischen Anstieg rassistischer Gewalt. Täglich werden Menschen angegriffen. Das muss ein Ende haben! Unterzeichnen Sie die Online-Petition von Amnesty International und setzen Sie sich dafür ein, rassistische Gewalt in Deutschland zu stoppen. Die Petition richtet sich an die Innenminister von Bund und Ländern und ist online zu finden unter: www.amnesty.de*



Im Fadenkreuz der Sicherheit

Menschen, deren Aufenthaltsstatus in Deutschland nicht längerfristig geklärt ist, leben zwischen einem ausgrenzenden Staatsangehörigkeitsrecht, der Verwaltungslogik der Behörden und den persönlichen Vorurteilen ihrer Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen. Sicher scheint für sie vor allem das Gefühl, anders behandelt zu werden. Von Diana Sherzada.

„Ihre Unterlagen sind an den Verfassungsschutz weitergeleitet worden. Wir müssen prüfen, ob Ihre Frau nicht einer terroristischen Vereinigung angehört. Das ist reine Formsache, das hat nichts mit Ihnen persönlich zu tun“

(Gruppenleitung einer kommunalen Ausländerbehörde).

Diese Notizen mache ich mir auf dem Parkplatz der Behörde, die ich mit Amin im Jahr 2013 aufsuche. Seit Monaten wartet er auf Aussagen über den Stand des Verfahrens, das über seinen Antrag auf Aufenthaltsverlängerung entscheidet. Er ist Ende der 1980er aus Afghanistan nach Deutschland gekommen und hat seit bald zwei Jahrzehnten die deutsche Staatsbürgerschaft; seine Frau ist später nachgezogen. Seither leben er und Amina mit ihren Kindern in Bayern. Amin hat letzte Nacht schlecht geschlafen. Im Gespräch mit der Gruppenleitung ist er sachlich.

Kaum sind wir im Freien, macht er sich Luft, denn er ist sehr aufgebracht: „Was denken diese Leute eigentlich von uns? Dass wir Terroristen sind?“

Zusammen mit unseren kleinen Kindern? Sag, denken diese Leute nach? Und wie soll das nicht persönlich sein? Was wäre, wenn ich ihr das so ins Gesicht sagen würde? Und wie soll ich mir das ganze Prozedere überhaupt vorstellen: Haben die eine Liste auf ihrem Tisch liegen auf der die dann mit dem Finger nach dem Namen meiner Frau suchen? Das ist doch ein schlechter Witz, oder?“

Amins Familie kenne ich seit vielen Jahren. Unsere Kinder gehen den gleichen Schulweg. Häufig haben wir gemeinsam über Formblätter gegessen und versucht, die Logik der behördlichen Anrufung zu durchdringen. Er ist sichtlich gekränkt und fühlt sich in seinen Anliegen nicht gehört. Und noch mehr: Als Person fühlt er sich selbst und die Bedürfnisse seiner Familie abgelehnt. Es ist herauszuhören, dass er nicht von einem Missverständnis im Rahmen des behördlichen Gespräches ausgeht. Die anmaßenden Zuschreibungen in der behördlichen Situation wirken genauso abwertend auf ihn, wie sich auch der

herrschende Diskurs in Deutschland durch seinen Alltag zieht und ihn organisiert: Er sortiert Menschen nach ethnischen, nationalen und kulturellen Kriterien und weist ihnen eine marginale Position zu. Ich versuche, mich in die Perspektive der Verwaltungspraxis zu versetzen: Auf welches Wissen stützen sich Behörden? Ist die Ansprache der Gruppenleiterin vielleicht doch ein Versehen?

Der einen Sicherheit, der anderen Ermessensspielraum

Amins und Aminos Fall hat viel mit dem Wesen deutscher Kommunalverwaltung zu tun. Seit den 1990er Jahren orientieren sich die Reformen ihrer Behörden am sogenannten "Neuen Steuermodell" (NSM). NSM verfolgt das Ziel, öffentliche Verwaltungen wie moderne Dienstleistungsunternehmen zu strukturieren. Ein Schwerpunkt dieser Umstellung ist eine größere Bürgernähe und Kundenorientiertheit, ein anderer betriebswirtschaftliche Effizienz und Produktivität der Verwaltungsarbeit.

Das ist reine Formsache, das hat nichts mit Ihnen persönlich zu tun

Angestellte der Verwaltung verfügen über ein umfangreiches Wissen über die Arbeitsabläufe und Richtlinien des Verwaltungsapparates, das im Umgang mit Kundinnen und Kunden zum Einsatz kommt. Sachbearbeitung heißt vor allem: anhand juristischer Vorgaben eine Entscheidung zu ermitteln. So muss sie auch integrationspolitische Bestimmungen und somit die Entwicklungen deutscher *Ausländerpolitik* der vergangenen Jahrzehnte in der Praxis umsetzen. Die Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeiter aus der Verwaltung sind die wichtigste Ressource der Behörde. Sie sind es, die in ihrer Arbeit auf verschiedenen Aufgaben- und Leistungsfelder, Handlungsempfehlungen und Zielvorgaben miteinander verbinden müssen.

Neben ihrer Fachkenntnis haben sie ein Vorwissen über die Welt jenseits ihres Apparates, der sie ja auch angehören. In den vielfältigen Szenarien des Kontaktes mit Kundinnen und Kunden können folglich diverse Wissensinhalte unterschiedlich ineinandergreifen und zur Anwendung kommen. Über ihr kommunikatives

.....
 Datenschutz
Das Recht eines Menschen, über den Umgang mit personenbezogenen Daten zu seiner Person, also Angaben über seine persönlichen und materiellen Verhältnisse, zu bestimmen. Menschen, die Datenschutz genießen, dürfen entscheiden, wie wer wann auf welche Daten über sie zugreifen darf. Besonders staatliche Stellen und Unternehmen legen große Datenbestände über Menschen an, wenn diese etwa als Einwohnerinnen und Einwohnern oder Kundinnen und Kunden mit ihnen interagieren. Datenschutz gewährt den Betroffenen Mitspracherecht über die Verwahrung, Nutzung, Weitergabe und Löschung ihrer Daten. In Deutschland garantiert das „Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung“ Menschen mit deutscher Staatsangehörigkeit einen stärkeren Schutz als ihn Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit genießen. Diese müssen ihre Daten etwa im Zuge von speziellen Registrierungen, den Ausländerbehörden anvertrauen.

Handeln - wie etwa in der eingangs geschilderten Situation - transportieren sie ihr Wissen schließlich in die Gesellschaft.

Im Umgang mit Betroffenen von Behördenvorgängen entsteht stets ein Gefälle, in dem die Macht, zu entscheiden, sich zwischen den Beteiligten ungleich verteilt. So verfügen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der behördlichen Verwaltung beispielsweise über verschiedene Möglichkeiten, die sozialen Handlungsräume ihrer Kundinnen und Kunden vorzubestimmen: Sie können ihnen Zugänge zur Gesellschaft gewähren oder verwehren.

Ermessensspielräume bilden hierbei den begrifflichen und argumentativen Rahmen, in dem Menschen sanktioniert werden können. Als Normsetzende an der Spitze einer organisatorischen Befehlshierarchie unterstehen Behördenmitarbeiter dabei selbst keinem oder nur einem geringen Rechtfertigungszwang. So können sie zum Beispiel zusätzliche oder auch unnötige Unterlagen von Kundinnen und Kunden einfordern, wenn zu deren Ungunsten entschieden wurde. Selbst wenn diese Sanktionen im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen der Verwaltung liegen, können solche Situationen von den Betroffenen als Machtmissbrauch empfunden werden.

Bürgerlicher Status, Staatsangehörigkeit und Menschen „aus der Dritten Welt“

Sehen wir uns Aminas Fall genauer an. Auf der Sachebene ist Amina Zugehörige eines Drittstaates und keine Unionsbürgerin der Europäischen Gemeinschaft. Der Begriff Drittstaat ist mit Kriterien des Ausschlusses verbunden; der Status Drittstaatlichkeit verwehrt etwa das Recht auf Freizügigkeit innerhalb der EU. Drittstaatlichkeit spielt als Kategorie der europäischen Gesetzgebung erst seit 2001 auf nationaler und kommunaler Ebene der Mitgliedstaaten eine bedeutende Rolle. Will sagen: Vorgaben, die europaweit gelten, müssen etwa vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg oder dem Kreisverwaltungsreferat in München auf Fälle wie den von Amin und Amina angewendet werden. Ein Vergleich: Obgleich Schweizerinnen und Schweizern oder U.S.-Amerikanerinnen und -Amerikaner ebenfalls keinen Pass eines EU-Landes besitzen, greift hier der Status der Drittstaatlichkeit auf eine andere Weise. Einzelvertragliche Vereinbarungen zwischen der EU und diesen

Staaten stellen die Freizügigkeit der Personen dieser Herkunftsländer sicher.

Deutlich ist, dass der Begriff Drittstaat an einer ungleichen Bewertungsskala orientiert ist. Marktimperative und ökonomische Effizienzkriterien spielen hier eine wichtige Rolle. Ihnen ist das gängige Verständnis westlicher Moderne eingeschrieben und sie tragen in diesem Bedeutungsrahmen dazu bei, gesellschaftliche Teilhabe in Deutschland ungleich zu strukturieren. Mit

Sie können ihnen Zugänge zur Gesellschaft gewähren oder verwehren

Blick auf Amina wird klar: Der Status „Drittstaatlichkeit“ benachteiligt sie. Auch ist er mit den üblichen Vorstellungen von Migranten besetzt. Als afghanische Staatsangehörige und „Migrantin“ steht sie nicht allein im

Sachkontext eines Verwaltungsfalles zur Verhandlung. Sie ist mehrfach innerhalb der deutschen Mehrheits- und Mediengesellschaft verortet und steht daher im Fadenkreuz, wenn Zugehörigkeitsverhältnisse, Überfremdungsängste aber auch Sicherheitsbedürfnisse problematisiert werden.

Im Alltag, in institutionellen Räumen wie auch der behördlichen Praxis geht dies mit Zuschreibungen einher, die seit dem 11. September 2001 im Umlauf und inzwischen Bestand kollektiven Wissens sind. In Behörden kommt es zum Tragen, es schwingt auf der symbolischen Ebene der Repräsentation mit und sitzt einem eher flüchtigen Bild aus den Medien auf. Es setzte den Einsatz der ISAF-Truppen in Afghanistan an der sogenannten „Achse des Bösen“ seinerzeit mit dem Kampf gegen den globalen Terror in Bezug. Diese Wissensinhalte wirken bis heute und begünstigen institutionellen Rassismus, ohne von den Verwaltungsmitarbeiterinnen und -mitarbeitern immer beabsichtigt zu sein. Als Identifikationsmuster können diese beispielsweise wirkmächtig werden, um Kräfteverhältnisse in einer schwierigen Gesprächssituation zu stabilisieren. So wird Aminas Hoffnung auf Verlängerung ihres Aufenthaltsrechtes zum diskursiven Produkt eines Verhandlungsaktes, in dem sich verschiedene Wissensformen verschränken.

Überprüfungen und Verdacht statt Sicherheit und Zuspruch

Aminas aufenthaltsrechtlicher Status ist mittlerweile sicher. Sie lebt mit ihrer Familie heute in München. Der Termin stand im letzten Drittel einer mehrjährigen Auseinandersetzung mit der zuständigen Verwaltungsbehörde. Obgleich Amin zu diesem Zeitpunkt bereits seit mehr als einem Jahrzehnt deutscher Staatsbürger war und die Familie ihren Lebensunterhalt selbstständig sichern konnte, dauerte es ein weiteres Jahr - und so letztlich 13 Jahre - bis Amina den unbefristeten Aufenthaltstitel erhielt.

Trotz fristgerechter Vorlage vollständiger Unterlagen, Einkommens- und Sprachnachweise, wurde Amina aufgefordert, drei zusätzliche Sprachprüfungen bei verschiedenen Sachbearbeitern der Behörde abzulegen. Mehrfach hatte sie die sicherheitsrechtliche Befragung zu bearbeiten (umgangssprachlich Terrorismusfragebogen), um sicher zu stellen, dass bei ihr kein Versagungsgrund im Rahmen der sicherheitsgefährdenden Betätigung (nach § 8 Abs. 1 Nr. 5 AuslG) vorliegt. Aminas Kommentar, dass sie das sicher da reinschreiben würde, wenn dem der Fall wäre, macht mir erst deutlich, wie wenig aussagekräftig diese Formblätter in der Realität sind.

Als wir uns nach dem letzten Termin auf dieser Behörde auf den Heimweg machen, sind wir sehr erleichtert; diese Termine sind enorm anstrengend, da sie sich häufig willkürlich anfühlen. Bei Amin und Amina essen wir gemeinsam zu Abend und lassen dieses Kapitel beim Tee nicht das letzte Mal Revue passieren.<

Diana Sherzada
*lebt in München,
Bayern. Sie kennt
München seit ihrer
Geburt, hat aber
gelernt genauer
hinzusehen, seit sie
Geflohene regelmä-
ßig in die verschie-
denen Ämter und
zum KVR begleitet.
Ihre Dissertation
nimmt Ungleichhei-
ten in der deutschen
Migrationsgesell-
schaft am Beispiel
von Afghanen und
Afghaninnen in den
Blick.*

.....
ISAF-Truppe
*Die Internationale
Sicherheitsunterstüt-
zungstruppe
(englisch Internatio-
nal Security
Assistance Force,
kurz ISAF) war eine
sogenannte
Sicherheits- und
Wiederaufbaumis-
sion unter NATO-
Führung im Rahmen
des Krieges in
Afghanistan von
2001 bis 2014.*
.....

sicher ist sicher



Sichersatt statt Superfood

Eine überall auf der Welt als immer prekärer empfundene Sicherheitslage. Der internationale Terrorismus. Eine ungebremst fortschreitende Umweltzerstörung und die existenzielle Bedrohung durch die Globale Erwärmung. Wer wirklich sichergehen will, braucht mehr als eine Haftpflicht und einen Ehering. Er muss nicht wissen, wo man einen Tisch bekommt, sondern wie man einen zimmert. Derbes Schuhwerk und Konserven sind gefragt. Und auch der Magen muss sich anpassen: Der nächste Lifestylereiz nach Superfood wird Sichersatt. Von Katalin Kuse.

Lars Konarek drückt auf meinem Bildschirm den ersten Hering in den weichen Waldboden. Er hält goldene Zeltstangen in die Kamera und lässt sie leise ineinander klacken. *„Bitte achtet auf euer Gestänge.“* Bis er wieder etwas sagt, werden noch 2:15 Minuten vergehen. Behutsam lässt er die Stangen in der grünen Zeltplane verschwinden und klippt die Enden in die dafür vorgesehenen schwarzen Hütchen. Konarek ist hauptberuflicher Survivalguide und führt gerade via Youtube vor, wie man im Falle eines INCH-Szenarios an einer geeigneten Stelle im Wald ein Zelt aufbaut. INCH steht für *„I will never come home“* und beschreibt ein Katastrophenszenario, in dem man sich gezwungen sieht, sein Haus zu verlassen. Konarek ruckelt das Tunnelzelt sanft zurecht. Die Zeltplane rauscht und dann beginnt er mit dem Abspannen.

„Ihr Ziel muss es sein, 14 Tage ohne Einkaufen überstehen zu können. Die Lösung liegt in Ihrer Verantwortung. Ob und wie viel Sie vorsorgen, ist eine persönliche Entscheidung.“ Der Satz ist nicht der Auftakt eines Computerspiels und kommt auch nicht in einer Werbekampagne für Versicherungsunternehmen vor. Ich finde ihn in einer Broschüre des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe, kurz BBK. Das BBK wurde im Jahr 2004 gegründet als Teil der 2002 von der Konferenz der deutschen Innenminister verabschiedeten *„Strategie zum Schutz der Bevölkerung in Deutschland“*. Laut

eigenem Leitbild ist die Einrichtung der Behörde eine Folge der Anschläge des 11. Septembers 2001 sowie des mitteleuropäischen Hochwassers von 2002. Das Bundesamt ist dafür zuständig, im Ernstfall ein gemeinsames Krisenmanagement von Bund und Ländern zu koordinieren und damit als zentrales Organisationselement für die sogenannte *„Zivile Sicherheit“* zu wirken. *„Nach den Vorstellungen des Bundesinnenministers soll der zivile Bevölkerungsschutz als vierte Säule (neben Polizei, Bundeswehr und Diensten) im nationalen Sicherheitssystem verankert werden.“* Sätzen wie diesen haftet in meinen Ohren implizit auch die Vorbereitung auf eine Kriegssituation an. Das internationale Symbol für zivilen Bevölkerungsschutz ist ein dunkelblaues Dreieck auf einem orangenen Kreis. Daneben, in Anlehnung an das Motto der Bundeswehr, der Slogan des BBK: *„Gemeinsam handeln. Sicher leben.“* Das Symbol habe ich noch nie vorher gesehen.

Der Fall der Fälle

In der Broschüre des BBK werden in übersichtlichen Abschnitten die *„Vorsorge für den Katastrophenfall“* sowie *„Richtiges Handeln in Katastrophen“* erklärt. Deutschland sei gut vorbereitet, wenn alle gut vorbereitet seien, heißt es im Vorwort. Deshalb sollte jeder Bürger und jede Bürgerin seinen und ihren Beitrag leisten: *„Bereiten Sie sich auf den Fall der*



Für 2.750 EUR kann man sich von der SicherSatt GmbH ein Essens-Jahrespaket für den großstädtischen Singlehaushalt zuschicken lassen. Die Lebensmittel sollen bis zu 20 Jahre haltbar sein.

Fälle vor. "Ich stelle fest, dass ich das Gegenteil von vorbereitet bin. Ich schaffe es manchmal nicht, sonntags etwas essbares im Haus zu haben. Mein letzter Erster-Hilfe-Kurs liegt fast zehn Jahre zurück. Und obwohl ich nichts von Pikieren und Einmachen verstehe, kenne auch ich den Wunsch, einmal eine Hütte in den Bergen zu besitzen, in der man, wenn es denn wirklich nötig sein sollte, autark leben kann.

Die amtlichen Empfehlungen des BBK von 2015 halten sich nicht mit einem romantischen Alpenpanorama auf, sondern werden konkret. Es gibt viele Aspekte der Krisenvorsorge, die beachtet werden wollen. Eine Campingtoilette, Seife und ausreichend Medikamente sollten ebenso eingelagert werden wie Trinkwasser für mindestens 14 Tage. An einer gut zugänglichen Stelle im Haus muss das sogenannte Notfallgepäck bereitstehen, im Idealfall ein Rucksack. Eine Checkliste zum Abhaken soll mir helfen, nichts zu vergessen. Die offizielle Packliste des BBK nennt: persönliche Medikamente, behelfsmäßige Schutzkleidung, Wolldecke, Schlafsack, Unterwäsche, Strümpfe, Gummistiefel, derbes Schuhwerk, Essgeschirr, -besteck, Thermoskanne, Becher, Material zur Wundversorgung, Dosenöffner und Taschenmesser, Taschenlampe, strapazierfähige, warme Kleidung, Kopfbedeckung, Schutzhelm, Schutzmaske, behelfsmäßiger Atemschutz, Arbeitshandschuhe, Fotoapparat oder Fotohandy, Dokumentenmappe.

Fließende Grenzen

Ich möchte mit einem Experten für Sicheres Leben sprechen. Bastian Blum ist einer der Wenigen, der sich den sogenannten „Preppern“ zuordnet und gleichzeitig in der Öffentlichkeit mit seinem richtigen Namen auftritt, sich ablichten lässt und sogar Pressegespräche führt. Prepper sind Menschen, die sich auf bedrohliche Zukunftsszenarien vorbereiten und viel Zeit und finanzielle Mittel für die planvolle Vorsorge darauf verwenden. Laut einschlägiger Internetseiten stammt die Bezeichnung aus dem US-amerikanischen Raum. Sie ist von *to be prepared* entlehnt, was man mit *vorbereitet sein* übersetzen könnte.

Prepper diskutieren in Internetforen zum Beispiel über potentielle Fluchtländer oder die beste Art, Gurken einzuwecken – der Phantasie sind keine Grenzen gesetzt. Was noch Vorsorge oder schon nutzlos oder paranoid ist, wird heiß diskutiert. Wie genau soll man sich auf Ereignisse vorbereiten, die man sich vielleicht noch nicht einmal vorstellen kann? Die Zukunftsszenarien reichen von temporären Versorgungsengpässen durch Unwetter, über Währungskrisen und soziale Unruhen aufgrund hoher Arbeitslosigkeit, bis zum Meteoriteneinschlag, einer Sonneneruption oder dem Ausbruch eines Supervulkans. Einen guten Einblick in die Bandbreite der Vorbereitungsmöglichkeiten geben die großen Onlineversandhandel, die sich auf Prepping spezialisiert haben. Hier werden Dörrgeräte zum Herstellen von Trockenobst, Getreidemöhlen, Moskitonetze und wasserfeste Notizblöcke ebenso angeboten wie Tarnschminke, Drahtsägen,



Türsicherungen und Armbrüste. Die Grenzen sind fließend: Viele der Produkte würden sich auch prima auf meiner nächsten Wanderung machen, aber die Vorstellung mit einem Elektroschocker herumzulaufen ist grotesk.

Ich und meine Familie zuerst

Im Netz finde ich verschiedene Antworten darauf, warum Menschen an der Prepping-Szene interessiert sind. Viele geben an, dass sie „sich und ihre Familie schützen“ möchten. Es wird auch als eine Art Selbstermächtigung angesehen, einer Notsituation nicht hilflos ausgeliefert sein zu müssen, nicht auf staatliche Rettungskräfte angewiesen zu sein. Eines der wichtigsten Argumente, die ich in den Internetforen finde, ist das dringende Bedürfnis, auf die wachsenden Bedrohungen und Gefahren unserer Zeit angemessen zu reagieren. Aber was ist angemessen? Fast alle Prepper-Szenarien gehen von einem plötzlich eintretenden Gefahrenfall aus. Schleichende gesellschaftspolitische Veränderungen, beispielsweise die der Etablierung eines autoritären Regierungssystems stehen hingegen nicht im Fokus des Preppens. Falls doch, wird die innenpolitische Lage an dem Grad ihrer Berechenbarkeit bewertet.

Blum fährt gerade Auto, als ich ihn zum verabredeten Termin anrufe. Bevor er sich zurückmeldet, sucht er sich einen Parkplatz. Blum mag die Bezeichnung Prepper eigentlich nicht, aber „da weiß gleich jeder was gemeint ist“. Er würde eher von Krisenvorsorge für Ausnahmezustände wie Hochwasser oder Strom-

ausfall sprechen. Von den waffenfetischisierenden sogenannten „Doomern“, Anhängern einer Spielart des Preppens, die sich auf einen baldigen apokalyptischen Weltuntergang vorbereiten, distanziert er sich. Diese seien Profilineurotiker und Verschwörungstheoretiker. Blum geht von 150.000 bis 200.000 aktiven Preppern in Deutschland aus – wie groß der Anteil an Doomern sei, die sich potentiell auch in einer rechten Szene bewegen, kann er nicht sagen. Da alle möglichen Menschen Prepper sein können, gebe es streng genommen auch keine Prepperszene. Weder eine Weltanschauung, noch eine Glaubensrichtung, eine gemeinsame Organisation oder ein ästhetischer Stil werden geteilt. Das einzige gemeinsame Merkmal von Preppern sei es eben, sich für noch nicht eingetretene Krisenszenarien zu rüsten oder sich damit auseinanderzusetzen, wie man sich noch besser darauf vorbereiten könnte. Eine sehr heterogene Gruppe also, Blum schlägt das Wort *Bewegung* vor. Aber wenn es eine Prepperbewegung gibt, für was setzt sie sich dann ein? Für breitere Überschwemmungszonen an Flussufern oder regionale Nahrungsmittelproduktion? Ich höre Blum am anderen Ende in sein Telefon nicken. „Das stimmt, es wird eigentlich kaum versucht, die Ursachen für Krisen und Katastrophen zu beseitigen. Das wird erst langsam Teil der internen Debatten.“ Prepper fürchten also die Klimaerwärmung und die damit einhergehenden zunehmend extremen Wetterlagen, sie würden zurzeit aber nicht für ein neues Emissionsgesetz auf die Straße gehen. Stattdessen konzentrieren sie sich darauf, ihren eigenen Schaden einzudämmen, ihre persönliche Sicherheit zu maximieren.

Der Guardian Angel II oder der JPX4 JET Protector werden im Onlineversandhandel als eine Weiterentwicklung des Pfeffersprays erworben. Aufgrund ihrer präzisen Applikationsmöglichkeit eignen sie sich laut Beschreibung besonders in geschlossenen Räumen und der häuslichen Umgebung.



Es gebe aber auch lokale Gruppen. Für Blum ist es ein logischer Schluss, dass man sich im Krisenfall auch in einer größeren Gruppe als die eigene Kleinfamilie organisieren muss, auch wenn die häufig im Mittelpunkt der Vorsorge stehe. Solche Gruppen finden sich über das Internet, treffen sich dann aber analog um im Verborgenen zu bleiben und gegenseitig verbindliche Verpflichtungen einzugehen. An eine solche Gruppe heranzukommen, könne ich aber gleich vergessen, denn „die wollen ja unerkannt bleiben“. Viele Prepper befürchten laut Blum nicht nur, dass sie im Krisenfall durch weniger gut vorbereitete Menschen um ihre Vorräte gebracht werden könnten, sondern haben auch Angst vor Diskriminierungen an ihrem Arbeitsplatz. Krisenvorsorge sei in Deutschland ein Tabu.

Sicherer Geschmack

München, der 22. August 2016. Im Radio geht es um eine aktuelle Debatte des Bundestages, die sich mit dem neuen „Konzept Zivile Verteidigung“ (KZV) befasst. Die Opposition kritisiert die Anberaumung der Vorstellung des KZV in der aktuellen aufgeheizten innenpolitischen Lage als Panikmache. Die letzte Verordnung dieser Art wurde nach Ende des Kalten Krieges erlassen und regelte unter anderem den Rückbau von Bunkern und staatlichen Lebensmittel-speichern. Jetzt heißt es wieder: Lebensmittel und Trinkwasser *„hamstern“*! Die BILD empfiehlt auf einer Art Einkaufszettel, pro Person 28 Liter Sprudelwasser einzulagern. Außerdem werden saure Gurken und Dosenpfirsiche als Notvorrat vorgeschlagen. Ich versuche mich daran zu erinnern, wie viele Tonnen

genießbarer Lebensmittel in deutschen Haushalten pro Jahr weggeworfen werden.

Einige Hersteller sind bereits aufmerksam darauf geworden, dass sich mit lange haltbaren Lebensmitteln viel Geld verdienen lässt. Die einschlägigen Onlinever-sandhandel achten neben hipem Design nicht mehr nur auf maximalen Nährwert bei geringem Gewicht und Packmaß. Prepper können auch ernährungsbe-wusste Vegetarier sein. Schonend gefriergetrocknete Gemüsekompositionen, Bio-Dosenlyoner und Volleipulver aus artgerechter Bodenhaltung gehören längst zu den Klassikern des Sortiments. Inzwischen werden aber auch extrem langlebige Gemüsesamen samt Pflanzanleitung und Biozertifikat angeboten. Die Haltbarkeit ist selbstredend nach wie vor die Königs-disziplin des Sicheren Essens: Bis zu 20 Jahre sollen sich die angebotenen Nahrungsmittel lagern lassen. Ein persönlicher Nahrungsmittelvorrat ist laut der Hersteller in der aktuellen wirtschaftlichen und politischen Lage unverzichtbar: Er verspricht Unab-hängigkeit im Krisenfall. Bei akuter Lebensmittelknappheit würde sogar eine Wertsteigerung eintreten. Eine sichere Investition

Survival Psychologie

Andere wollen sich auf Dosennahrung nicht verlassen. Im Falle eines INCH-Szenario zählt nicht Kaufkraft sondern Können. Der Notfallrucksack wird im Sprachgebrauch der Prepper zum sogenannten Fluchtrucksack. Aber nur mit Zelt und Schlafsack kann man selbst im mitteleuropäischen Forst nicht dauerhaft



überleben. Neben den passenden Items der Krisenvorsorge braucht es Kenntnis. Survivalguide Konarek bietet auch offline Überlebenstrainings an, die sich in ihrer Wortwahl an preppende Vorsorger richten: *„Wenn Sie in die Situation geraten ihre schützenden vier Wände zu verlassen.“* Konarek zeigt, wie man sich eine regendichte Laubhütte baut, Feuer macht und essbare Pflanzen erkennt. Der zweitägige Survival-Workshop im Schwarzwald inklusive sogenannter *„Survival-Psychologie“* ist für 800 EUR zu haben.

Ich frage meinen Bekannten Markus, der seit vielen Jahren Wildnispädagoge ist, nach einer Einschätzung. Mal ganz abgesehen davon, dass es in Deutschland überhaupt keine Wildnis gibt, würde einen ein Unterstand aus Laub und der Genuss der richtigen Insekten tatsächlich dazu befähigen, längerfristig ohne die zurzeit existierende Versorgungsstruktur zu überleben? Markus lacht ziemlich lange und schätzt schließlich *„Skills sind höchstens 50 Prozent“*. Überlebenstechniken wie Feuer machen oder Wild- und Heilkräuter erkennen, seien zwar wichtig, viel herausfordernder sei es aber, mit einer Gruppe von Menschen auszukommen, auf die man plötzlich angewiesen ist. Außerdem würde es sowieso nicht lange funktionieren trotz der Wildnis zu überleben, man müsse sich auch an ihre Rhythmen halten. Statt gegen die Natur anzukämpfen, mit ihr zu gehen. Zum Katastrophenschutz gehören also auch Soft-Skills – davon ist in der Prepper Szene selten die Rede. Blum hat mir erklärt, in einer solchen Situation seien kompetente Führungspersönlichkeiten gefragt, die

Aufgaben verteilen, die Gemeinschaft zusammenhalten und falls nötig auch Querschläger von der Gruppe absondern: *„Ich weiß, das hört man nicht gern, das hört sich nicht schön an, aber alles andere ist naiv.“* Markus ist da anderer Meinung. Um in einer Gruppe wirklich widerstandsfähig zu sein, bräuchte man die Fähigkeiten jeder Einzelnen. *„Einen solchen Umgang muss man üben ... und das ist ehrlich gesagt viel schwerer zu lernen, als ohne Feuerzeug Feuer zu machen.“*

Mit dem Heftchen An alles gedacht mit Max & Flocke sollen Eltern, die mit Vorsorge nichts am Hut haben, über ihre Kinder erreicht werden. Mit Comics und Kreuzworträtseln wird spielerisch an den Krisenfall herangeführt.

Katalin Kuse
studiert in
Hildesheim.

Seid euch nicht sicher.

Eine kämpferische Polemik

Die gegenwärtige Debatte zur sogenannten Flüchtlingskrise lässt ein enormes Sicherheitsbedürfnis in unserer Gesellschaft erkennen. Sicherheit für wen, und wogegen? Wer hegt welches Bedürfnis? Wem steht es zu, wem eher nicht? Worum geht es hier überhaupt? Antworten, manche davon ganz einfach, eine Kampfansage gegen Wellness-Flüchtlingshilfe und ein Aufruf zu echter Solidarisierung.

Von Gerda Groß und Human.

Worum geht es in der Debatte zur Flüchtlingskrise? Es geht um die Geflohenen selbst. Sie wollen begrüßt sowie in unser kompliziertes Land und unsere deutsche Sprache eingeführt werden. Es geht und ging, seit Köln, Würzburg, und seit Ansbach noch verschärft, andererseits um die Sicherheit von uns allen und der deutschen Frau im Speziellen. Es wabert – auch bei Gutmeinenden – die Frage durch den Raum, ob unsere durch Aufklärung gestählten kulturellen Werte und unsere abendländische Identität noch zu retten sind angesichts der hohen Zahl der Geflohenen und der kulturellen Übermacht des Muslimischen in dieser Gruppe, oder ob der IS nicht doch die Übernahme Kerneuropas mit den Geflohenen vorbereitet.

Dann geht es natürlich auch um die Sicherheit unseres guten Rufes und unseres Selbstverständnisses als weltoffenes, tolerantes Land. Der leidet, wenn ein durch neoliberale Verwerfungen verängstigtes Kleinbürgertum in Scharen zu Pegida und zur AFD überläuft, im Netz pöbelt, als ob es kein Halten mehr gäbe, oder gleich persönlich am Asylbewerberheim tätig wird.

Und natürlich geht es auch um die Sicherheit unserer Sozialsysteme und unserer Konkurrenzfähigkeit im globalisierten Kapitalismus. Die Ängste unserer er-

schockenen Volksgemeinschaft vor den Horden von Fremden und „Flüchtlingen“ können mit dem Verweis auf den demografischen Wandel und die Verwertbarkeit der Geflohenen beruhigt werden. Die Geflohenen sind eine Reserve-Arbeiter-Armee in demografisch angespannten Zeiten. Noch wissen wir nicht, wo wir sie in der Gesellschaft platzieren sollen, die Fremden, aber es wird unten sein. Zu unserer Sicherheit bleibt der Arbeitsmarkt zum größten Teil geschlossen.

Flüchtlingskrise Weg-Netzwerken:
Verwaltungsapparat

Die Debatte über die „Flüchtlingskrise“ und unsere Sicherheit wogt hin und her. Und je nach medialer Großwetterlage weben unsere Politiker ein dichtes Netz aus Gesetzen. Zu unser aller Sicherheit ist der tiefe gesellschaftliche Verwaltungsraum von verschiedensten Grenzen, Lagern und Aufenthaltsabstufungen, Wohnsitzauflagen und Arbeitsmarktzugängen durchzogen. Je nach Herkunft, Alter, Volkszugehörigkeit, Datum, Ort der Ein- oder Durchreise oder Art und Ort der Verwaltung. Das bayerische Integrationsgesetz ist nur ein weiterer Meilenstein in dieser Entwicklung. Der Kontinent und das Land: keine Festung. Ein von tausenderlei Grenzen gesichertes Territorium.

Administrativ wird das Fremde in Schach gehalten, wo es nur geht. Aber ist das genug? Nach all den Strapazen und dem Mut, der aufgebracht werden musste, um in das gelobte Zentrum Deutschland zu gelangen, braucht es uns nicht zu wundern, wenn immer mehr Geflohene ausrasten angesichts der eingeschränkten Lebensperspektiven. Das Leben wird bürokratisch auf nahe Null gestellt. Dauerwarteschleife. Unsere Sicherheit steht auf Messers Schneide. Was ist, wenn immer mehr Flüchtlinge bemerken, welch perverses Spiel mit ihnen gespielt wird?

Wer kann uns da noch helfen?

Hier kommen unsere HelferInnenkreise und Patenprojekte ins Spiel. Ehrenamtliche, die Flüchtlinge willkommen heißen möchten, und der fixen Idee anhängen, sie integrieren zu können. Die Ehrenamtlichen sind der Puffer zwischen den rassistischen und diskriminierenden Gesetzen der Republik und den Flüchtlingen. Wären die Helferinnen- und Helferkreise nicht, würden die Flüchtlinge sich in unberechenbare Zombies verwandeln. Ihr Leben wird

durch einige Runden auf dem Fahrrad im Chiemgau oder einen Ausflug auf Herrenchiemsee versüßt. Sie bekommen das Leben, das sie sich erträumt haben. Doch hinter der Fassade verbirgt sich etwas anderes: Die Ehrenamtlichen im Flüchtlingsbereich lassen sich zunehmend von Staat einspannen und agieren als Agentinnen und Agenten des kulturell reinen Volkskörpers. Etwas Besseres hätte dem Staat nicht einfallen können. Eine Armee von humanitären Missionarinnen und Missionaren, die den Fremden in den richtigen Umgang mit Wertstoffen, der deutschen Frau oder den allmächtigen Behörden einweisen. Das Integrationsziel wird im vorausseilenden Gehorsam und kostenneutral erreicht. Wir schaffen das.

Der Biomacht entfliehen

Welche Gefahr von den Flüchtlingen ausgeht, haben sie beim Hungerstreik auf dem Münchner Rindermarkt im Jahr 2013 unter Beweis gestellt. Die Gefahr war für die Flüchtlinge größer als für die staatliche Seite. Ihr nacktes (Über)Leben stand auf dem Spiel. Sie hatten gleichzeitig für kurze Zeit die Macht über ihr biologisches Dasein wieder in den Händen und wollten nicht unterworfen sein. Vor der Auflösung des Hungerstreiks war die Position der Flüchtlinge im Diskurs nicht sichtbar, sie wurde

ausgeblendet. Sie haben durch eine intellektuelle Infragestellung des Lagerlebens das Erreichen wollen, was die weißen Unterstützerinnen und Unterstützer nicht zerstören konnten. Und nun war der Bruch da. Die Bemühungen des Bayerischen Flüchtlingsrats können hier als ein gelungenes Beispiel des Scheiterns betrachtet werden. Die Verbesserung der Flüchtlingspolitik ist ihm in diesem Fall nicht gelungen. Er hat als Vermittlungsinstanz gewirkt und gleichzeitig die Ziele der Flüchtlinge nicht artikulieren können/wollen.

Das hat zwei Gründe: Die Flüchtlinge sprechen nicht, über sie wird gesprochen. Das Gesprochene des weißen Unterstützerkreises, wozu auch der Flüchtlingsrat zählt, wird nach außen getragen. Dabei ist jedoch wichtig, seine eigene Position nicht zu schwächen. Auf der anderen Seite zeigt das Scheitern des Hungerstreiks die totale Niederlage der antirassistischen Bewegung in Bayern.

Nach jahrelangem Anrennen gegen Residenzpflicht, Lagerleben und Essenspakete wurde nach diesem Ereignis zwar kurz alles scheinbar besser. Der Hungerstreik war nicht nur für die bayerische Staatsregierung ein Schock, sondern

auch für jene, die sich für Flüchtlinge eingesetzt haben. Denn es war nie damit zu rechnen, dass die Subalternen sich ihrer eigenen Stimme bedienen. Nach der nationalchauvinistischen Diskursverschiebung wurde in kürzester Zeit alles noch viel schlimmer. Egal wie viele HelferInnenkreise und Ehrenamtliche sich nun an der Flüchtlingsfront abrackern. Die Bewegung ist nicht gewachsen, sie ist nicht stärker, sondern schwächer denn je. Es fehlen wieder die Betroffenen.

Diszipliniert muss werden

Und nun fragt sich die Redaktion sowie die Leserinnen und Leser der *Hinterland*, was das mit dem Titel der Ausgabe #32 *Sicherheit* zu tun hat. Es hat Einiges damit zu tun. Denn durch das Scheitern der Flüchtlinge können wir uns in Sicherheit wiegen. Die Sicherheit der Politik, die Bandagen der Flüchtlingspolitik noch härter anzuziehen. Das Elend der Welt wird sich nie wieder am Hauptbahnhof Rosenheim oder München finden. Das nackte Leben darf sich nie wieder zeigen, während sich die Wies'n-Besucherinnen und -Besucher ihrem Rausch hingeben wollen.

Mit den Verschärfungen des Asylrechts der letzten Monate verdeutlicht der deutsche Staat Michel Foucaults

.....
Freizügigkeit
Für deutsche
Staatsangehörige per
Grundgesetz
garantiertes Recht
auf freie Wahl von
Aufenthalt und
Wohnsitz innerhalb
der Bundesrepublik.
Arbeitnehmerinnen
und Arbeitnehmern
aller EU-Mitglied-
staaten steht es
zudem frei, in
anderen Mitglied-
staaten Arbeit zu
suchen, zu diesem
Zweck dort zu
wohnen, auch nach
Beschäftigungsende.
Sie erhalten vollen
Zugang zu
Arbeitsbedingungen
und Sozialleistungen
des entsprechenden
Landes. Ihren
Familienangehörigen
steht der
Nachzug ebenfalls
frei. DGB-Anzeige
„Faire Mobilität“
.....



Gerda Groß
ist Soziologe,
bio-deutsch und
Sozialarbeiter.

Human ist
assimilierter Aus-
länder und lebt an
der deutsch-öster-
reichischen Grenze.

Beschreibung einer Disziplinargesellschaft. Hinter den Maßnahmen de Maizières „steckt die Angst [...] vor den Aufständen, vor den Verbrechen, vor der Landstreicherei, vor den Dissertationen, vor den Leuten, die ungeordnet auftauchen und verschwinden, leben und sterben.“¹ „Einen Teil der Disziplinar-Agenten stellen wir selbst, die Gutmeinenden und Ehrenamtlichen. Wir sind wieder unter uns, wieder sicher vor komplizierten Fragen und Forderungen.“

Von Niederlage zu Niederlage zum Sieg

Aber seid euch nicht sicher. Die Verdammten dieser Erde dürften keine Zeit mit sterilen Litaneien oder Nachäfferei verlieren. Sie müssen einsehen, dass es in der Vergangenheit auch „die Wilden“ waren, die für ihre Freiheit gekämpft haben. Sie haben den Grundstein für die Menschenrechte, welche heute als eine westliche Erfindung gelten, gelegt.² Es muss die Maske von der Fratze eines Europas gezogen werden, das nicht aufhört, vom Menschen zu reden, und ihn dabei niedermetzelt, wo es ihn trifft. An allen Ecken seiner Straßen, an allen Ecken der Welt. Ganze Jahrhunderte lang. Und ihn heute ertrinken lässt. Das Tun und Sagen der Schmalspur-Bourgeoisie wird keine Früchte tragen. Geflohene sind Menschen, und sie werden merken, dass sie unterworfen werden.

Die Hoffnung beruht nur darauf, dass die Menschen, die fliehen, sich selbst als aktive Subjekte sehen und auch die Macht über ihr Tun und Sagen nicht aus den Händen

Das nackte Leben darf sich nie wieder zeigen, während sich die Wies'n-Besucherinnen und -Besucher ihrem Rausch hingeben wollen

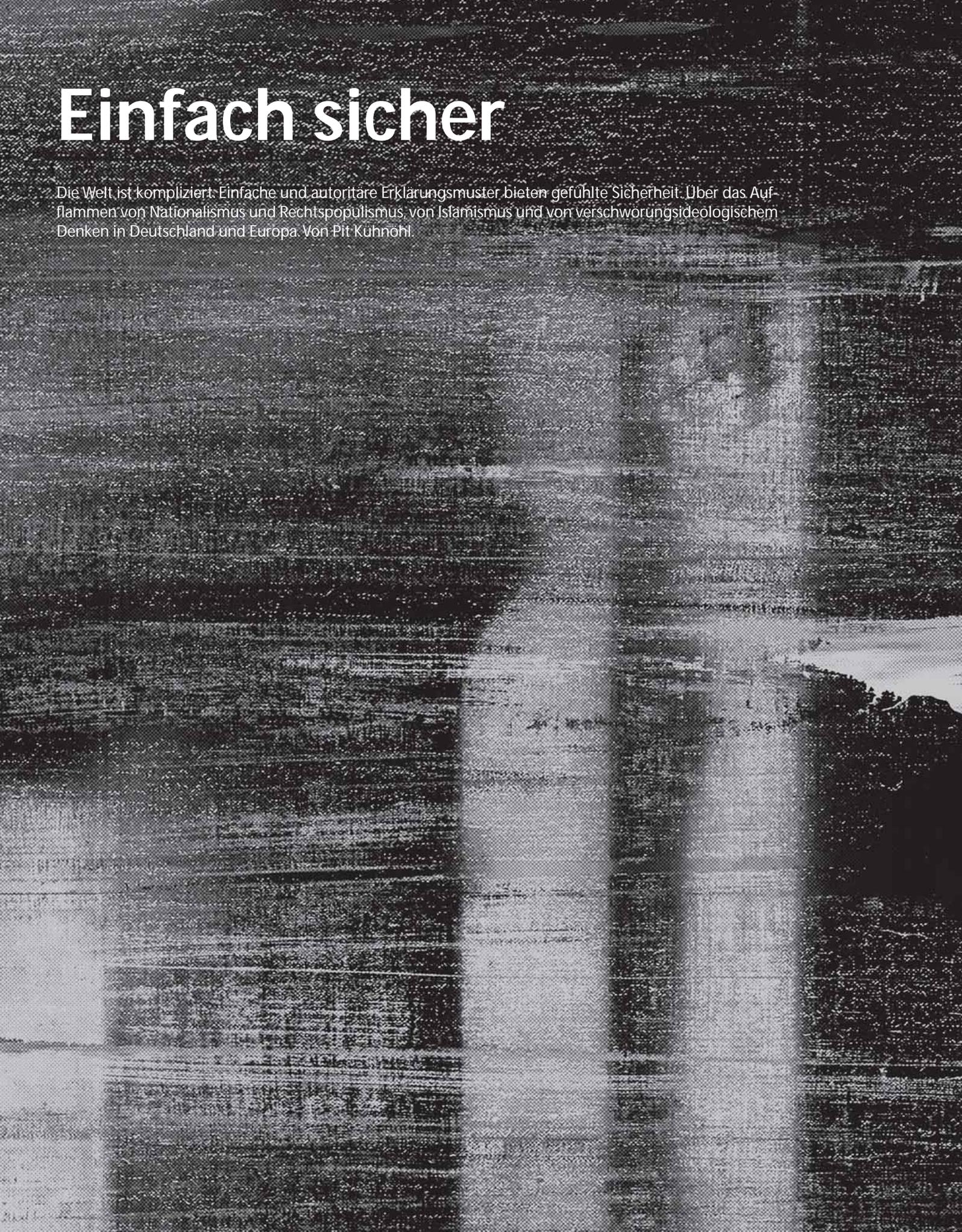
geben. Mit einer Revolution aus den Flüchtlingslagern ist sicher nicht zu rechnen. Aber wir dürfen die Hoffnung nicht aufgeben, dass die Veränderung möglich ist. Sollte die Hilfe von außerhalb der Lager kommen, muss sie ihren neokolonialen Blick und den Unterwerfungszwang abschütteln. Sie muss sich wirklich mit den Flüchtlingen solidarisieren. Sie muss die rassistischen, menschenverachtenden Vorgaben und Gesetzen wegfegen. Wenn das nicht gewollt ist, dann müssen wir uns nicht wundern, wenn die Flüchtlinge sich wehren werden. Ihr Kampf ist unser Kampf. Die Experimente an Flüchtlingen werden mit Zeitverzögerung den anderen Prekarisierten und später der noblen Mitte der Gesellschaft serviert. Friss oder stirb, heißt es dann. Nur, dass der Mob sich nicht gegen die Ungerechtigkeit erhebt, sondern gegen die Untersten der Gesellschaft. Sowohl gegen die religiös als auch gegen die national motivierte Faschisierung hilft vor allem eine kämpferische antirassistische Bewegung, die von den Geflohenen her gedacht und von diesen ausgehen muss. Denn sie sind und waren ihre ersten Opfer. Das muss sich ändern. Zu unser aller Sicherheit.<

¹ Michel Foucault: *Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses*. Frankfurt/M. 1976, S. 254.

² Vgl.: Franz Fanon: *Die Verdammten dieser Erde*. Frankfurt/M. 2008, S. 239.

Einfach sicher

Die Welt ist kompliziert. Einfache und autoritäre Erklärungsmuster bieten gefühlte Sicherheit. Über das Aufkommen von Nationalismus und Rechtspopulismus, von Islamismus und von verschwörungsideologischem Denken in Deutschland und Europa. Von Pit Kühnöl.



Die Welt ist ein komplizierter und schwer zu durchschauender Ort. Reale wie irreal Bedrohungen suchen das Individuum und das Kollektiv heim. Eine Lösung dieser Fragen, sichere Antworten scheint es nicht zu geben. Auf der einen Seite sind die realen Bedrohungen des kapitalistischen Systems, das nicht nur in den Ländern der sogenannten Dritten Welt oder in der europäischen Peripherie Armut schafft, sondern auch in den wohlhabenden Ländern. Neben den dort bisher immer schon von Armut bedrohten prekär Beschäftigten, Arbeitslosen und alten Menschen wird auch die sogenannte Mittelschicht, der das kapitalistischen System bisher ein gutes Leben und positive Zukunftsperspektiven ermöglicht hatte, zunehmend von sozialem Abstieg bedroht. Der Weg nach unten scheint ein kürzerer als der nach oben – und ein drohender.

Auch die elementaren Ängste um Leib und Leben wachsen. Die regelmäßigen islamistischen Anschläge erfüllen das Ziel der Terroristen, Angst in Europa zu schüren – von den Ängsten und konkreten täglichen Bedrohungen, denen die Menschen in den muslimischen Ländern durch islamistische Terrororganisationen und diktatorischen Regierungen ausgeliefert sind, ganz zu schweigen. Und die in Europa lebenden Muslime sehen sich mit einer wachsenden physischen Bedrohung durch den Rechtsextremismus und sogenannte „besorgte Bürger“ konfrontiert. Dass so Ängste und ein Unsicherheitsgefühl aufkommen, ist ebenso logisch wie trivial.

Irrationale Ängste

Auf der anderen Seite bilden aber viele Menschen irrationale Ängste aus. Ängste vor dem Neuen, vor den Veränderungen, die durch soziale Entwicklungen und gesellschaftlichen Fortschritt aufkommen. Männer ängstigen sich vor Frauen, die plötzlich nicht mehr nur Gebärmaschinen für den Volkskörper oder Modepüppchen zur männlichen Triebabfuhr sein wollen. „Besorgte Eltern“ ängstigt es, dass ihre Kinder in der Schule erfahren könnten, dass es neben der heterosexuellen Zweierbeziehung auch noch andere Lebens- und Liebesentwürfe gibt. „Besorgte Bürger“ ängstigen sich um das Abendland, wenn Menschen hierher fliehen – fliehen vor Kriegen, vor Diktatoren, die Europa unterstützt hat, vor dem Hunger und der Armut, die den europäischen Wohlstand mitbegründet

haben. Und diese Ängste äußern sich nur allzu oft in gewalttätigen Aktionen.

Doch sind dies noch gar nicht die irrationalsten Ängste, die man finden kann. Ein Blick in diverse Internetforen, ein Gespräch auf der Straße, und man trifft auf die absurdesten Ängste: Angst vor Frauen, die Fußballspiele kommentieren, Angst vor Impfungen, vor Barcodes auf Lebensmittelverpackungen oder vor Kondensstreifen von Flugzeugen. Diese Ängste scheinen oftmals schwerer auf den Seelen zu lasten als die objektiven Bedrohungen durch Armut, Arbeitslosigkeit und Terror.

Auf der Suche nach einfachen Erklärungen

In dieser komplexer werdenden Welt, als Antwort auf die genannten Ängste, machen Menschen sich auf die Suche nach immer einfacheren, um nicht zu sagen unterkomplexen Antworten. Eine Möglichkeit der

einfachen Antworten besteht darin, sich eine greifbare Ursache für seine Ängste zu suchen – einen Sündenbock – und sich in einer Gruppe als Schutz vor diesem zu verbinden, diesen zu bekämpfen. „*Es ist immer möglich, eine größere Menge von Menschen in Liebe*

aneinander zu binden, wenn nur andere für die Äußerung der Aggression übrig bleiben“, schrieb Sigmund Freud in *Das Unbehagen in der Kultur*. Und diese „Anderen“ können diejenigen sein, die nicht zur Volksgemeinschaft dazugehörig gesehen werden, können sogenannte „Ungläubige“ sein oder irgendwelche herbei phantasierten „dunklen Mächte“.

So verwundert es wenig, dass rechte und nationalistischen Einstellung, Homophobie und auch Antisemitismus in Deutschland weit verbreitet sind, wie die jüngsten *Mitte-Studien* der Universität Leipzig erneut zeigen. Diese Einstellungen liefern als Antwort „den Anderen“, den Gegner. Doch nicht nur hier. Die Wahlergebnisse des Front National in Frankreich, der FPÖ in Österreich oder der PiS in Polen zeigen dies ebenso – von den Entwicklungen in Ungarn, Russland oder der Türkei ganz zu schweigen. Trotz der Unterschiede und Besonderheiten der einzelnen Länder, bieten all die genannten Parteien und Regierungen ihren Wählern das vage Versprechen einer homogenen Gesellschaft und einer starken Nation. Einer

Der Weg nach unten scheint ein kürzerer als der nach oben – und ein drohender

.....
Security
Englisch für „Sicherheit“, aber im Gegensatz zu safety (ebenfalls „Sicherheit“) bezeichnet security in den meisten Fällen die Sicherung der Allgemeinheit vor dem Individuum, nicht die Sicherung des Individuums vor Gefahr. Der politische Linguist freut sich. „Security“ und „Securities“ sind im deutschen Sprachgebrauch in erster Linie Menschen und Organisationen, deren Aufgabe die oben erwähnte Sicherung der Allgemeinheit vor dem lästigen Individuum ist, beispielsweise in Geflüchtetenlagern.
.....

Gesellschaft, in der das biologisch oder kulturell bestimmte „Volk“ sich mit seinem Anführer gegen das bedrohliche „Fremde“ verbinden sollte und so vor den Widrigkeiten der Welt gefeit sei.

Nationalismus und Rechtspopulismus

Nationalistisches Denken ist eine der einfachen Antworten auf die Probleme der komplizierten Wirklichkeit. Und diese ist denkbar simpel: Grenzen schließen, Abschottung, Homogenität, Volksgemeinschaft statt Demokratie. Nationalistisches Denken gibt sich antikapitalistisch und den Menschen zugetan, ist jedoch nur antiglobalistisch und begrenzt. Es trennt, so wie einst die Nationalsozialisten zwischen angeblich gutem „schaffenden“ Kapital und bösem „raffenden“, zwischen den guten nationalen Kapitalisten und den bösen internationalen – als würde die Armut beendet werden, wenn die arbeitenden Massen nur noch von einheimischen Firmen ausgebeutet würden.

Nationalistisches Denken sieht alle Probleme der Gesellschaft als von außen gekommene. Kriminalität gab es folglich nicht, bevor Flüchtlinge mit Smartphones kamen, Homosexualität und Frauen, die ihren Männern nicht gehorchen, gab es nicht bevor „rotgrün-versiffte Gutmenschen“ die alten Werte zerstört haben. Der Nationalismus und der Rechtspopulismus sehnen sich eine Gesellschaft herbei, in der scheinbar klarere Verhältnisse herrschten – und keine Unsicherheiten die eigenen Privilegien bedrohten.

Doch nicht nur Rechtsextremisten und Rechtspopulisten erhoffen sich die Lösung aller gesellschaftlichen Probleme in der Rückbesinnung auf ein nationales und völkisches Ideal. Auch immer mehr linke Bewegungen und Parteien greifen eine nationalistische Rhetorik auf. Ob Podemos in Spanien, der neue britische Labour-Vorsitzende Corbyn oder die Linken Parteivorsitzende Wagenknecht – sie sprechen denselben Jargon wie die Rechten: „Die Nation gegen die Oligarchie, die Heimat gegen die Finanzelite, das Volk gegen die da oben“, wie es der Soziologe Didier Eribon im Interview mit der *Zeit* beschreibt. Der linke Nationalismus stellt sich gegen eine als kalte Vollstreckerin eines grenzenlosen Neoliberalismus angeprangerte EU und phantasiert dabei von Demokratie, wenn er eigentlich eine

abgeschottete Volksgemeinschaft meint. Besser als ein rechter Nationalismus ist das auch nicht.

Islamismus

Eine andere einfache Antwort ist der Islamismus. So wie aktuelle Faschismustheorien zwei Elemente – einmal das Erleben der Gesellschaft als moralisch verkommen und zum anderen den Traum einer 'reinen' Wiedergeburt – als elementar für rechtes Denken ansehen, so wird bei der Analyse des islamistischen Fundamentalismus dasselbe Schema sichtbar. Er sieht die Welt als moralisch verkommen an, weil sie sich von einer angeblichen „reinen Lehre“ des Islams entfernt habe. Schuld sei in diesem Fall der „verkommene Westen“ und diejenigen Muslime, die sich nicht an die angeblich richtige Auslegung des Korans halten – also je nach Sichtweise einmal Schiiten oder Sunniten, und immer religiöse Minderheiten wie die Jesiden.

Der Unterscheid zwischen Gewalttaten, die aus dieser Ideologie entstehen und nationalistischen liegt darin, dass sich die nationalistischen vor allem gegen Minderheiten richten, wohingegen aber die islamistischen Attentate die Bevölkerung generell treffen wollen. Insbesondere aber auch all jene, die sie als eben moralisch verkommen ansehen: Homosexuelle, Menschen, die feiern oder ihre Sexualität ausleben und natürlich alle, die sich vom Glauben abwenden. In seiner paranoiden Sorge um Sexualität, Familie und seinem Frauenbild ähnelt der Islamismus dem Rechtsradikalismus und dem christlichen Fundamentalismus allerdings sehr.

Verschwörungsideologien

Der Glaube an allumfassende Verschwörungen und Komplotte ist sowohl eine der vorherigen Ideologien verbindende Komponente, als auch eine eigene Kategorie. Verschwörungsideologie ist eine Art säkularisierte Religion, die nicht mehr einen allmächtigen Gott, sondern eine allmächtige, kleine Gruppe als Ursache aller Dinge, vor allem aber allen Übels, ausmacht. Sie gibt simplifizierte Antworten auf komplexe gesellschaftliche, politische und ökonomische Vorgänge und eröffnet die Möglichkeit, einen angeblichen „Sinn hinter dem Chaos [zu] erkennen“ zu können, wie es der Psychologe und Experte für

Diese Einstellungen liefern als Antwort „den Anderen“, den Gegner



Verschwörungstheorien, Sebastian Bartoschek, schreibt. Denn jegliche kapitalistischen Krisen, jeglicher gesellschaftlicher Wandel und selbst Naturkatastrophen können so als das Werk einer geheim agierenden Elite imaginiert werden, die im Verborgenen an der Unterjochung der Bevölkerung arbeitet. Die Lösung aller Probleme ist sehr einfach: Die beschuldigte Gruppe muss entfernt werden.

Einer kleinen Gruppe mit perfiden Plänen die Schuld zu geben, erspart einem natürlich eine komplizierte tiefgreifende Analyse systemischer Zusammenhänge. Einen Sündenbock zu finden, erspart einem, sich kritisch mit den komplizierten Zusammenhängen und Wechselbeziehungen des kapitalistischen Systems zu befassen. Denn diese Analyse könnte ja am Ende dazu führen, dass man seine eigene Verantwortung und seine eigene Rolle in diesem System nicht leugnen kann, dass es keine einfache Aufteilung in „Gut“ und „Böse“ gibt – doch eigene Verantwortung und Komplexität sind nunmal nicht mit dem Bedürfnis nach Sicherheit kompatibel.

Ein Aufbegehren gegen die Moderne

Der verbindende Kernaspekt dieser drei Ideologien ist die Ablehnung der Moderne. Die Moderne (und die Postmoderne mit ihr) ist mit radikalen Veränderungen verbunden, mit Kapitalismus und technischem Fortschritt, mit Freiheiten und Menschenrechten. Doch der Kapitalismus schafft den Wohlstand bekanntermaßen nur für wenige und bedeutet für viele andere Armut; der technische Fortschritt kann nicht nur das Leben verbessern, sondern es auch komplett vernichten. Freiheit bedeutet immer auch Selbstverantwortung und Unsicherheit. Die Menschenrechte scheinen gefühlt immer nur die Verbesserung für andere (Frauen, Homosexuelle, Geflüchtete) zu sein, aber sonst ein Angriff auf die einstigen Privilegien – denn wenn man als prekär beschäftigter Deutscher oder als arbeitslose Deutsche schon nichts zu lachen hatte, so konnte man sich wenigstens daran hochziehen, dass man ja qua Geburt besser sei als andere.

All die modernen Errungenschaften werden abgelehnt und entweder als Verschwörung einer neoliberalen Politik, die „das Volk“ unterdrücken soll oder als Werk des Teufels betrachtet – je nachdem, ob aus rechtsradikaler oder aus islamistischer Sicht.

Anti-Moderne und Antisemitismus

Ebenso richten sich Nationalismus und Rechtsradikalismus, Islamismus und Verschwörungsideologie nicht nur gegen die Moderne an sich, sondern immer auch gegen deren angebliche Personifizierung: gegen die Juden. Schon beim Aufkommen der nationalistischen Bewegungen im Europa des 19. Jahrhunderts waren die Jüdinnen und Juden, neben dem Fremden von außen, das Andere im Inneren, das die Nation als „Negation der Negation“ (Hegel) gebraucht hat, um sich in Abgrenzung dazu konstituieren zu können. Dieses Feindbild hält sich bis heute in der nationalistischen Ideologie.

Die islamistischen Attentäter in Europa – und natürlich die wöchentlich stattfindenden palästinensischen Attentate in Israel – haben auch meist jüdische Ziele, so wie den jüdischen Supermarkt oder das Bataclan-

Theater. Verschwörungsideologien sind der Inbegriff (strukturell) antisemitischen Denkens. Die Imagination einer kleinen mächtigen Gruppe führt gedanklich schnell zu den angeblich jüdisch kontrollierten USA, einer jüdischen Finanzelite oder ganz klassisch zur jüdisch-

bolschewistischen Weltverschwörung, von der schon die Nazis phantasierten. Dass aus solchen Wahnvorstellungen Eliminationswünsche folgen, sollte spätestens seit der Shoah bekannt sein. Wie Sartre in *Überlegungen zur Judenfrage* schrieb: „*Was der Antisemit wünscht und vorbereitet, ist der Tod des Juden.*“ Und der Antisemitismus ist die personifizierte Ablehnung der Moderne.

Psychologischen Aspekte

Doch woher kommt diese Ablehnung der Moderne? Woher kommt diese Angst? Hinter dem Glauben an Verschwörungstheorien, an die Nation oder einen Gott als Heilsbringer, steht meist eine „geringe Selbstwirksamkeitserfahrung“ – also das Bedürfnis „einfacher mit Unsicherheiten klarzukommen“ (Bartoschek). Bei den Gläubigen ist das Gefühl eigener Kompetenz und Macht nur sehr schwach ausgebildet, sie fühlen sich, als würden sie ihr Leben nicht selber in der Hand halten. Besonders anfällig sind hierfür Männer, die sich „marginalisiert“, also sozial und ökonomisch ausgestoßen fühlen.

Und der Antisemitismus ist die personifizierte Ablehnung der Moderne

Pit Kühnühl
*ist Politikwissen-
schafiler und (rein
wissenschaftlich)
fasziniert von
absurden Ver-
schwörungstheorien.*

Und diese sich marginalisiert fühlenden Männer suchen sich nun in krankhaften (pathischen) Projektionen andere Körper, die sie in der Phantasie – oder später auch in der Realität – an ihrer Statt leiden lassen wollen. Das heißt also: Das kapitalistische System, die moderne Gesellschaft, verweigert diesen marginalisierten Männern die Erfüllung ihrer Wünsche, lässt sie nicht daran teilhaben, womit es sie täglich lockt. Die wunderbare Warenwelt der Werbung lacht aus gephotoshopten Prospekten, doch ist für sie nicht erreichbar. Die Welt wächst zusammen und steht scheinbar allen offen, doch sie bleiben in ihrem Kiez, ihrem Kaff oder ihrem Banlieu gefangen – ohne berufliche Perspektiven, ohne soziale Aufstiegschancen, ohne Zukunft. Diese Nichterfüllung ihrer Triebwünsche (à la Freud) und die eigenen Machtlosigkeit in dieser Situation führen zur Unlustabfuhr am anderen Objekt. Den eigenen Schmerz und die eigene Machtlosigkeit soll nicht der eigene Leib erleiden, sondern die Körper der anderen; der eigene Schmerz wird in pathischer Weise auf andere übertragen (projiziert), ihnen mit der sonst fehlenden Macht aufgezwungen. Und Nationalismus, Islamismus und Verschwörungsideologien bieten das einfache Freund-Feind-Schema, in dem es einen Schuldigen und somit ein Ziel für die pathische Projektion gibt.

So stellt es psychologisch betrachtet keinen Unterschied dar, ob jemand mit dem LKW in eine Menschenmenge rast, im syrischen Grenzgebiet Kurden erschießt oder in einer Gruppe Hooligans auf Flüchtlinge einprügelt. Da sind sich der Rechtsradikale und der im Westen agierende Dschihadist gleich. Beide sind hier geboren, fühlen sich aus verschiedenen Gründen sozial und ökonomisch marginalisiert, haben kleinkriminelle Laufbahnen hinter sich. Und beide finden schließlich in ihren Ideologien ein sogenanntes *redemption narrative*: Das Versprechen nach Erlösung, das ihnen erlaubt, ihre nihilistische, zerstörerische Ader nun für ein vermeintlich gutes und höheres Ziel weiter ausleben zu dürfen. Dafür müssen sie nicht einmal einer Gruppe zugehörig sein, sondern können sich alleine durch ihre Taten als Teil dieser fühlen.

Wirtschaftliche Ursachen

Auch ganz banale, an sich behebbare Gründe gibt es für die Marginalisierung und die damit verbundene Zuwendung zu autoritären Ideologien. Waren es einst die linken Parteien, die es sich zur Aufgabe gemacht hatten, die sozial und ökonomisch Marginalisierten zu vertreten und sich für sie einzusetzen, so sind es gerade diese linken Parteien, die sich nun zu den stärksten Vorkämpfern einer neoliberalen Wirtschafts-

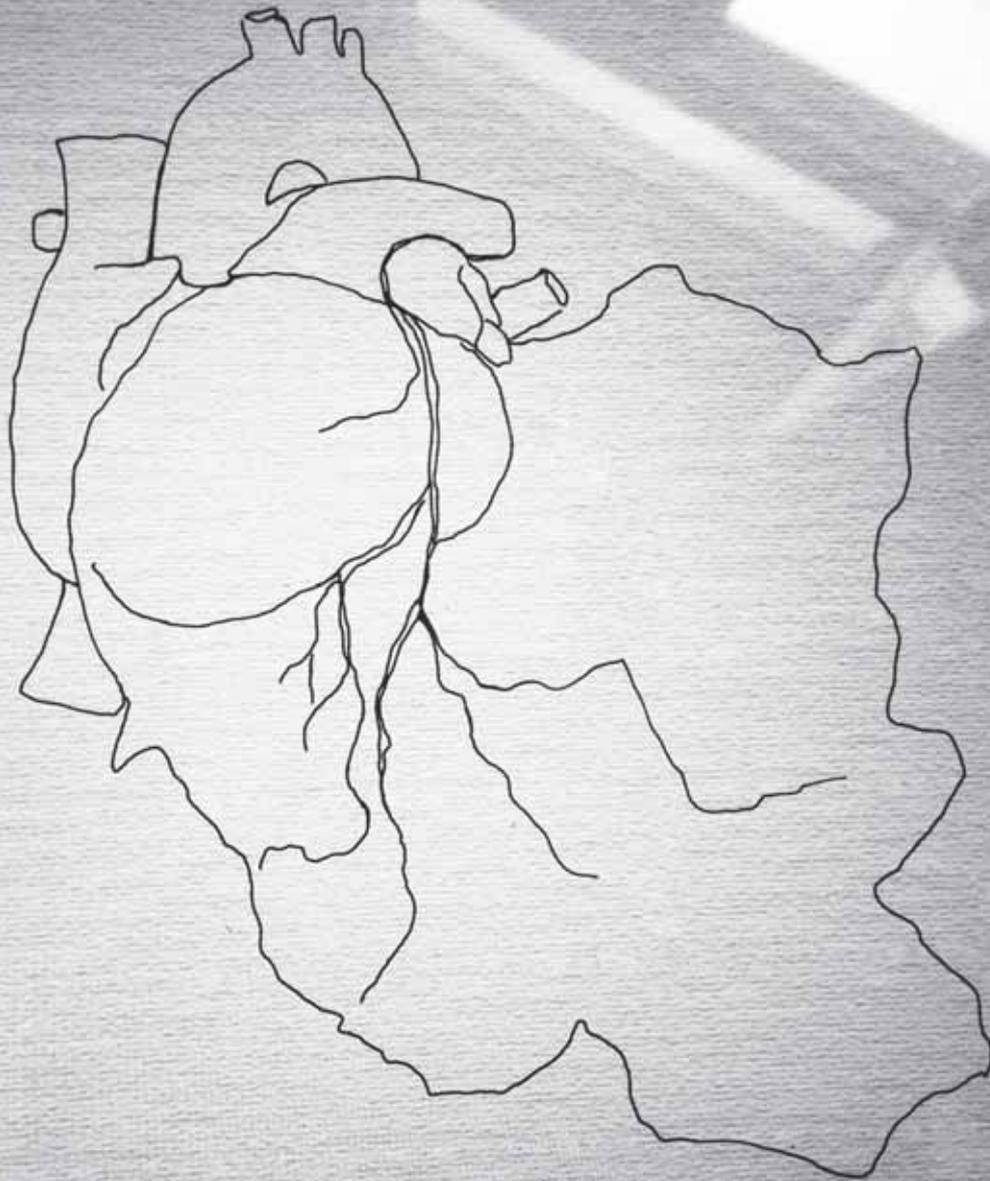
politik gemacht haben – sei es die deutsche Sozialdemokratie mit der Agenda 2010 oder die französischen Sozialisten mit ihren aktuell geplanten Arbeitsmarktrefor-
men. Viele derjenigen, die diese linken Regierungen gewählt hatten, fühlen sich nun verraten, sie fühlen

sich in eine sozial unsichere Situation gedrängt. Ihre Anliegen kommen im politischen Diskurs schlicht nicht vor.

Doch nun treten nationalistische und rechtspopulistische Parteien auf die Bühne und geben vor, sich um diese Menschen zu kümmern. Was haben die Marginalisierten zu verlieren? Und sei es, dass sie durch die Wahl der rechten Parteien einfach nur Aufmerksamkeit bekommen. Auch die jungen Menschen, die sich in Europa dem Islamismus zuwenden, sei es durch Anschläge in Europa oder durch den Kampf in Syrien, gehören dieser marginalisierten Gruppe an. Weder konnte ihnen die Gesellschaft eine ökonomisch abgesicherte Zukunft – oder überhaupt eine – bieten, noch sie integrieren; sie waren immer ausgeschlossen, egal wie lange sie hier lebten. Was haben sie denn zu verlieren, wenn ihnen als Wiedergutmachung für die leiderfüllte Welt im Diesseits das sichere Paradies im Jenseits versprochen wurde?

Mag die Welt auch unsicher sein, so gibt diesen marginalisierten Menschen das Versprechen, einer höheren Berufung anzugehören, zumindest das Gefühl von Sicherheit, das Gefühl das Richtige zu tun, so falsch es auch immer ist.

Was haben die Marginalisierten zu verlieren?



wafa wartet

sie war meine frau, krankenschwester und kurdin, wie ich aus kermanschah.
die einzige tochter der familie, neben drei älteren brüdern.
kaum war wafa in deutschland, schloß sie sich unserer revolutionären bewegung an. mit mir organisierte sie die
herausgabe unserer illegalen zeitung.
bald waren wir liebende.
in hamburg wohnte sie erst in der wohnung der beiden brüder und begann in einer fabrik zu arbeiten.
von ihrem lohn legte sie immer ein taschengeld für mich beiseite.
nachdem wir geheiratet hatten, bezogen wir ein kleines apartment.
es ist freitag abend, samstags arbeitet sie nicht.
die redaktionelle arbeit für die zeitung haben wir tags zuvor abgeschlossen und die vorlage einem deutschen
genossen übergeben, der die kontakte zu der druckerei hat.
ich warte zuhause auf wafa.
sie kommt und verschwindet in die dusche.

ich wärme ihr essen und trage es auf.
mit nassem haar kommt sie aus dem bad, zieht sich an und schenkt mir ein lächeln.
nach dem essen will ich abräumen.
wafa nimmt meine hand und beschließt, daß wir spazieren gehen.
- wir können später abspülen.
nach einem langen spaziergang fragt sie, ob wir ein bier trinken.
wir betreten unsere stammkneipe und suchen eine ecke.
sie verlangt von mir eine münze und wirft sie in die musikbox. meine frau kehrt zu mir zurück, nimmt meine hand und führt mich zu der kleinen tanzfläche.
bei dem tango kriecht sie in meine arme und neckt mich wegen falscher schritte.
so eng wir auch verbunden sind, beginnt sie bald davon zu sprechen, daß sie nach teheran zurück will.
- daher ist es auch nicht ratsam, öffentlich aufzutreten.
natürlich hat SAVAK, unser geheimdienst, überall seine informanten.
- wir müssen zurückkehren; nur dort können wir die revolution vorbereiten.
auch zu mir ist sie streng und meint, ich solle nicht im ausland bleiben.
- wenn ich erst zuhause bin, kann ich auch deine rückkehr vorbereiten.
sie weiß, daß ich seit jahren gesucht werde.
schließlich kehrt wafa mit ihrem iranischen paß nach teheran zurück.
nun verbinden uns briefe, über kuriere oder in unsichtbarer tinte –
sie sind lange unterwegs.
anfang 1976 schreibt wafa, sie komme bald nach deutschland.
ihr bruder mohammad ruft an:
- komm nach hamburg, sie ist unterwegs.
rom-hamburg, das ist eine lange fahrt, eine ewigkeit.
am bahnhof wartet mohammad.
- ich habe für euch ein zimmer besorgt in blankenese, mit blick auf das wasser.
wir beide wissen, was wafa liebt.
er steckt die blumen in eine vase.
- du bist gerade angekommen. ruhe dich aus, ich hole sie ab.
ich öffne meine tasche, hole wafa raus in einem schlichten rahmen, stelle ihn auf den tisch und betrachte meine frau.
ein bild drängt sich auf.
vor der abtreibung in einer hamburgener klinik, ihre augen voller tränen.
- ich wollte ein kind von dir.
das hat sie immer gesagt, das hat sie sogar mit unsichtbarer tinte geschrieben.
hat die illegale arbeit sie älter gemacht? und die hinrichtung einiger genossen – wie hat sie das verarbeitet?
schließlich konzentriere ich mich auf angenehme bilder.
ihr lächeln, die umarmung, ihr kurdischer akzent, der mich nach kermanschah trägt.
mohammad betritt das zimmer.
- ich habe mit teheran telefoniert: wafa kommt nicht, eine dringende aufgabe hält sie zurück.
er begleitet mich zum bahnhof.
der zug bringt mich nach rom zurück.
nur einige monate später wird wafa verhaftet.
kein kuß mehr.
dann überrascht uns die islamische revolution –
die nicht unsere war.
jetzt kehre auch ich nach hause zurück, legal.
in teheran zeigt man mir die offizielle ankündigung in einer alten tageszeitung:
„gestern nacht ist eine terroristin im gefecht mit der polizei ermordet worden.“
darunter das paßfoto meiner frau.
mit widerwillen wende ich mich an die neuen machthaber und frage nach ihrem grab –
keine antwort.
natürlich weiß auch ich, daß SAVAK die ermordeten oft nur irgendwo verscharfte.
dann beginnen öffentliche prozesse gegen folterer.

ich mache eine eingabe und verlange auskunft über meine frau.
 der revolutionsrichter verspricht, den fall zur sprache zu bringen. er erteilt mir auch die erlaubnis, den prozessen beizuwohnen.
 schließlich kommt der tag, an dem tehrani vor dem revolutionsgericht steht, einer der schlimmsten folterer.
 nach langen inneren kämpfen beschließe ich, hinzugehen. zwei genossen begleiten mich, sie wollen mich in der lage nicht allein lassen.
 tehrani steht einige meter von mir entfernt und gesteht seine taten.
 der richter fragt auch nach meiner frau.
 er habe die frau nie gesehen, erklärt er.
 - der fall lag bei dem kollegen rassuli. und er erzählte, daß sie nichts preisgab, keine namen, keine adressen.
 dann fügt der angeklagte hinzu:
 - kollege rassuli war berüchtigt für seine härte.
 ich verlasse das revolutionstribunal.
 ich gehe zu fuß nach hause, allein.
 nach hause?
 in die wohnung, die genossen für mich gefunden haben.
 - sie hat einen balkon, der auf die andere gasse hin gebaut ist. wenn du in gefahr bist, brauchst du nur hinunterzuspringen.
 ich will nicht springen.
 ich bleibe in der wohnung, tagelang.
 ich will keine menschen sehen, keine gesichter, keine männer.
 doch die genossen bringen mir eine tageszeitung mit dem foto des gesuchten rassuli.
 ich schleudere die zeitung nicht gegen die wand.
 sie bleibt auf dem tisch liegen.
 wann immer ich daran vorbeigehe, sehe ich den mörder.
 ein ruhiges gesicht. ein wenig melancholie. ein wenig verloreensein. auch ein mund –
 zum glück sehe ich da nicht seine hände.
 ich verscheuche das bild von der hamburgener klinik.
 schließlich gehe ich doch wieder hinaus.
 ich muß meine aufgaben wahrnehmen, an versammlungen teilnehmen, reden halten.
 rassuli bleibt auf dem schreibtisch.
 wochenlang.
 bis die genossen protestieren.
 - fort mit dem folterer.
 und sie nehmen die zeitung mit.
 der mörder verschwindet, ich funktioniere.
 bei einer versammlung kommt eine frau auf mich zu:
 - du bist doch der ehemann von wafa?
 - ja.
 - deine frau bat mich, das geschenk für dich aufzubewahren.
 in rotem samt eingewickelt, übergibt sie mir eine stickerei vom emblem unserer organisation.
 ich rahme die stickerei ein und stelle sie auf meinen schreibtisch –
 dort bleibt sie bis zu meiner flucht.
 eine woche später stürmen die revolutionsgardisten unser büro und zerstören auch das letzte andenken von wafa.
 ich bin wieder unterwegs, nach europa.
 wieder habe ich wafa allein gelassen.

Seit rund 50 Jahren lebt SAID, Schriftsteller aus Iran, in München im Exil. Politik und Poesie, zwei scheinbar unvereinbare Bereiche bestimmen SAIDs Biografie wesentlich: So setzt er sich immer wieder für verfolgte Schriftsteller ein. Gleichzeitig schreibt er vielfach ausgezeichnete Lyrik und Prosa. SAID nennt die deutsche Sprache „die Sprache meiner Freiheit“ und gilt als Vermittler zwischen den Kulturen. Derzeit fürchtet er einen „Euro-Kolonialismus“ und findet deutliche Worte für die Waffenexporte: „Solange man Waffen exportiert, muss man auch Flüchtlinge aufnehmen.“ Im Juni 2016 erhielt er den diesjährigen Friedrich-Rückert-Preis.

„Wer reist in Österreich schon legal ein?“

Der parteiunabhängige Wiener Verein *Purple Sheep* (www.purplesheep.at) wurde 2010 von Karin Klaric, Kurosh Allahyari und Brigitte Mayer gegründet, in Reaktion auf die Änderungen im österreichischen Asylgesetz. Er hat die Zielsetzung, die Rechte von Asylsuchenden sowie Migrantinnen und Migranten zu fördern und zu schützen, nach dem Prinzip *Respect – Protect – Fulfill*. Das Repertoire von *Purple Sheep* umfasst Rechtsberatung, Öffentlichkeitsarbeit, Informationsveranstaltungen sowie die Dokumentation von Missständen im österreichischen Asylsystem. Matthias Weinzierl hat sich für die *Hinterland* mit Karin Klaric von *Purple Sheep* unterhalten.

Was macht *Purple Sheep* und wie seid ihr entstanden?

2010 gab es eine Gesetzesänderung in Österreich. Die österreichische Regierung wurde von Europa ermahnt, für Menschen, deren Asylverfahren sehr lange gedauert hat, eine Bleiberechtsregelung einzuführen. Das europäische Anliegen: Wenn der Staat zehn bis zwölf Jahre brauche, über einen Asylantrag zu entscheiden, und sich die Leute in der Zwischenzeit hier integrieren, dann müsse er ihnen einen Aufenthalt ermöglichen. Österreich hat sich gegen diese Vorgabe mit Händen und Füßen gewehrt. Als dann der Europäische Gerichtshof eine Regelung eingefordert hat, hat man 2010 das Asylgesetz und eine Art Bleiberechtsregelung eingeführt. Die hat auf dem Papier gut geklungen. In der Realität konnten die Leute weiterhin ohne Rechts-

schutz oder Einspruchsmöglichkeit nach zehn, zwölf Jahren andauern dem Asylverfahren abgeschoben werden. Diese Gesetzesänderung hat jedoch eine so enorme Verschärfung des Asylrechts dargestellt, dass wir gesagt haben, jetzt geht's nimmer, jetzt werden Leute ihrer Rechte beraubt, der Rechtsschutz wird eingeschränkt in einem Ausmaß, in dem das in einer Demokratie nicht sein darf.

Die EU hat einen Missstand angeprangert, der behoben werden sollte; und die Lösung war dann eine Verschlimmerung?

Genau. Es gab vorher keine Regelung für diese Fälle und keine Möglichkeit, einen Antrag auf ein Bleiberecht zu stellen. Dann wurde das Bleiberecht eingeführt. Gut, denn wenn jetzt ein Asylverfahren länger als fünf Jahre dauert, dann

kann der Betroffene sein Bleiberecht beantragen. Der Haken dabei: Während über seinen Antrag entschieden wird, kann er trotzdem abgeschoben werden, und sobald er außer Landes gebracht wurde, wird sein Verfahren eingestellt.

Sobald jemand also einen Antrag auf ein Bleiberecht stellt, lädt er die Behörden zu seiner eigenen Abschiebung.

Gleichzeitig hat man auch den Rechtsschutz verschlechtert. Vor der Gesetzesänderung konnte man beim Verfassungsgerichtshof einen Einspruch gegen die Abschiebeentscheidung erheben. Diese Möglichkeit wurde gestrichen. Eine weitere Verschlechterung: Vor der Änderung wurde bei psychisch erkrankten Asylsuchenden das Asylverfahren unterbrochen. Man gewährte eine psychologische Behandlung, und wenn der



Betroffene sich stabilisiert hatte, wurde das Asylverfahren fortgesetzt. Dieses Vorgehen wurde rausgenommen. Ebenfalls gestrichen wurde, dass geflüchtete Frauen, deren Asylgrund ein sexueller Übergriff im Krieg war, von einer weiblichen Beamtin vernommen werden durften. Diese Wahlfreiheit wurde gestrichen. Das war alles für mich so unglaublich – ich war damals Rechtsberaterin in einem Verein – ich dachte, das gehört jetzt aufgezeigt.

Es gab damals in Österreich schon eine recht gute NGO-Szene, die sehr stark vom Staat subventioniert wurde. Deswegen war es ihnen nicht möglich, diese Verschlechterungen in der Öffentlichkeit anzusprechen. Die trugen in gewisser Weise einen Maulkorb. Da habe ich mit drei Weiteren beschlossen: Was hier gerade passiert,

ist so schlimm – das müssen wir zeigen. Wir glauben nicht, dass die Österreicherinnen und Österreicher wissen, wie mit Fremden hier umgegangen wird.

Gleichzeitig ist es damals zu einem Bruch gekommen. Die FPÖ hat in der Presse Stimmung gegen illegale Ausländer gemacht und ist erhört worden. Wir haben gewusst, dass wir den Leuten zeigen müssen, wer diese illegalen Fremden eigentlich sind, was der Begriff bedeutet; und das muss von jemanden kommen, der eine seriöse Ausbildung hat und nicht aus der klassischen NGO-Szene kommt.

Wir bei *Purple Sheep* haben alle ein Studium oder sind in sehr konservativen Berufen tätig. Wir haben dann den Verein gegründet. Wir möchten vor allem Rechtsberatung für Fremde, aber auch mit Presse

und Medien zusammenarbeiten und diese Missstände aufzeigen und belegen. Es hat sich gezeigt, dass diese Änderungen dazu geführt haben, dass immer mehr Familien ohne Schutz abgeschoben wurden. Das hat so funktioniert: Es gab dieses neue Bleiberechtsgesetz und das Innenministerium hat dazu Weisungen rausgegeben; Polizisten mussten Familien nach zehn Jahren Warten auf eine Entscheidung den negativen Asylbescheid in die Hand drücken, und in der gleichen Sekunde mussten sie die Familien festnehmen. In dem Gesetz war auch eingeführt worden, dass der zweite negative Bescheid von der Polizei übergeben werden muss.

Das heißt, es gibt auch keine Vorwarnung, dann kommt die Polizei und sagt, „Du wirst jetzt abgeschoben?“

Die Polizei sagt: „Schau, da ist der Brief, auf den du seit zehn Jahren wartest.“ Sobald die Familie den Brief angenommen hat, kann sie keinen Anwalt mehr sprechen, weil hinter dem Polizisten, der den Brief übergeben hat, gleich die anderen 15 Polizisten warten, die die Familie dann zusammenpacken. Die Familie hätte dann aus der Schubhaft vielleicht noch 48 Stunden bis zur Abschiebung Zeit, einen Antrag auf Bleiberecht einzubringen, nur wäre das völlig wurscht, weil der Antrag – bis heute übrigens – keine aufschiebende Wirkung hat.

Dann waren sie bei der Asylrechtsänderung von 2010 noch so clever, dass sie nicht gesagt haben: Jeder bekommt Bleiberecht, wenn sein Asylverfahren länger als fünf Jahre gedauert hat. Sondern sie haben festgelegt, dass alle, die vor 2005 eingereist sind, die Möglichkeit auf so einen Antrag haben. Alle, die nur einen Tag nach dem Stichtag ihren Antrag gestellt haben, wurden ausgeschlossen, und sie haben diesen Stichtag erst nach zehn Jahren wieder neu verändert. Und heute muss ich dir sagen, ich wünsche mir dieses Gesetz zurück.

Weil ihr jetzt noch schlimmere Änderungen im Asylrecht habt?

Ja, es hat laufend Anpassungen gegeben, die die Situation verschärft haben. Wir haben dann eben unsere Arbeit begonnen und massiv mit den Medien zusammengearbeitet. Wir konnten durch unsere Dokumentationen zeigen, wie unverhältnismäßig die Polizei mit den Betroffenen umgeht, wie Kinder von bis an die Zähne bewaffneten Beamten abgeholt werden. Für eine Abschiebung, bei der sich niemand zur Wehr setzt,

müssen sich Jugendliche an die Wand stellen und werden überprüft, ob sie bewaffnet sind – ganz verrückt. Durch unsere Arbeit, dachten wir, können wir regelmäßig Verbesserungen einführen und schaffen es, dass ein Bleiberechtsantrag wieder eine aufschiebende Wirkung hat. In der

Schieb's zurück mit dem nächsten Flieger

Regel hat sich das in Österreich aber so entwickelt, dass jeder Missstand, jeder Rechtsübergreif, jede Rechtslücke in der Folge durch eine Novelle nachjustiert und rechtmäßig gemacht wurde.

Kannst du anhand eines Einzelfalls beschreiben, wie sich das dann abspielt?

Wir haben die Abschiebung einer Familie gefilmt, bei der die Mutter auf der Psychiatrie war und die Kinder ohne die Mutter in den Kosovo abgeschoben wurden. Das war vollkommen rechtswidrig. Damals hat noch gegolten, dass man Familien immer gemeinsam und mit Bedacht behandeln muss. Bei der nächsten Novelle hat es dann geheißen: Wenn niemand auffindbar ist, kann man jedes Familienmitglied einzeln abschieben. Familien kann man also trennen, und das örtliche Jugendamt muss sich lediglich mit dem Jugendamt in dem Herkunftsland in Verbindung setzen. Also man hat immer nach unten nachgeschraubt.

Im Juni letzten Jahres hat man in Österreich eine Gesetzesnovelle erlassen, die meiner Meinung nach das Asylrecht außer Kraft setzt und kaum Beachtung gefunden hat.

Früher konnte jeder, der nach Österreich gekommen ist, vor einem Polizisten das Wort „Asyl“ ausrufen und wurde dann in eine Erstaufnahmestelle überstellt, und war somit voll im Asylverfahren. Heute ist es so, dass jeder, der nach Österreich kommt und „Asyl“ ausruft, nicht automatisch in ein Erstaufnahmezentrum verteilt wird, sondern der Beamte vor Ort, in der Regel ein einfacher Grenzpolizist, selbst entscheiden kann, ob er die Person zum Asylverfahren zulässt, oder sie festnimmt und sofort wieder in ihr Herkunftsland zurückschickt.

Völlig willkürlich?

Völlig willkürlich! Das einzige, was er machen muss, ist, mit dem Beamten in der Erstaufnahmestelle Rücksprache zu halten. Nach meiner Erfahrung läuft das folgendermaßen ab. Die greifen zum Beispiel fünf Leute auf, nehmen die mit auf die Polizeistation dann schnappt sich einer das Telefon:

„Ich hab da fünf Chinesen am Flughafen, die wollen alle Asyl. Was soll ich machen?“

„Na, schieb's zurück! Schieb's zurück mit dem nächsten Flieger!“

Ohne Rechtsschutz, ohne alles. Sie dürfen das nur nicht so machen, wenn jemand mit Dokumenten und legal einreist. Aber wer reist in Österreich schon legal ein? Dann wurde das Gesetz soweit verändert, dass der illegale Grenzübertritt als Verstoß gegen die öffentliche Sicherheit und Ordnung gewertet wird, und dieser Verstoß ist wiederum ein Ausschlussgrund von allen Aufenthaltstiteln. In diesem Gesetz steht zudem, dass jeder, dessen Asylantrag in der ersten Instanz negativ beschieden wird, aus der Grundversorgung fliegt.

.....
Überstellung
Transport einer
Person in staatlicher
Gewalt, von einem
Ort an einen
anderen. Staaten
liefern oft geflüchtete
Menschen anderen
Staaten aus, damit
deren Behörden
über ihre aufent-
haltsrechtliche
Zukunft entscheiden.
Überstellt werden
auch inhaftierte
Menschen ohne
Fluchthintergrund,
um in ein anderes
Gefängnis oder
einen anderen Staat
gebracht zu werden,
etwa damit sie für
einen Gerichtspro-
zess verfügbar sind.
.....



Was heißt das konkret?

Das heißt: keine medizinische Versorgung, außer sie ist lebensnotwendig; kein Quartier, kein Taschengeld, keine Arbeitserlaubnis.

Er bekommt also keine Grundversorgung mehr, muss aus der Unterkunft ausziehen und soll dann seinen Widerspruch von der Straße aus einlegen?

Ja, aber selbst wenn jemand einen positiven Bescheid bekommt, muss er ausziehen und verliert ebenfalls die Grundversorgung. Wenn du einen positiven Asylbescheid hast, dann wirst du in Österreich einem gewissen Bundesland zugeteilt. Das finde ich grundsätzlich gut. Aber das Problem ist jetzt zum

Beispiel: Eine somalische Familie in Tirol. Die bekommt nach drei Jahren ohne Integrationsmaßnahme ihren positiven Bescheid. Mit dem Bescheid sagt man ihnen: „Ihr habt jetzt noch für einen Zeitraum von acht Wochen das Quartier, dann müsst ihr ausziehen.“ Die Frist von acht Wochen ist übrigens das Maximum, da haben sie schon Glück, denn normalerweise sind es nur drei. Sie müssen sich innerhalb von acht Wochen ohne Startkapital – was sollen sie sich von 40 Euro Taschengeld im Monat pro Person Geld für eine Kautions ersparen? – eine private Unterkunft suchen.

Also in Tirol?

Ja, in Tirol, denn nur dort kriegen sie eine Mindestsicherung wie ein Österreicher. Das ist, abgesehen von den Kosten, auch aufgrund der Stimmung in Österreich unmöglich. Was passiert? Die Familie fliegt auf die Straße und geht nach Wien. Warum nach Wien? Dort gibt es meistens eine Community aus deinem Land, die einem eine Möglichkeit zum Wohnen verschafft. Aber du kriegst keine Mindestsicherung, denn Wien zahlt natürlich nur dann Sozialunterstützung, wenn jemand in den letzten Monaten durchgehend mit einem Wohnsitz gemeldet war.

Und an dieser Stelle kommen wir mit *Purple Sheep* wieder ins Spiel. Unsere Aufgabe ist es einerseits,



österreich

meistens in einem katastrophalen Zustand, aber wir haben das Glück, dass der Bauträger die Hausbetriebskosten selber trägt. Das heißt, es fallen keine Kosten für das Warmwasser oder für die Müllabfuhr und so was an.

Wie lange dürfen die Leute dann dort wohnen?

Lange! Zwei bis drei Jahre. Das ist super, aber er ist der einzige, der das macht. Andere Bauträger wollen zumindest die Betriebskosten bezahlt bekommen.

Wie entscheidet ihr, welche Familie eine Wohnung bekommt? Und wie finanziert ihr eure Arbeit?

Wir kennen die Leute und wir haben eine Warteliste. Ich schau mir immer an: Wer hat ein krankes Kind? Wer hat eine kranke Frau? Oder für wen ist es unzumutbar, dass er auf der Straße leben muss?

Die schlafen da irgendwo in den Wiener Grünanlagen oder wie darf man sich das vorstellen?

Dass Leute nur auf der Straße schlafen, glaube ich nicht. Immer mal wieder bekommen sie einen Schlafplatz bei Freunden oder Bekannten.

Und wie ist es mit dem Essen? 182 Familien zu versorgen ist ja eine amtliche Aufgabe!

Die kommen zu uns und nehmen mit, was wir an Essens-Spenden selbst bekommen haben. Wir haben ja noch dieses kleine *Purple Sheep*-Restaurant auf dem Markt. Wenn wir am Abend Essen übrig haben, wird das auch alles abgeholt. Wir geben halt alles, was wir haben, her.

Man kann nur hoffen, dass die Präsidentenwahl im Oktober nicht für den Hofer ausgeht. Man mag sich nicht vorstellen, was das bedeutet.

diese Familien, deren Verfahren so lange gedauert hat und die rechtlich keinerlei Möglichkeiten mehr haben, doch noch irgendwie mit Unterstützung von Prominenten und Bekannten vor einer Abschiebung zu retten. Zudem haben wir eine offene Rechtsberatung, zu der jeder kommen kann, und wir werden überrollt von Menschen, die auf der Straße stehen und dringend eine Wohnung, Essen, Kleidung und vor allem auch medizinische Versorgung brauchen.

Damit man eine Vorstellung bekommt – wie viele Menschen betreut ihr derzeit?

Wir betreuen mittlerweile 182 oft kinderreiche Familien. Viele der Familien stammen aus Somalia, denn die sind schwer integrierbar aufgrund ihres muslimisch-afrikanischen Hintergrundes. Die zweite große Gruppe stammt aus

Afghanistan. Menschen aus Afghanistan will momentan keiner eine Unterkunft geben, denn das sind ja alles „Vergewaltiger“. Das sind die zwei Hauptgruppen von Familien – meist mit Kindern, oft mit schwer kranken Kindern, die entweder auf der Straße, in Obdachloseneinrichtungen oder in Kirchenunterkünften schlafen.

Was macht ihr mit den 182 Familien?

Wir versorgen sie mit dem Notwendigsten. Wir haben mittlerweile 97 Wohnungen vergeben. Unser Vermieter ist ein Bauträger, der Abrisshäuser kauft und uns dann, sobald die Wohnungen leer stehen, diese Wohnungen kostenlos zur Zwischennutzung zur Verfügung stellt, bis er mit dem Abriss oder dem Umbau beginnt. Immer, wenn dort wer auszieht oder umzieht, gibt er uns die Schlüssel für eine Wohnung. Die ist

Woher stammen die gespendeten Lebensmittel?

Wir bekommen Lebensmittelspenden von Privatleuten und vom Wirt vom „Schutzhaus zur Zukunft“, wo der Kabarettist Josef Hader immer wieder auftritt. Der kauft dann halt für ganz viel Geld ein und wir können das dann verteilen. Das funktioniert auch nur so, weil alles andere so streng reglementiert ist. Es gibt zum Beispiel eine kostenlose Arztpraxis für Unversicherte hier in Wien, aber die dürfen nur EU-Bürger oder Leute mit Aufenthaltsstatus behandeln, und trotzdem behandelt die unsere Leute. Uns fliegt aber viel auch zu! Wir haben relativ wenig Ressourcen, um groß Werbung zu machen, oder um Spenden anzufordern, und trotzdem fliegt uns Gott sei Dank so einiges zu. Wir sind gut vernetzt und viele kennen uns.

Ihr geht aber mit dramatischen Einzelfällen auch bewusst an die Öffentlichkeit?

Ja, und zeigen dadurch Missstände auf. Das Problem ist nur, dass es mittlerweile sehr schwer ist, in die Medien zu kommen. Besonders mit dem Thema Abschiebungen. Niemand will lesen, dass es einem Flüchtling nicht gut geht.

Besteht da eine gewisse Sättigung?

Die Reaktionen sind immer die Gleichen: „Die sollen das machen.“ „Wir können nicht alle aufnehmen.“ „Es geht auch unseren Leuten schlecht.“ „Wer hilft eigentlich unseren Leuten?“ Darunter leiden schon jetzt ganz viele. Manchmal habe ich das Gefühl, diese Vorbehalte werden bewusst lanciert.

Haben denn die wiederholten FPÖ-Erfolge eine Auswirkung auf das Asylthema in Österreich? Wie ist die aktuelle Lage?

Sicher hat es Auswirkungen. Man merkt einfach, dass viele Beamte, die bisher ihre Ideologie nicht offen gezeigt haben, jetzt ihr wahres Gesicht zeigen und sie ganz brutal im Rahmen des Rechtes und auch des Unrechtes vollziehen, also über den gesetzlichen Rahmen hinaus. Und auch in Krankenhäusern wird es immer schwieriger, Leute ohne Papiere

Du mußt weghören, ich mach das auch so

behandeln zu lassen. Man sieht jetzt plötzlich überall die Masken fallen und jeder traut sich, sich ganz klar gegen Ausländer, gegen Fremde zu äußern.

Und wie ist die allgemeine Atmosphäre? Werden denn Flüchtlinge auf der Straße angefeindet?

Ja, uns berichten Kinder von neu angekommenen Familien, die zur Schule gekommen sind und dort sehr isoliert sind. Ein Beispiel: Letztes Mal am Meidlinger Markt ist der Marktkontrolleur in unserem Lokal. Er steht bei mir an der Bar, quatscht mit mir und lässt sich auf einen Kaffee einladen, als ein paar somalische Mädchen und ein somalischer Bub reinkommen. Sie sind höflich, begrüßen alle und wollen ihm auch die Hand reichen und der Kontrolleur dreht sich weg und sagt: „Die gehören hier nicht her!“ Das sagt er vor einem zehnjährigen Mädchen.

Das ist mittlerweile normal. Die Kinder, die bei uns im Haus wohnen, betreuen wir auch sehr gut, weil ihre Eltern die Sprache nicht so gut verstehen. Eine Mutter hat uns gebeten, mit ihrem 13jährigen Sohn zu reden, weil der solche Probleme in der Schule hat. Wir haben dann mit ihm und seiner Schwester geredet. Er hat uns erklärt, dass er so aggressiv wird, weil in der Schule so schlecht über seine Mutter gesprochen wird – auch von den Lehrern. Daraufhin sagt seine Schwester zu ihm: „Du mußt weghören, ich mach das auch so.“ Und als ich sie frage, „Wo hörst du denn weg?“, dann sagt sie: „Auf der Straße, wenn ich nach Hause gehe, die alten Leute beschimpfen mich immer ganz schlimm, obwohl ich gar nichts mache.“ Und in dem Zusammenhang erzählt sie uns, dass sie seit drei

Jahren in jeder Pause ganz alleine sitzt. Oder eine Turnlehrerin hat ein georgisches Mädchen immer eine Runde extra laufen lassen, „weil Ausländer mehr leisten müssen“.

Was macht ihr dann in solchen Fällen? Werdet ihr aktiv?

Heute habe ich mit dem Meldeamt telefoniert, weil sich eine unserer Familien nicht anmelden kann und deshalb deren Kinder aus der Schule fliegen sollen. Die Eltern können nicht auf das Amt, weil sie Angst haben, dass ihnen dort die Papiere abgenommen werden und sie in Schubhaft genommen werden. Ohne Meldezettel keine Schule. Wir haben es hier in unserem Bezirk geschafft, dass die Kinder ohne Meldezettel trotzdem in die Schule kommen dürfen. Ruft mich die Direktorin an und sagt, „Bitte, können Sie mit der Frau vom Amt reden, weil ich geh in Pension und die Klassenlehrerin

soll ja meine Nachfolgerin werden und die hat so Angst, dass sie jetzt Nachteile hat, wenn die Kinder in der Schule bleiben.“ Ich sage, *„Geben Sie mir die Telefonnummer, ich erklär' ihr das.“* Ich rufe sie an und sage: *„Schauen Sie, ich will die Kinder ja gerne anmelden, aber ich kann es nicht – alle wissen ja, dass die bei uns wohnen, aber nur ihr Meldeamt gibt keinen Meldezettel.“* Die Frau vom Amt: *„Ja, aber was glaubt denn das Gesindel, dass die da zwei Jahr wohnen können ohne Meldezettel und dann die Schulkosten, und den Schulplatz besetzen. Es ist schon richtig, wenn die sich nicht anmelden können, die kriegen schon einen Meldezettel, in Georgien, aber nicht in Wien.“* Das sagt eine Magistratsbeamtin.

Noch eine Geschichte: Ein obdachloser, psychisch kranker Kenianer hat eine Österreicherin um vier Uhr in der Früh mit einer Eisenstange erschlagen. Und wie das dann durch die Medien gegangen ist, habe ich mir schon gedacht, „dass jetzt was passiert ist, ist doch irgendwie logisch, wenn psychisch Kranke nicht behandelt werden.“ Die fliegen aus allen Einrichtungen raus – weil psychisch auffällig – kriegen aber keine Unterbringung in der Psychiatrie, weil die für Flüchtlinge nicht vorgesehen ist, und landen dann auf der Straße.

Und in der Obdachlosigkeit verstärkt sich die Psychose – das sehe ich auch bei Klienten von mir – weil die ja dauernd Angst vor der Polizei haben, die sie regelmäßig kontrolliert und festnimmt. Meistens werden sie dann auch noch geschlagen und dann wieder freigelassen, dadurch verstärkt sich das immer mehr. Den Mörder kannte ich nicht, aber dass so etwas passiert, war vorhersehbar.

Da gibt es sicher noch 150 andere in Wien, die so eine Gefahr in sich tragen.

Und das Problem beginnt schon, nachdem sie eine Passage aus der Asylgesetzgebung gestrichen haben, psychisch Auffällige sofort in der Psychiatrie behandeln zu lassen. Auch eine gesonderte Unterbringung wurde rausgestrichen. Und jetzt stranden die halt sehr früh auf der Straße und fallen vor allem durch Körperverletzungen auf. Auch der Kenianer war 15 Mal wegen irgendwelchen Auffälligkeiten leicht vorbestraft. Er kam nie in Haft, weil er aufgrund der schweren psychischen Erkrankung haftunfähig war.

Die Polizei vor Ort hat ihn nicht mehr festgesetzt und verprügelt, sondern ihn im Auge behalten. Die Standlbetreiber haben ihm immer was zu Essen und eine Decke gegeben. Es war kalt über den Winter und dann wurde die Baustelle, wo er geschlafen hat, aufgelöst, da hat er seinen Schlafplatz verloren und dürfte wahrscheinlich noch schlimmer krank geworden sein. Er hat sich verfolgt gefühlt und ist ausgerastet.

Florian Klenk vom Stadtmagazin *Der Falter* schreibt auf Facebook, wenn die Polizei und das Innenministerium jetzt nicht rasch reagieren und straffällig gewordene Täter nicht sofort außer Landes gebracht würden, dann könnten sich die Kinder nicht mehr in die Parks trauen. Sein Beitrag war so undifferenziert, nach dem Motto „Ausländer gleich kriminell“.

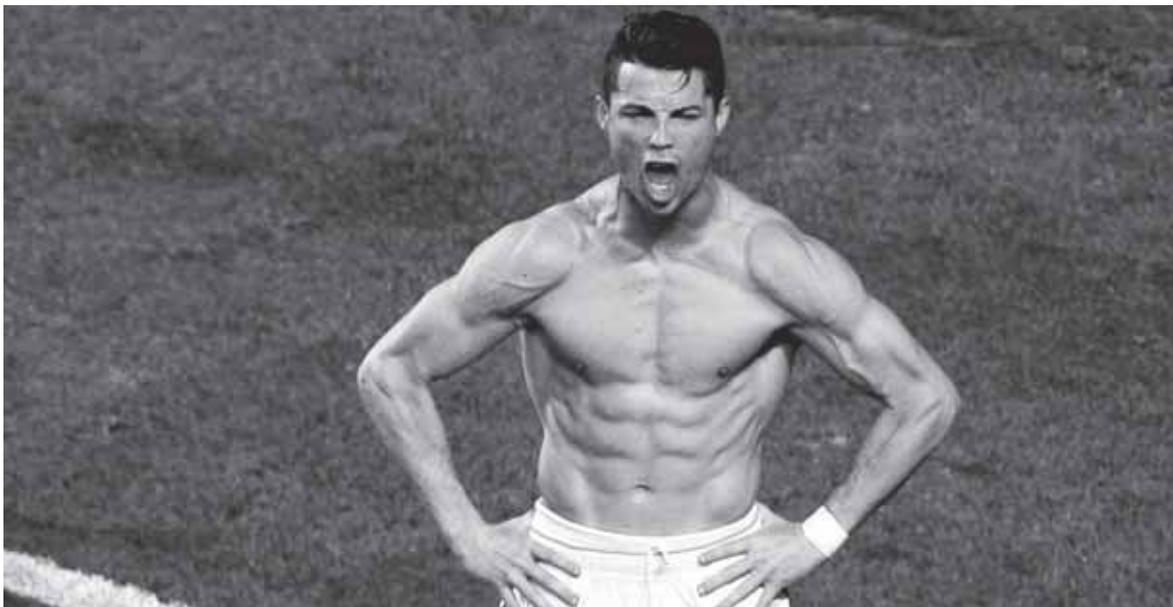
Klenk ist Journalist und Jurist und sollte auch sagen, warum dieser auffällig gewordene psychisch kranke Mann nicht in der Psychiatrie untergebracht worden ist. Besonders, wenn jemand schon vielfach wegen Körperverletzung

aufgefallen ist. Ich habe dann einen Freund angerufen und gefragt: *„Was ist denn mit dem Florian Klenk los?“* Der hat mich dann total überrascht; *„Der Florian hat total recht! Mein Sohn traut sich bei der U6 nicht mehr raus.“* *„Warum?“* *„Dort stehen plötzlich lauter Drogendealer herum.“* Wahnsinn! Die erkennt man natürlich an der Hautfarbe, weil das ist so eine Multikulti-Gegend – da gibt's die günstigsten Geschäfte von Wien, und einen Markt mit Halalfleisch, dort kaufen viele Afrikaner ein, die treffen sich dort auch.

... und die sind natürlich alle Drogendealer, denn dunkle Hautfarbe bedeutet Drogendealer?

Ich habe dann auch gefragt, *„Woran erkennt denn dein Sohn, dass das die Dealer sind? Wird er angesprochen?“* Nein, es ist allein die Hautfarbe. Soweit sind wir jetzt schon. Der Florian Klenk hat in seinem Post auch geschrieben: *„Es muss Schluss sein mit dem relativierenden Gutmenschen-tum.“* Man kann nur hoffen, dass die Präsidentenwahl im Oktober nicht für den Hofer ausgeht. Man mag sich nicht vorstellen, was das bedeutet. Ich bin ganz schön neugierig, wie manche sich positionieren werden, von denen man es nicht erwartet. Aber grundsätzlich glaube ich, müssen wir dann ins Exil nach München kommen.

Danke für das Gespräch Karin.<



Queeriano Ronaldo

Plädoyer für einen Weltfußballer, der die homophoben Massen provoziert und sich erlaubt, einen Restbestand an Individualismus zu leben. Von Caspar Schmidt.

„Und wie er sich selbst aufführt, bei jedem echten oder vermeintlichen Foul, wie er sich windet und jammert und jault und den Schiedsrichter beschimpft und seine Mitspieler, die es natürlich nicht so bringen, wie es ihm, dem großen Cristiano Ronaldo gebühren würde, dem sie auf Madeira schon jetzt ein Denkmal hingestellt haben, ein breitbeiniges natürlich und auffallend gut bestückt (wenn das Original es schon nicht ist). Nein, dies ist kein „Pro & Contra“ über Cristiano Ronaldo, bei diesem Typen geht nur Contra, alles andere ergibt keinen Sinn. Und wenn der Waliser einen Funken Anstand hat, dann wirft er diesen Pfau, diesen Geck, diesen unausstehlichen Großprotz in hohem Bananenflankenbogen hinaus. So, das musste mal gesagt wer-

den.“ (Tanja Kokoska, Redakteurin der Frankfurter Rundschau, vor dem Halbfinale Portugal gegen Wales, EM 2016)

Wenn in Deutschland etwas „mal gesagt werden“ muss, dann ist es bereits häufiger gesagt worden. Aber eben noch nicht von jedem (Valentin) oder jeder (Caspar Schmidt). Was sich in einem Artikel der *Frankfurter Rundschau* als mutiger Tabubruch aufmandelt, ist im Falle des portugiesischen Fußballers Cristiano Ronaldo alles andere als das. Über kaum einen Fußballspieler wird häufiger in abfälliger Absicht intoniert als über den 31-jährigen Ballvirtuosen von Real Madrid. Allein die Kombination „Ronaldo eitel“ ergibt 36.000 Suchergeb-

nisse bei Google, „Ronaldo schwul“ (57.000), „Ronaldo Egoist“ (82.000), „Ronaldo weint“ (113.000) und „Ronaldo arrogant“ (410.000).

Ronaldo unterwirft sich nicht vollständig dem Korpsgeist



Eine häufige Behauptung ist, Ronaldo sei arrogant und ein Egoist. Der Stürmerstar ist regelmäßiger Blutspender, alleinerziehender Vater und engagiert sich für gemeinnützige Projekte. Sein Lebenswandel erhärtet den Verdacht, der „arroganteste Fatzke der Welt“ (Bild) zu sein also nicht. Was dem Fußballer aber übel genommen wird: Ronaldo stellt sich nicht bis zur Selbstaufgabe in den Dienst der Mannschaft, er hat sich seinen Individualismus bewahrt. Wenn ein Reporter Ronaldo für ein gutes Spiel lobt, dann sagt Ronaldo: „Ja, es war ein schweres Spiel, aber heute war ich gut in Form.“ Er sagt nicht: „Ich glaube, das Lob gebührt der ganzen Mannschaft“, wie es hierzulande jedem herauszuwürgen antrainiert wurde. Der Kaderegehorsam, nach dem jeder Spieler sich selbst zurückzustellen und in der Mannschaft aufzugehen habe, ist Sache des „Großmaul(s) und Gockel(s)“ (N-TV) nicht. Dafür wird Ronaldo in Portugal geliebt und in Deutschland gehasst.

Ein Aufbrechen der Charaktermaske des Nationalvertreters ist hierzulande selten. In Portugal ist das durchaus anzutreffen. Millionenfach geteilt wurde beispielsweise ein Video direkt nach dem EM-Endspiel Frankreich gegen Portugal, in dem ein kleiner Junge mit Portugal-Trikot zu sehen ist, der einen deutlich älteren Frankreichfan tröstend in die Arme nimmt. Ein weiteres Beispiel: Nachdem Portugal im Achtelfinale der EM 2016 gegen Kroatien gewann, schossen dem kroatischen Mittelfeldspieler Luca Modric nach dem Schlusspfiff die Tränen in die Augen. Da sich Ronaldo und Modric durch ihre gemeinsame Zeit bei Real Madrid gut kennen, sagte Cristiano Ronaldo nach dem Spiel, er könne sich über den Sieg seiner Mannschaft gar nicht richtig freuen, wenn sein Kollege Modric jetzt traurig sei.

Ronaldo besteht auf sich als Individuum, weil er ein Mensch mit Respekt vor sich selbst ist – und das wiederum ist die Grundlage, um anderen Menschen Respekt entgegenzubringen. Korpsgeist ist auch Ronaldo

nicht völlig fremd, aber bereits die kleinen Abweichungen brachten ihm in Deutschland den Ruf ein, „der vielleicht wichtigtuerischste Fußballer dieses Planeten“ (Abendblatt) zu sein.

Ronaldo und die Schönheit



Verstärkt wird der Vorwurf, weil Ronaldo auf sein Äußeres achtet. Damit provoziert der „selbstverliebte(r) Pfau“ (FAZ) mit den „völlig überpflegten Haaren“ (11-Freunde) insbesondere die Fraktion in Deutschland, die schon sauer ist, wenn sich jemand nur regelmäßig wäscht. Das sind gar nicht so wenige. 25 Prozent der Deutschen putzen morgens ihre Zähne nicht, 37 Prozent ziehen morgens keine frische Unterwäsche an, 45 Prozent duschen morgens nicht – der Anteil dürfte beim fußballinteressierten Männerpublikum noch deutlich höher sein.

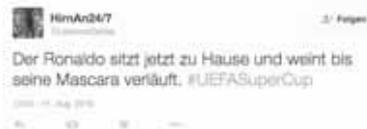
Ronaldo trainiert seine Muskeln. Auch die, die man nicht unbedingt zum Fußballspielen benötigt. Kein überflüssiges Haar zierte ihn. Er ist gepflegt, zeigt sich gerne topless. Er mag seinen Körper, das ist ihm leicht anzusehen. Damit erscheint er vielen verdächtig, die in ihren verstofften Couchen beim Fußballgucken vor sich hinmüffeln. Dafür hassen ihn aber auch viele, die ihn als Inbegriff des südländischen Macho-Schönlings und damit als Konkurrenz um die lokale Frauenwelt sehen.

Empörend scheint für die meisten aber wohl – neben dem genannten Individualismus – dass Schönheitspflege für einen Fußballer als nicht zweckdienlich empfunden wird. Ein Fußballer soll ganz Fußballer sein, so wie der Maurer Maurer, der Polizist Polizist und die Sekretärin Sekretärin zu sein hat – jeder Mensch bis in die Haarspitzen dem Verwertungszweck ergeben, jeder Mensch an seinem geschlechterspezifisch definierten Platz. Der Fußballer soll „arbeiten für sein Geld“ und da wollen sie

.....
 Grenzschutz
 Fällt innerhalb der BRD in den Aufgabenbereich der Bundespolizei. Sie ist zuständig für die Überwachung der Grenzen, Kontrolle grenzüberschreitenden Verkehrs und Überprüfung der Berechtigung zum Grenzübertritt anhand von Ausweisen, Visa und ähnlichen Grenzübertrittspapieren. Für Grenzkontrollen an den europäischen Außengrenzen ist die EU-Grenzschutzagentur Frontex zuständig. Aus aktuellem Anlass weist die Redaktion darauf hin, dass die Bundespolizei nicht dazu legitimiert ist, auf Einreisende zu schießen – nicht einmal auf Frauen und Kinder.

den Schweiß riechen. Der soll hart trainieren und „kämpfen auf dem Platz“. Jemand, der seinen Körper auch über die Arbeit hinaus schätzt, tritt ihnen als Vorwurf entgegen. Kurzum: Sie wollen eine Welt erhalten, wo jeder Angst haben muss, der sich von ihnen unterscheidet.

Weinen: die verbotene Gefühlsregung



Ronaldo weint selten. Aber man hat ihn bei einigen großen Partien bereits weinen sehen. Auch das ist in Portugal üblich. Wenn die Kinder abends in den Hafendörfern von Lissabon spielen, beobachten die Alten sie selig mit einem Glas Wein – und manchem Mann läuft vor Freude eine Träne über die Wange. Hierzulande wird Weinen nur schwerlich verziehen. Weinende Männer gelten in Deutschland mehrheitlich als schwach und weiblich, als Heulsusen. Im Zusammenspiel mit Ronaldos mangelndem Korpsgeist und der vorbildlichen Körperpflege, befindet sich das „Heulsusengesicht“ (ORF) für viele damit jenseits ihres Männlichkeitsideals.

An Ronaldo wird auch kommuniziert, was von der eigenen Mannschaft erwartet wird: Härte. Und was am Fußballstammtisch gefragt ist: Gefühlskälte. Gefühlige Männer haben in der Fußballrunde keinen Platz, sie gehören zu den Anderen. Am Beispiel Ronaldo soll dem Nachbarn vermittelt werden, was er auch zukünftig alles zu unterdrücken hat.

Jammern: Etwas für's „schwache Geschlecht“

Darüber hinaus wird auch immer wieder beklagt, dass Ronaldo sich über Fouls beschwere und nicht männlich genug mit hartem Körperkontakt umgehe – so wie andere Fußballer. Nun ist es zuvörderst eine positive Eigenschaft, wenn sich ein Mensch über Schmerzen beschwert, die ihm zugefügt wurden. Es ist auch ein emanzipatorischer Reflex, eine zweifelhafte Schiedsrichterentscheidung zu kritisieren, die Autorität in Zweifel zu ziehen. Jedes Urteil einer Autorität wortlos zu akzeptieren, kann nur ein bis ins Mark autoritärer Charakter leisten.

Darüber hinaus zählt Ronaldo zu den am meisten gefoulten Spitzenfußballern der Welt. Bei der EM 2016 führte er schon deutlich vor dem Finale erneut diese Statistik an. Ein Spieler wie Ronaldo wird um ein vielfaches mehr und härter gefoult als ein Schweinsteiger oder ein Boateng, weshalb er auch deutlich häufiger einen Grund hat, sich zu beschweren.



Caspar Schmidt
ist *Intellektueller*
und *arbeitet als*
freier Journalist in
München.

Das queere Element



Wenn ein Mensch auf den Körper achtet und sich verletzlich zeigt, kann es nur eine Frau sein. Wenn es sich dennoch um einen Mann handelt, dann ist er schwul – so einfach ist für viele die Welt. Homosexualität ist im Männerfußball bislang ein No-Go – noch kein Bundesliga-Profi hat es während seiner aktiven Spielzeit gewagt, seine Homosexualität öffentlich zu machen. Umso mehr scheint das Bedürfnis homophober Sportfans zu bestehen, sich dann wenigstens am vermeintlich Schwulsten auslassen zu können.

Ronaldo zählt laut Umfragen unter Schwulen tatsächlich zu den hübschesten Männern der Welt. Er wurde beispielsweise 2009 von den Lesern der britischen *Gay Times* zum „Sexiest Man Alive“ gekürt. Als 2010 in Portugal die Ehe für Schwule und Lesben ermöglicht wurde, begrüßte Ronaldo die Entscheidung ausdrücklich. Immer wieder schießen Gerüchte ins Kraut, dass Ronaldo selbst homosexuell sei – was Ronaldo regelmäßig weder bestätigt noch dementiert. Es spielt auch keine Rolle. Viel entscheidender ist, was die Menschen an den Stammischen und in den Schreibstuben in ihm sehen.

Ronaldo ist ein Stachel im Gesinnungskorsett des Kleinbürger-Männchens, er ist im Grunde das lebendige Gegenstück zum ehemaligen Idealbild vom deutschen Wehrmachtssoldaten: zäh wie Leder, hart wie Kruppstahl, zwar leicht müffelnd, aber mit viel Kampfgeist ausgestattet, folgsam, aufopferungsvoll und mit Heimchen zuhause. Mit den Auslassungen gegenüber Ronaldo exerzieren Männer beim Fußballgucken, was Abtrünnigen droht, die sich nicht wie eben jene Wehrmachtssoldaten zu benehmen wissen.



Ronaldos Abweichung von der Fußballer-Norm ist relativ marginal. Ab und zu ein verzweifelter Gesichtsausdruck aufgrund der massenhaften Fouls, dort und da eine als weiblich verhöhte Bewegung, ein rosa Hemd im Schrank. Ein bisschen mehr Ich-Bezogenheit als andere. Das ist schon zu viel. Bei einem der letzten Aufeinandertreffen zwischen Real Madrid und dem FC Barcelona nutzten die Fans von Barcelona eine Schweigeminute, um „Cristiano, maricón“ („Cristiano, Schwuchtel“) zu skandieren. Beim Endspiel zwischen Frankreich und Portugal wurde der Stürmerstar bei jeder Ballberührung ausgepiffen. „*Früher auf dem Schulhof wäre einer wie Cristiano Ronaldo präventiv vermöbelt worden*“, war kürzlich in der *Berliner Morgenpost* zu lesen. Im Fußballstadion demonstrieren die homophoben Massen, was mit einem „*wie Cristiano Ronaldo*“ auf dem Schulhof auch heute noch zu tun ist.

Das Karriere-Ende des 31-Jährigen ist in greifbarer Nähe. Nur noch ein paar Mal werden wir Ronaldo in großen Spielen sehen können. Mit ihm geht nicht nur einer der ausgereiftesten Fußballspieler aller Zeiten, sondern ein großer Grenzgänger für queere Verhältnisse im Fußball – auch wenn er das vermutlich nie sein wollte oder will. Er ist in jedem Falle gegen seine Hater immer und überall zu verteidigen.<



Fortsetzen. Fortsetzen. Weiterhin.

Da kommt maritime Stimmung auf. Strandpromenade bei Calais.

Frankreichs Promenaden und Strände machen dieser Tage Schlagzeilen. Nicht erst seit den hitzigen Debatten südfranzösischer Strandgäste und Stadtverwalter ob eines Stückes Stoff mit dem Namen Burkini ist ein anderer Küstenabschnitt im Norden des Landes ins mediale Hinterzimmer gerückt: Calais, das Nadelöhr zwischen dem europäischen Festland und den britischen Inseln. Hier befindet sich der Eingang zum Euro-tunnel. Tausende Menschen auf der Flucht nach Großbritannien sitzen in der Gegend rund um die Stadt am Ärmelkanal fest. Staatlich organisierte Unterkünfte gibt es kaum. Die Geflohenen bildeten sich in den vergangenen Jahren selbst ein improvisiertes Camp in den Randbezirken von Calais, den sogenannten Dschungel. Den Behörden ein Dorn im Auge, wurde der Dschungel im Februar 2016 auf Anordnung der Präfektur Pas-de-Calais mit Hilfe von Bulldozern und Polizei geräumt. Seitdem ist die Berichterstattung mager. Wir haben mit dem Calaiser Journalisten Philippe Wannesson gesprochen. Auf seinem Blog *Passeurs d'Hospitalités* schreibt Philippe gegen das mediale Desinteresse an der Lage in Calais an. Auf Stippvisite im Hinterzimmer. Text und Übersetzungen von Elena Stingl.

.....
EURODAC
(European Dactylo-
scopy, vom
11.12.2000) ist eine
europäische
Datenbank zur
Speicherung von
Fingerabdrücken:
Grundlage für die
drastische Anwen-
dung der Dublin-
III-Verordnung. Hat
nichts mit Europäi-
schen Dachsen,
Dactylosauriern
oder dem DAX zu
tun.
.....

Auf dem französisch-englischen Blog *Passeurs d'Hospitalités* berichtet Philippe Wannesson seit 2014 ausführlich und vor allem regelmäßig (beinahe täglich, manchmal mehrmals pro Tag) vom Stand der Dinge für die Geflohenen in, oder besser: rund um Calais. Die kritische Berichterstattung müsse weitergehen, so Philippe. Zusammen mit einer Handvoll anderer Redaktionsmitglieder versucht er vor Ort, dem Bild von der Flut der Flüchtlinge, das europäische Angstmacher hartnäckig verbreiten, zu widersprechen. In Frankreich, England und anderswo werde meist fraglos angenommen, dass Grenzen geschlossen werden müssen, um sich gegen den Ansturm zu schützen. Dieser ideologischen Sichtweise entspreche keine reale Situation, so Philippe. Das Bild von der Flut diene dem Staat als Rechtfertigung für ihr Vorgehen: Ausgrenzung der Geflohenen aus der Stadt, Wegsperrern in Lagern, horrenden Ausgaben für Technologie zur Überwachung und Abriegelung der Übergänge am Ärmelkanal.

England bezuschusst Frankreich jährlich mit Ausgaben in zweistelliger Millionenhöhe, um Zäune hochzuziehen, Patrouillen bis an die Zähne zu bewaffnen, bloß keinen rüber zu lassen; und wenn es einzelnen Flüchtenden doch gelingt, muss Frankreich sie zurücknehmen – Dublin who? – noch bevor sie in England einen Asylantrag stellen können. So sieht es das bilaterale Abkommen vor, das der französische Innenminister Bernard Cazeneuve und seine damalige Amtskollegin Theresa May, inzwischen Premierministerin von England, vereinbarten. Investiert wird in Hindernisse durch Gitter, Mauern, Stacheldrahtzäune und Spitzentechnologie wie Scanner, Kameras, CO2-Detektoren, Drohnen.

Über die gewaltsamen Polizeiaufmärsche in den Camps von Calais, die Verwüstung von Unterkünften und Rechtsverstöße durch Passkontrollen an Bahnhöfen und im Straßenverkehr, die auf dem äußerlichen Erscheinen von Menschen basieren, echauffiert sich spätestens seit dem Notstand der Republik in Folge der Anschläge in Paris im November 2015 und dem in Nizza im vergangenen Juli kaum jemand mehr. Der Notstand diene vor allem den Behörden als Motivation dazu, besonders repressiv gegen die Exilierten vorzugehen, berichtet Philippe; sowie dazu, Versammlungen oder Demonstrationen in Calais, die mit Flucht und Exil zu tun haben könnten, zu verbieten. Der Notstand schaffe eine Atmosphäre, in der sich der Staat im Recht glaubt, brutaler und willkürlicher durchgreifen zu können und von der Pflicht entbunden zu sein scheint, Gesetze einzuhalten, die die Rechte derjenigen anerkennen, die sich der offiziellen Politik widersetzen.

Im Moment leben ca. 9.000 Exilierte in Calais. Davon haben 1.500 eine Unterkunft in einem teils verriegelten Camp, das vom Staat betrieben wird. Ein- und Ausgänge werden kontrolliert und die Autonomie der Einwohnerinnen und Einwohner eingeschränkt. Man darf zum Beispiel keinen Besuch erhalten, oder selber kochen. Knapp 300 Frauen und Kinder sind in Fertigbauten und Zelten untergebracht. Auch diese Unterkunft ist teils verschlossen. Alle übrigen rund 7.000 Menschen leben in den selbst errichteten Camps, den *Bidonvilles*, die sie in einem Gebiet außerhalb von Calais aufgeschlagen haben.

Die Behörden, so Philippe, drängten darauf, sie dorthin umzusiedeln. Die Stadtverwaltung sei klar feindlich gesinnt. Ihnen gehe es darum, Geflüchtete aus dem Stadtkern zu vertreiben und ihnen den Zugang zu öffentlichen Einrichtungen zu verwehren. Auch den Organisationen der Freiwilligen, Menschen aus ganz Frankreich und England, wird von Seite der Stadt kein öffentlicher Raum oder sonstige Ressourcen für ihre Arbeit zur Verfügung gestellt.

Geflohene nennt Philippe Wannesson auf seinem Blog Exilierte (*exilé-e-s*). Um den Un-Status der Menschen zu betonen, die nicht nur an der geographischen Grenze, sondern auch in jeder anderen Hinsicht ausgegrenzt, exiliert leben.

Die *Bidonvilles* haben sich schnell selbstständig organisiert. Mit Läden für Lebensmittel, Restaurants, Friseuren, Orten zum Beten, Kirchen und Moscheen, Schulen, einer Bibliothek, einem Gesundheitsamt, einem Theater, Volksküchen. Orte, die von den Exilierten und Freiwilligen gemeinsam gebaut wurden. So entstand ein komplexes Wohngebiet, das anders funktioniert, als die provisorischen staatlichen Lager. Es beruht auf Kooperation und berücksichtigt die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner.

Auf unsere Frage, was Sicherheit für alle in Calais und im restlichen Frankreich bedeuten würde – auch Sicherheit für die Exilierten – findet Philippe klare Worte: Es sei die Aufgabe der französischen Behörden, Bedingungen zu erfüllen, um Menschen würdig aufzunehmen. Ganz egal, welche Reiserouten sie planen. Nach französischem Gesetz müssen für Obdachlose Notunterkünfte zur Verfügung gestellt werden. Unabhängig von nationalen Interessen, von Aufenthaltsrecht oder der Absicht, in Frankreich zu bleiben. Frankreich ist – *de jure* und gemäß internationaler Standards – verpflichtet, Geflohene und bedrohte UMFs [unbegleitete minderjährige Flüchtlinge, Anm. d. Red.] wirksam bei sich aufzunehmen. *De facto*, das könne man in Calais

.....
Überwachung
Das Wachen über
etwas oder jeman-
den ist im Grunde
genommen wertfrei,
oft freundlich oder
fürsorglich. „Über-
wachung“ ist mehr
zudringlich denn
freundlich, und eher
einschränkend als
fürsorglich. Sowohl
juristisch als auch
medizinisch wird
vom sog. „Beobach-
tungs-“ bzw. „Über-
wachungsdruck“
gesprochen, einer
deutlichen Beein-
trächtigung indi-
vidueller Freiheit
und Rechte, die
mitunter erhebliche
physische und
psychische Schäden
verursacht.
.....

beobachten, halten sie sich nicht daran. Die Behörden respektieren die bestehende Rechtslage nicht. Die Regierung lasse sich von den Ressentiments im Land, den Forderungen des rechtsradikalen *Front National* und der rassistischen Polterer zu einer immer fremdenfeindlicheren Politik drängen.

Um die prekäre Sicherheitslage für die Exilierten, Versäumnisse der Behörden und die tägliche kritische Arbeit des Blogs zu verdeutlichen, haben wir einige Ausschnitte neuerer Veröffentlichungen auf *Passeurs d'Hospitalités* zusammengestellt. Neben den regierungskritischen Beiträgen verleiht *Passeurs* auch einen detaillierteren Einblick in die tägliche Arbeit und Selbstorganisation der Exilierten in den *Bidonvilles*; wir beschränken uns im Folgenden auf migrationspolitische Beiträge.

2. September 2016.

Ausländerfeinde pfeifen, der Minister kommt gelaufen ... und schwindelt Am Montag, den 29. August haben Spediteure, Einzelhändler, Gewerkschaften der Hafendarbeiter und Landwirte eine Blockade der Autobahn am 5. September angekündigt, um die Räumung des *Bidonville* [...] zu erzwingen.

Halten wir noch einmal fest, dass seit Februar diesen Jahres sämtliche Demonstrationen in Calais, die die Situation der Migranten betreffen, wegen des Notstandes verboten wurden. Mit Ausnahme dieser Sperrung.

Der Innenminister hat seinen Besuch in Calais für den 2. September angekündigt, um die Organisatoren der Autobahnblockade zu treffen.

Wenn es um Arbeitnehmerrechte geht, haben es die Minister nicht so eilig, den Dialog aufzunehmen.

Am 1. September gab der Innenminister der Tageszeitung *Nord Littoral* ein Interview, um dort vorab eine „exklusive“ Präsentation davon zu geben, was er bei seinem Besuch in Calais bekannt geben wird.

Diese Ankündigungen jonglieren mit Ziffern. Die Rechenübung erweckt vor allem Mitleid, und wenn man sie sich genauer ansieht, ist es eine Panikmache.

Polizei:

Laut Angabe des Ministers gibt es in Calais 1.900 Polizistinnen und Polizisten und Gendarmen, und er wird ihnen 200 weitere hinzufügen.

In der französisch-britischen Erklärung vom 30. August (siehe unten) ist von „1.000 Polizisten und Gendarmen“



die Rede, die „seit einem Jahr“ in Einsatz sind und dass diese Aufstellung kürzlich um weitere 160 Polizisten aufgestockt wurde. Das ergibt zusammen insgesamt 1.160.

Flüchtlingslager en français: ein Bidonville.

In der Erklärung des französisch-britischen Regierungsgipfels im vergangenen März in Amien war von 1.300 Polizisten und Gendarmen die Rede (es müsste also zwischen März und August einen Rückgang gegeben haben).

Unterbringung:

Der Minister kündigt bis Ende des Jahres 8.000 neue Plätze in Unterkünften an.

Davon sollen 6.000 in den *Centres d'accueil de demandeurs d'asile* (Aufnahmeeinrichtungen für Geflohene, die in Frankreich einen Asylantrag stellen dürfen) untergebracht werden. Allerdings sind diese Plätze für alle Menschen der Region [das Département Pas-de-Calais, Anm. d. Red.], die Asyl beantragen, und das in einer Gegend, in der aktuell nicht einmal ein Drittel der Beantragenden in diesen Einrichtungen untergebracht sind und wo es Nachholbedarf für die Einrichtung mehrerer zehntausend Plätze gäbe. Das betrifft Calais selbst nur am Rande.

Bei einem nationalen Arbeitstreffen zur Einrichtung der *Centre d'Accueil et l'Orientation*, kurz CAO (so etwas wie ein Erstaufnahmehotel, wo die Menschen Grundversorgung erhalten sollen, bevor klar ist, wo sie einen Antrag auf Asyl stellen), hatte der Minister für Unterkunft und Wohnen die Eröffnung von Unterkünften mit insgesamt 3.000 Plätzen bis Ende September angekündigt. Nun kündigt der Innenminister nur noch 2.000 Plätze bis Ende Dezember an.



„wir werden auch weiterhin“, „vertiefen“, „verbessern“, „verfolgen“, „wird bleiben“, „teilen“, und in Sachen Terrorismus drei Mal: „wir rufen dazu auf.“ Was Calais anbelangt: „fortsetzen.“ „fortsetzen“, „weiterhin“ [...].

Die Konklusion beginnt mit Krokodilstränen („von der humanitären Situation in Calais sind wir zutiefst betroffen“), bevor gesagt wird, die beiden Regierungen hielten an der Situation fest und bestärkten sie sogar noch („intensivieren“, „fortsetzen“, „fortsetzen“): Die Politik, die tausende Tode im Mittelmeer und Dutzende an der britischen Grenze verursachte, wird auch weiterhin den Toten mehr Tote hinzufügen.

26. August 2016.
Centres de Répit: never Never

Sie gehören zu den wenigen Glücklichen, die ausgewählt wurden, um am vergangenen Dienstag aufbrechen zu können. Die in den Bus hätten steigen können, der sie in ein Zwischenlager (die sog. *Centres de Répit*: heißt in etwa Kurzzeitlager; *le répit*, wörtlich: Pause, Aufschub) bringen würde, auch *Centres d'Accueil et l'Orientation*, CAO, genannt. Für viele war das Prozedere des Asylantrages bereits fortgeschritten, sie hatten ihr Gespräch im *Office français de protection des réfugiés et apatrides* (Französische Anlaufstelle zum Schutz für Flüchtlinge und Staatenlose). Andere hatten sogar schon die Anerkennung als Geflohene oder subsidiären Schutz. Sie überlegten bereits, wie sie sich in die französische Gesellschaft eingliedern könnten, und sie hätten längst in der Unterkunft für Menschen, die Asyl beantragt haben, aufgenommen werden müssen, und nicht in den Camps in Calais oder einem CAO.

Man sagt ihnen, sie würden nach Never gebracht, und dass sie innerhalb der Stadt untergebracht würden. [In Never leben ca. 35.000 Einwohner; die Stadt befindet sich mitten in Frankreich, 250 km südlich von Paris, Anm. d. Red.]

Mit einem kleinen Fehler, einer Winzigkeit. Es ging nicht um Never. Es ging um Nevoy. Knapp, um eine Silbe. Ein Dorf mit 1.178 Bewohnern nach Volkszählung 2013, in dessen Kirche Opferkerzenständer und Glocken als historische Monumente ausgezeichnet sind.

Doch die Exilierten sind nicht innerhalb des Dorfes untergebracht. Das CAO befindet sich auf einem Gebiet, das außerhalb liegt und der *Association évangélique tzigane Vie et Lumière* (eine protestantische Untergruppe, die sich aus orthodoxen, stark bibeltreuen Roma-Gruppierungen entwickelte und den Namen *Leben und Licht* trägt) für Großveranstaltungen dient.

»We're on the road to Nevoy.«
Polizisten überwachen den Zustieg der Busse zu den staatlichen Aufnahmezentren.

Was wir in diesem Feld also feststellen ist, dass die Eröffnung von Unterkünften in winzigen Schritten vorangeht und die Maßnahmen völlig erlahmt sind.

Diese Erlahmung ist teilweise den CAOs zu verschulden, die zunächst nur eine Wintermaßnahme waren und meist in Urlaubsgegenden gebaut wurden und deshalb geschlossen werden mussten, nachdem sie ihren ursprünglichen Sinn erfüllt hatten. Ende des Frühlings gab es einen bemerkenswerten Rückgang an Plätzen in den CAOs (ungefähr eintausend Plätze, vielleicht mehr, die Zahlen des Ministeriums für Inneres und des Ministeriums für Unterkunft und Wohnen werden immer ungenauer [...], und stimmen nicht immer überein).

Was die Zahl derjenigen angeht, die ein CAO beziehen, muss man daran erinnern, dass 45 % der Leute dort völlig orientierungslos ankommen und meistens nach Calais oder an den Ort zurückkehren, wo sie zuvor waren.

31. August 2016:
Französisch-britische Erklärung: vor allem, dass sich auch weiterhin nichts bewegt

Die Innenminister Englands und Frankreichs haben gestern, am 30. August, ihr Geschäft nach der Sommerpause wieder aufgenommen – mit einer Erklärung, in der es weitestgehend um Calais geht, die aber vor allem versucht, sich auch nach dem Brexit gegenseitig zu beruhigen.

Das franko-britische Paar war ein Motor für Sicherheits- und anti-migratorische Politik in Europa. Daran wird sich auch nach dem Austritt Großbritanniens aus der EU nichts ändern.

Die Wortwahl zur Durchführung der Maßnahmen bringt die Unbeweglichkeit der beiden Parteien zum Ausdruck:

25. August 2016.
Centres de Répit,
unwürdiger Abtransport

Die Rue de Mouettes, im Industriegebiet von Dunes, Nahe der *Bidonvilles* von Calais. Eine Straße gesäumt von Fabriken, umzäunt von Stacheldraht. Gegen zehn Uhr früh.

Auf einer Seite der Straße sieht man Schlafsäcke und Abdeckplanen, die verraten, dass Menschen hier die Nacht verbracht haben, um in der Früh als Erste am Bus aufzutreten, der zu einem *Centre de Répit* fährt, [...]. Dorthin können die Exilierten gehen, ohne bereits einen Asylantrag gestellt zu haben.

Auf der anderen Seite der Straße wartet eine Gruppe, sie sitzen auf Betonpfeilern: sie sind die Glücklichen, die ausgewählt wurden, den Bus zu nehmen, der einmal täglich in die Aufnahmelager fährt. Ein Bus parkt bereits dort. Nachdem die Leute sich sortiert haben, stehen wir zwischen den glücklichen Ausgewählten und den anderen. Um uns steht eine Gruppe mit in roten Jaquettes, die uns den Weg versperren, manche geduldig, andere gereizt. Zwischen dieser Seite der Straße und der anderen verhandeln einige dutzend Exilierte, protestieren, versuchen, sich der Gruppe Ausgewählter anzuschließen. Polizisten sind auch da, manche im Hintergrund, anderen in der Nähe des Geschehens, je nach Laune.

Dann kommt der Zeitpunkt, der Sache ein Ende zu machen. Die Polizisten drängen diejenigen zurück, die hofften, doch noch mitzufahren, oder wenigstens da zu bleiben, um gegen die Ungerechtigkeit zu protestieren, die sie erleben. Die Polizisten schieben die zurück, die nicht mitfahren dürfen, bis sie verschwinden. Die Abfahrt kann also beginnen.

Und die ganze Chose wiederholt sich Tag für Tag, jeden Tag, an dem Busse in die Zentren fahren, die sich Zentren zur Aufnahme und Orientierung nennen.

25. August 2016.
Bei Übergang Tod

Gestern versammelten sich im Park Richelieu etwa dreißig Menschen, um einem sudanesischen Exilierten zu gedenken, der in der Nacht von Montag auf Dienstag ums Leben kam.

Er starb bei einer Schlägerei zwischen Exilierten nahe des Grenzübergangs, bei der 15 weitere verletzt wurden. [...]

Im *Bidonville* gab es, wie immer nach einem Gewaltausbruch, Diskussionen zwischen den Personen, die von allen „Communities“ respektiert werden, um die Lage zu entspannen.

Es handelt sich um den zehnten bekannten Todesfall an der britischen Grenze seit Beginn des Jahres. Am 10. Februar wurde die Leiche eines Exilierten aus Afghanistan, der seit einigen Tagen verschwunden war, im Hafen gefunden. Am 2. März wurde ein Exilierter aus dem Sudan tot in seinem Zelt im *Bidonville* gefunden. Am 31. März starb ein Exilierter aus Afghanistan auf der Autobahn, von einem LKW überfahren, der weiterfuhr. Am 1. April haben britische Ehrenamtliche den Tod eines Exilierten bekannt gegeben, der im Lager von Grand-Synthe lebte. Es war ihm gelungen, die Grenzen an den Achsen eines LKW zu passieren, der in Großbritannien einen Unfall hatte. Am 9. Mai ist ein Exilierter aus Pakistan auf der Umgehungsstraße am Eingang zum Hafen ums Leben gekommen, er wurde von einem PKW überfahren. Am 29. Mai ist ein Exilierter aus Afghanistan auf der Autobahn A 16 gestorben, er wurde von einem LKW überfahren. Am 4. Juli ist ein Exilierter auf der Umgehungsstraße gestorben. In der Nacht vom 11. auf den 12. Juli wurde Samrawit von einem LKW überfahren, der nicht anhielt [...]. Am 21. Juli wurde die Leiche eines Exilierten am Rande der Autobahn gefunden. Am 26. Juli starb ein Exilierter bei einem Messerkampf im *Bidonville*. Am 27. Juli wurde ein Exilierter auf der Umgehungsstraße des Hafens von einem Wagen überfahren, dessen Fahrer oder Fahrerin nicht angehalten hat.<

Elena Stingl
ist Literaturwissenschaftlerin und lebt in München.

Loup Blaster
ist eine junge Künstlerin aus Calais. Auf ihrer Tumblr-Seite zeigt sie Zeichnungen, Illustrationen und Fotografien, die sich teilweise mit der Situation für Exilierte in Calais auseinandersetzen. Sie ist außerdem VJane im Video-Kollektiv Late Night Work Club.

.....
EURODAC
(European Dactyloscopy, vom 11.12.2000) ist eine europäische Datenbank zur Speicherung von Fingerabdrücken: Grundlage für die drastische Anwendung der Dublin-III-Verordnung. Hat nichts mit Europäischen Dachsen, Dactylosauriern oder dem DAX zu tun.
.....



„Radikalisierung ist keine Frage des Alters“

Seit dem 1. August 2016 hat Bayern ein neues Verfassungsschutzgesetz, Innenminister Herrmann immer noch keine Bereitschaft mit uns zu sprechen und wir haben ein neues Interview mit ihm. In seiner beredten Schweigsamkeit stellt der Träger der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold dieses Mal die Neuerungen der gesetzlichen Grundlagen für den Inlandsgeheimdienst vor. Kaum fünf Jahre sind vergangen, seit die aktivste und gewalttätigste terroristische Gruppierung in der jüngeren Geschichte der Bundesrepublik nach Jahrzehnten der eifrigen mörderischen Umtriebe in einem riesigen kuscheligen Unterstützerumfeld durch Kommissar Zufall aufgestöbert wurde. Ungeachtet der Beteiligungslosigkeit des Bayerischen Verfassungsschutzes an der Aufklärung, erhält er von Innenminister erweiterte Befugnisse. Jetzt dürfen die freiheitlich-demokratischen Spürnasen, wenn sie möchten, zum Beispiel speichern, wer mit wem wo telefoniert. Stark. Von Marianne Walther und Antonio Vetinari

Alle Zitate aus:
<https://www.stmi.bayern.de/med/pressemitteilungen/pressearchiv/2016/244/index.php> (zuletzt aufgerufen am 2.9.16)

Herrmann: Wir bekennen uns klar zu einem starken Verfassungsschutz.

Hinterland: (...)

Herrmann: Der Bayerische Verfassungsschutz wird mit den notwendigen Befugnissen ausgestattet, um auch auf neue Bedrohungen angemessen reagieren zu können.

Hinterland: (...)

Herrmann: Wir haben deshalb das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz 2015 nochmals um 20 Stellen verstärkt sowie im Nachtragshaushalt 2016 um weitere 97 Stellen.

Hinterland: (...)

Herrmann: Sie verwenden zunehmend moderne Kommunikationsmittel und soziale Netzwerke. Mit dieser Entwicklung müssen Nachrichtendienste Schritt halten können.

Hinterland: (...)

Herrmann: Erstmals schaffen wir auch einen gesetzlichen Rahmen für die Auswahl und den Einsatz von verdeckten Ermittlern und V-Leuten.

Hinterland: (...)

Herrmann: Straftäter, die wegen eines Verbrechens oder zu mehr als einem Jahr Freiheitsstrafe verurteilt wurden, kommen regelmäßig für eine solche Tätigkeit nicht in Betracht.

Hinterland: (...)

Herrmann: Regelmäßig.

Hinterland: (...)

Herrmann: Dies ist aber zum Schutz der Freiheit und Sicherheit notwendig.

Hinterland: (...)

Herrmann: Das neue Gesetz ist auch ein klares Signal an den Bund und alle anderen Länder, sich diesem Vorbild anzuschließen.

Hinterland: (...)

Herrmann: Wir gehen in der Tat an die Grenze dessen, was im Rechtsstaat erlaubt ist.

Hinterland: (...)

Herrmann: Radikalisierung ist keine Frage des Alters.

Hinterland: (...) <

rage against abschiebelager



JERICO MILE DUBLIN
STEREO TOTAL BERLIN
WOLVES&WOLVES
&WOLVES&WOLVES WINSTON SALEM
LITTLE YOU LITTLE ME SAINT JOHN
EUSEBIO MARTINELLI
GIPSY ORKESTAR BOLOGNA
KONNEXION BALKON MÜNCHEN
FRIENDS OF GAS MÜNCHEN
RUMMELSNUFF BERLIN
SAALSCHUTZ ZÜRICH
MINIPAX LANDSHUT

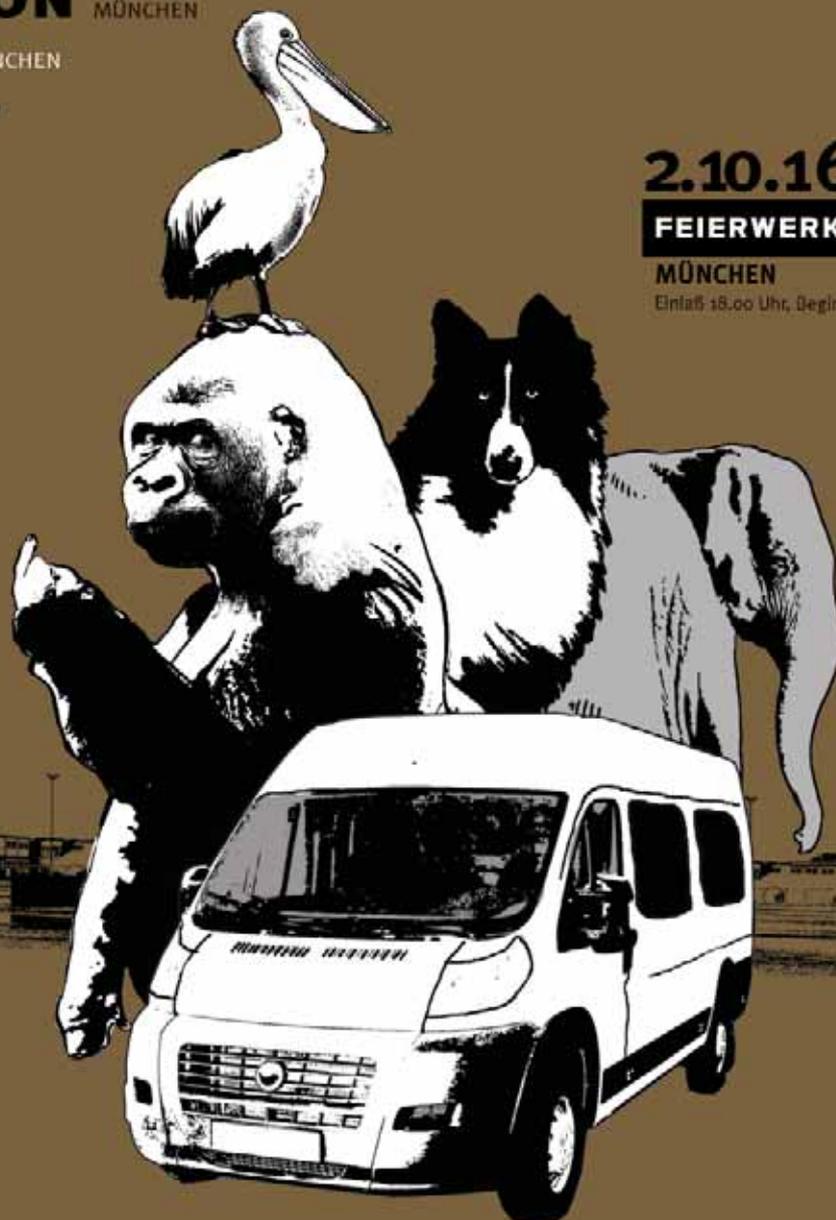
2.10.16

FEIERWERK

MÜNCHEN

Einlaß 18.00 Uhr, Beginn 18.30 Uhr

www.rageagainstabschiebung.de



kein
mensch
ist
illegal



Hinterland



FEIERWERK RADIO



BELLEVUE
DI MONACO



Petra Kelly
STYLING

Eintritt: Abendkasse 9,50 Euro * Der Gewinn geht in die konkrete Asylarbeit * Veranstalter: Bayerischer Flüchtlingsrat * www.fluechtlingsrat-bayern.de

SCHULE! FÜR ALLE!

**Das Recht auf Bildung
kennt keine Ausnahme**

